

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 6 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnent: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
zelle oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
(nur das erste Wort frei). Inletzte für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Februar 1903 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungspediteure sowie unsere Expedition, Lindenstrasse 69, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschliesslich 14 Pfennig pro Monat Bestellgeld) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 8203.)

Die Einziehung des Zeitungsgeldes von den bisherigen Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die zur vollständigen Quittungsleistung berechtigt sind. Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einzahlung des Zeitungsgeldes auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für derartige Bestellschreiben etc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 59 Oere in Dänemark, 5 Lire 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Oesterreich-Ungarn, 6 Fr. 10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Oere in Schweden, 5 Fr. in der Schweiz; 9 Mark in Frankreich, England, Spanien und Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andern zum Weltpostverein gehörenden aussereuropäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien, in Oesterreich-Ungarn und Luxemburg, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Die Wahlsicherung.

Die geringfügige Zusage der Sicherung des geheimen Wahlrechts erregt sorgfältig die Aufmerksamkeit derer, die aus der Wahlbeeinflussung und Wahlfälschung ihre politische Existenz ziehen. Die „Kons. Korresp.“ ergeht sich täglich in heftigen Bemerkungen gegen die „nerblose“ Regierung, und die „Deutsche Tagesztg.“, sich zugleich gegen die letzte Rede des Grafen Kosadowich wendend, klagt wütend über „getäuschte Hoffnungen“ derjenigen, die einen „konsequenter und kraftvollen Kampf gegen die Socialdemokratie“ erwartet hätten. Es ist nicht ohne Interesse, wie Agrarier gegen eine Regierung toben können, sobald diese irgend etwas thut, was den Reaktionen nicht behagt. Herr Dertel jammert:

„Dass der Weizen der Socialdemokratie jetzt blüht wie nie zuvor, kann niemand leugnen. Die Ernte wird sie bei den nächsten Wahlen sicher einheimen. Wenn man die geschworne Gegnerin der monarchischen Verfassung so behandelt, wie sie von der gegenwärtigen Regierung behandelt wird, so muß das Volk in seiner breiten Masse unklar, unsicher und verwirrt werden. Manches, das den Weizen der Genossen zur vollen Blüte gebracht hat, ist ja nicht auf das Konto der Regierung als solcher zu schreiben; was wir ihr aber zum Vorwurf machen, das ist die tastende, unsichere Inkonsequenz in der Behandlung der Socialdemokratie. Für eine läppische, drauflos schlagende Scharfmacherpolitik sind wir niemals gewesene, wohl aber für eine Politik, die durch Schuß der schaffenden Stände, insbesondere des Mittelstandes der Socialdemokratie das Wasser abgräbt und sie andererseits folgerichtig so behandelt, wie eine Partei zu behandeln ist, die zugeständenermaßen an der festesten Grundlage der Verfassung rüttelt. Weder das eine noch das andre ist geschehen. Das Hin- und Herbewegen zwischen Brüllokeren und Verführern, zwischen Jerschmettern und Streicheln ist die denkbar ungünstigste und unseligste Politik.“

Die Agrarier wollen nur eine Politik, die des Volkswunders! Jeder Schritt von diesem Wege ist „unglücklich und unselig“. Wege der Regierung, die nur einen Augenblick bedenkt, daß es außer Konservativen und Agrariern auch noch ein deutsches Volk giebt!

Die „Post“ hat durch die Wahlsicherung vollends um den Verstandesdampf gebracht. Gestern hatte sie, zur Hintertreibung der Wahlsicherung, plötzlich ihr Mißempfinden für die Bergarbeiter entdeckt, die bei der Notwendigkeit längerer Zeitaufwandes infolge des Postens durch den Isolierzraum an der Ausübung des Wahlrechts behindert werden könnten. Wir schlugen darauf vor, die Wahlen auf den Sonntag zu verlegen. Die „Post“ erkennt nun, daß sie durch ihre erheuchelte Sorge um die Bergarbeiter einen Gedanken angeregt hat, dessen Verwirklichung ihr fürchterlich wäre. So sucht sie das Unheil, das sie heraufbeschworen hat, sofort zu beschwichtigen, indem sie selbst für die „Post“ ungewöhnlichen Unfug über die Socialdemokratie und das Wahlrecht verbreitet; sie stammelt also:

Aus idealen Gründen schwärmt die Socialdemokratie ganz gewiß nicht für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, sondern lediglich deshalb, weil sie in dem schrankenlosen Wahlrecht das beste Mittel erkennt, die traurigen Brüche einer strapasslosen Verhegung einzuhemmen. Deshalb würde sie gegen Maßnahmen, welche das Wahlrecht kürzen könnten, die doch niemals zum socialdemokratischen Stimmzettel greifen, kaum etwas einzuwenden haben, im Gegenteil, solche mit Freuden

begrüßen. Wie wenig es die Achtung vor Verfassung und Gesetz ist, welche die Haltung der Umsturzpartei beeinflusst, das zeigt sich schon darin, daß sie den Beamten mit aller Macht das verfassungsmäßige Recht freier Meinungsäußerung im Wahlkampfe zu beschränken strebt. Wenn es denkbar wäre — was bei uns, Gott sei Dank, doch noch nicht der Fall ist —, daß Beamte öffentlich Propaganda für die Socialdemokratie machen könnten, dann würde die Partei für Beamte ihrer Richtung aufs nachdrücklichste eintreten, falls irgend welche Versuche gemacht würden, ihre Agitation einzuschränken. Außerdem haben die wüsten Szenen im Reichstage bei den Kämpfen um den Antrag v. Kardorff genugsam gezeigt, wie viel Verfassung, Recht und Gesetz der Socialdemokratie gelten. Sie richtet sich lediglich danach, was ihr nützt, nicht nach dem, was recht ist. Auf's Klarste tritt das auch in ihrem alten Vorschlage hervor, der gelegentlich immer neu aufgewärmt wird und auch jetzt in der Presse wieder aufsteht, die Reichstagswahlen an Sonntagen stattfinden zu lassen. Dieser Termin ist jedenfalls der Socialdemokraten gerade deshalb so erwünscht, weil sie annehmen können, daß eine ganze Anzahl von Wählern am Sonntage zu wählen sich weigern würden, sei es aus religiösen Empfindungen, sei es aus Widerwillen gegen das Treiben der mit dem Wahlgeschäft verknüpften lärmenden agitatorischen Vorgänge gerade am Sonntag. Um Empfindungen von Leuten, die nicht socialdemokratisch wählen, kümmert sich die Socialdemokratie ja gar nicht, denn sie dient nicht dem Allgemeininteresse, sondern nur dem Parteintum. Wenn also antisocialdemokratische Elemente nicht wählen, so ist das der Umsturzpartei nur erwünscht. Nicht man das in Rücksicht, dann begreift man wohl, warum die Socialdemokratie so gern den Sonntag als Wahltag festgelegt sähe.“

Die „Post“ ist bereits in schwerer Angst, daß ihren Scharfmachern durch die Socialdemokratie das Wahlrecht entzogen werden könnte, während doch nach ihrem Wunsche das Ungelehrte geschehen soll. Sie deliriert von der Behinderung der Beamtenrechte durch die Socialdemokratie, während heute jeder Beamte, dessen freie Meinungsäußerung im Widerspruch mit den Herrschenden steht, aus dem Dienst gejagt wird. Sie wendet sich gegen die socialdemokratische Forderung der Sonntagswahl mit dem irrigen Gesinnung, daß diese Forderung erhoben werde, um die religiösen Befürchten von der Wahl fernzuhalten, während doch vielmehr die konstanten Scharfmacher die Sonntagswahl überaus fürchten, weil am Sonntag hunderttausende Arbeiter, die jetzt an der Ausübung des Wahlrechts gehindert werden, ihr Recht verwirklichen und die Socialdemokratie stärken würden!

Dass die Sonntagswahl erstlich nicht im mindesten gegen religiöse Empfindungen verstößt, beweist schon der Hinweis auf Belgien, wo unter der Herrschaft des frommsten Katholizismus die Sonntagswahl besteht.

Der „Post“-Unfug zeigt die wilde Angst der Reaktion vor jeder geringsten Besserung und Festigung des Reichstags-Wahlrechts. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Januar.

Die Germanisatoren.

Herr Böhmig wurde in dem Sibirien der germanisatorischen Kräfte unmöglich, weil er eine Feldwebelstochter geheiratet hatte.

Der Landrat v. Willich in Birnbaum erschöpfte sich, weil er den gesellschaftlichen Vohott nicht ertragen konnte, den die agrarische Klotte verfolgte, weil er es gewagt, gegen den anrüchigen Häuptling v. Endell aufzutreten.

Für das tragische Ende Willichs können die Heber billigerweise direkt nicht verantwortlich gemacht werden; denn niemand konnte wissen, daß die zarte Natur Willichs den dauernden Angriffen nicht gewachsen sein würde. Ein Kräftigerer hätte den Kampf mit der Wunde aufgenommen.

Aber das Treiben dieser Camorra ist doch für die Zustände in den Dismarken außerordentlich bedenklich. Es scheint, daß man dort seit dem Germanisierungskurs wie in einem wilden Lande hausen darf, sofern man nur einen deutschen Namen trägt.

Der Leiter des Bundes der Landwirte in den Ostmarken, Herr v. Endell, hat wiederholt die Deffinitivität bestritten. Man hat den Polenfonds mißbraucht, um dem bankrotten Mann sein Gut abzuzulaufen. Und als er die Gelder der Landwirtschaftskammer in nicht einwandfreier Weise benutzte, hielt seine Gefolgschaft schämevoll den Schild über ihn. Die Angelegenheit ist bisher nicht gerichtlich aufgeklärt. Nur der militärische Ehrengerichtshof hat sich eingemischt. Sein Urteil war zuerst für Endell nicht günstig. Da griff, wie die „National-Zeitung“ verrät, der preussische Landwirtschaftsminister Boddieleski zu Gunsten Endells ein, und bewirkte eine Abänderung des ehrengerichtlichen Urteils.

Den Kampf gegen den agrarischen Dunkelmann hatte in erster Linie Herr v. Willich geführt. Nachdem Herr v. Endell durch Boddieleski gerettet, wurde Willich in Acht und Bann gethan. Seine Kerden wurden zerrüttet. Schließlich übte er Selbstmord. Die Endellleute verbreiten, der Unglückliche habe sich erschossen, weil er eine ehrlöse Handlung begangen habe. So erzählt der „Reichsbote“:

„Es ist bekannt genug, daß sein eigner Studer von der Sitzung des Ehrenrates in der letzten Woche direkt zu ihm kam und an ihn die Erklärung abgegeben haben muß, es bleibe ihm nichts anderes übrig als die Leugel. Und was hat er getan? — unter seinem Ehrenwort Artikel in der Zeitung abgeleugnet, die er doch geschrieben hatte gegen den Agitator von Endell — gewiß eine ehrlöse, feige That. Vemerten wir aber dabei, daß er in der Angelegenheit gegen v. Endell nur ein vorgehobener Mann einer höher stehenden bekannten Person war, die er gewissermaßen bedenken wollte.“

Demgegenüber versichert die „Kölnische Zeitung“:

„Es ist unwahr, daß Willich sich getötet hat, weil er den unglücklichen Ausgang einer gegen ihn gerichteten Disziplinär-Untersuchung befürchten mußte, denn eine solche Untersuchung ist niemals gegen ihn eingeleitet worden. Es ist unwahr, daß Willich unter dem Drucke ihm unglücklicher ehrengerichtlicher Sprüche gehandelt hat, denn die Sprüche, die das Ehrengericht der Stabsoffiziere zu zwei verschiedenen Malen abgegeben hat, erkennen die Korrektheit seines Verhaltens an und weisen ein Vorgehen gegen ihn zurück. Wahr ist hingegen, daß die Bestrebungen Willichs, in die trüben Verhältnisse der Provinz Polen Licht und Ordnung zu schaffen, nicht nur zu heftigen Angriffen und Verfolgungen der Anhänger des Majors Endell geführt haben, sondern daß man aus Verachtung hat, Willich durch gesellschaftliche Vohottierung das Leben in der Provinz unmöglich zu machen und ihn daraus zu vertreiben. Wahr ist ferner, daß diese Bestrebungen von den Provinzialbehörden des Herrn v. Willich nicht bekämpft wurden, sondern, daß man Herrn v. Willich den Anfeindungen seiner bündlerischen Feinde überließ.“

Derartige Vorgänge sind schließlich die notwendige Folge der Korruption, die die verblendete neue Polenpolitik anrichten muß. Erlaubt man den Deutschen, gegen die Polen nach Willkür zu verfahren, so achten sie auch Ehre und Leben der eignen Stammesgenossen nicht.

Dass ein preussischer Minister aber gegenüber einem preussischen Landrat einen verrufenen Führer des Bundes der Landwirte, dieser extremen Opposition, schütze und zu seinen Gunsten eingreife, zeigt wieder, daß die Agrarier noch immer ihre Vertrauensleute in der Regierung haben, die insgeheim gegen die Regierungspolitik selbst intrigieren — wie Miquel beim Kanal — zeigt ferner, welche Einflüsse bei der Krone mit Erfolg geltend gemacht werden. —

Die Landwirtschaft im Abgeordnetenhaus.

Auch am Mittwoch wurde die ganze Sitzung des Abgeordnetenhauses durch Klage- und Trübsal über die Not der Landwirtschaft ausgefüllt. Der Bundesführer Freiherr v. Wangenheim erklärte als Generalprobe zu der nächsten Vorstellung im Circus Busch, der Regierung das unüberänderliche Nichtansehen des Bundes der Landwirte. Er verstieg sich zu dem Ausdruck, daß der neue Zolltarif in seinen Wirkungen für die Landwirtschaft schlechter sei als der alte. Herr v. Wangenheim suchte überhaupt sich selbst zu übertrumpfen. Wäre auch nur der zehnte Teil seiner Ausführungen wahr, so wären die Grundbesitzer dem Hungertode überliefert, während die Landarbeiter im Ueberflusse leben. Ein Landarbeiter, der eine ordentliche Frau hat, kann sich nach seiner Ansicht sogar ein kleines Vermögen ersparen, die Landbesitzer ist ganz unbegründet. Denn die Arbeiter gehen nur, um sich zu amüsieren, in die Städte, die Behandlung der Landarbeiter ist die beste, die man sich denken kann. Es lohnt nicht, diese Anschauungen zu widerlegen. Die Thatsachen, die eine bessere Sprache reden als der Bundeshauptling, beweisen, was es mit seinen Phrasen auf sich hat. Es scheint überhaupt, als ob Herr v. Wangenheim von der freien Idee befallen ist, daß die Regierung demnächst ins Lager der Socialdemokraten übergeht. Bezeichnete er doch unter Zustimmung der Rechten die Einbringung der Vorlage betreffend Sicherung des Wahlgeheimnisses im Reichstage als eine Belohnung der socialdemokratischen Obstruktion.

Im Gegensatz zu Herrn v. Wangenheim verteidigte Abg. v. Kardorff den Zolltarif. Nach seinem Austritt aus dem Bunde der Landwirte untersteht er ja nicht mehr der Disziplin des Vorsitzenden und darf deshalb ruhig der Wahrheit die Ehre geben und eingestehen, daß die Landwirtschaft durch den Tarif erhebliche Vorteile erhalten hat. Keuchlich wie Herr v. Wangenheim ist auch der Centrum-agrarier Graf Braschma noch nicht zufriedengestellt; er will zwar der Reichstagsmehrheit keine Vorwürfe machen, erwartet aber, daß nur solche Handelsverträge zustande kommen, die noch höhere Zölle auf Getreide, Vieh und Fleisch enthalten, als sie vom Reichstage beschlossen sind.

Im übrigen wurde in der Debatte neben zahllosen Kleinigkeiten der bekannte Erlass des Ministers über die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes besprochen. Die Agrarier sind erfreut darüber, daß Herr v. Boddieleski sich ihrer so warm annimmt, während die Rechten der Linken, die Abg. Dr. Crüger (fr. Vp.) und Gothein (fr. Vg.) scharfe Kritik an dem Erlass übten.

In letzter Stunde griff auch der Minister v. Boddieleski noch in die Debatte ein. Man merkte seiner Rede an, daß er ziemlich spät vom Festmahl heimgekehrt war. So verworren und kraus verbreitete er sich über alle möglichen Fragen. Auch auf die ihm in den Mund gelegte Aeußerung über den „Laufkanal“ kam er zu sprechen. Wunderbarerweise vermochte er sich daran nicht mehr zu erinnern, er stellt es aber auch nicht in Abrede, ein solches Wort gebraucht zu haben. „Ob ich die Aeußerung gemacht habe, ich kam es Ihnen nicht sagen, ich weiß es thatsächlich ebenso wenig wie Sie.“ Und damit basta! Nun, offen und ehrlich ist Herr v. Boddieleski wenigstens.

Am Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt. An zweiter Stelle steht der Antrag Langerhans (fr. Vp.) betreffend die Feuerbestattung auf der Tagesordnung. —

Ausländische Benezuca-Wirnis.

In der „Kordd. Allg. Ztg.“ lesen wir: „Reuters Bureau“ veröffentlicht Angaben über Aeußerungen, die der deutsche Geschäftsträger in Washington,

Graf Duadt, über die missverständliche Auffassung des Vorgehens der deutschen Schiffe vor Maracaibo gemacht hat. Wir sind in der Lage, aus der Information, die Graf Duadt am 24. Januar vom Auswärtigen Amt erhalten hat, folgendes mitzuteilen:

Das Vorgehen S. M. S. „Panther“ gegen San Carlos ist die gerechtfertigte Abwehr eines kriegerischen Angriffs. Das Feuer wurde von dem venezolanischen Fort eröffnet, als der „Panther“ in rechtmäßiger Ausübung von Blockademahnen über die Barre laufen wollte. Kein amerikanischer oder englischer Admiral würde anders als unser Kommodore gehandelt und nicht die Möglichkeit der Wiederholung eines solchen Angriffs auf einen Teil eines Blockadegeschwaders in gleicher Weise verhindert haben. Die Verantwortung für den Vorfall trifft demnach, der den Befehl, auf den „Panther“ zu feuern, gegeben. Die aus technischen Gründen unvermeidliche Verzögerung der deutschen amtlichen Berichterstattung von Maracaibo rechtfertigt es nicht, sich auf Grund falscher Nachrichten gegen uns zu erhitzen. Der venezolanische Befehlshaber hat wahrheitsgemäß gerade den Zeitpunkt der Ankunft von zwei in Washington gewählt, um den Konflikt zu schärfen und damit auf die amerikanische öffentliche Meinung zu wirken.

Auf Grund der damals hier vorliegenden Nachrichten mußte angenommen werden, daß der „Panther“ in die Lagune einlaufen wollte, um Konterbande-Schiffe aufzubringen. Nach einer jetzt vorliegenden telegraphischen Meldung des Kommodore Scheder stellt sich heraus, daß der „Panther“ nicht einmal die Absicht hatte, über die bei dem niedrigen Wasserstande zu jener Zeit für ihn überhaupt nicht passierbare innere Barre in die Lagune einzufahren, sondern nur in geschützterer Lage hinter der äußeren Barre vor Anker gehen wollte, als er unerwartet vom Fort San Carlos Feuer erhielt. Nach derselben telegraphischen Meldung hat der „Panther“ keinerlei Verluste oder Beschädigungen erlitten.

Was an dieser offiziellen Auslassung der „Nordd. Allgem. Zeitung“ zunächst auffällt, ist die absolute Unkenntnis, in der sich das deutsche Auswärtige Amt noch am 24. Januar über einen Vorfall befindet hat, der sich bereits am 17. Januar abgespielt hat. Wir bezweifeln bekanntlich die Nichtigkeit der bisherigen amtlichen Erklärungen, wonach der überhaupt erste Bericht über das am 17. Januar passierte Konterbande-Schiff erst am 21. Januar an das Auswärtige Amt abgegangen worden sei. Nun erfahren wir aber aus der amtlichen Information, die das Auswärtige Amt am 24. Januar an den deutschen Geschäftsträger Duadt abgehandelt hat, daß selbst die am 21. Januar vom Kommodore Scheder abgehandelte Nachricht, die am 23. Januar zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes gelangt war, noch nicht einmal die allernotwendigsten Mitteilungen über die Ursache des Zusammenstoßes am 17. Januar enthielt hat. In der vom Auswärtigen Amt am 23. Januar abends durch das Völkische Bureau mitgeteilten Depesche hieß es bekanntlich nur:

Am 17. Januar wurde beim Passieren der Maracaibo-Barre „Panther“ von Fort San Carlos unerwartet mit lebhaftem Feuer angegriffen.

Nach den obigen Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat thatsächlich das Telegramm des Kommodore Scheder keinen andern Wortlaut gehabt! Erst mehrere Tage später — wann sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht — traf eine weitere Information Scheders ein, die mitteilte, daß „Panther“ gar nicht beschädigt habe, in die Lagune einzufahren, sondern sich lediglich in „geschützter Lage“ habe verankern wollen!

Welch unglaubliche Summe der pflichtgemäßen Berichterstattung der Blockadeflotte!

Als Kommodore Scheder am 21. Januar das fragliche Telegramm abhandelt, hatte er genaue, erschöpfendste Kenntnis der Vorgänge. Hatte er doch zweifellos längst mit dem Kommandanten des „Panther“, der ihn ja zur Unterstützung herbeigerufen hatte, eingehende persönliche Rücksprache genommen! Das mußte ja schon deshalb geschehen sein, weil Scheder selbst das erneute Bombardement in Person leitete. Wie hätte er ein Bombardement eröffnen können, ohne die Ursachen des Zwischenfalls ganz genau zu kennen. Und trotz alledem schwieg er sich darüber dem Auswärtigen Amt gegenüber vollständig aus!

Diese unbegreifliche, unverzeihliche Pflichtverletzung brachte dann, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer obigen Erklärung unternützlich feststellt, das deutsche Auswärtige Amt in die überaus peinliche Lage, seinerseits dem deutschen Geschäftsträger in Washington eine falsche Information über die „Panther“-Affäre zu senden! Ist doch die auf die nachlässige und irreführende Haltung des Scheberschen Telegramms sich stützende Stelle der amtlichen Information an Grafen Duadt

„Das Feuer wurde von dem venezolanischen Fort eröffnet, als der „Panther“ in rechtmäßiger Ausübung von Blockademahnen über die Barre laufen wollte“ vollständig falsch! Handelte es sich doch nach der jetzt vorliegenden Meldung gar nicht um die Ausübung von „rechtmäßigen Blockademahnen“, sondern lediglich um eine Platzveränderung des „Panther“.

Welches Vertrauen nach diesem Fall Amerika künftig noch deutschen amtlichen Erklärungen beimesst wird, brauchen wir wohl nicht noch weitläufig auseinanderzusetzen!

Der Fall des „Panther“ selbst erhält freilich auch durch die „jetzt“ von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gegebene Darstellung kein andres Gesicht. Warum seyte der „Panther“ das Fort, das sich durch das Mandat des „Panther“ unbedingt bedroht fühlen und die Einfahrt zu der Lagune zu verteidigen genötigt sehen mußte, den Kommandanten von San Carlos nicht von der Harmlosigkeit seiner Absichten in Kenntnis zu setzen?

Es war also auch nach dieser neuesten Lesart, der freilich möglicherweise noch eine allernueste folgen wird, nicht Venezuela, das den Zusammenstoß provozierte, dessen Ausgang das deutsche Prestige auf keinen Fall zu erhöhen vermag!

Die von der venezolanischen Regierung angebotenen Zahlungsgarantien sind von den Mächten im Prinzip angenommen worden.

Washington, 27. Januar. Die hiesige britische Botschaft hat mit Zustimmung und Bestätigung der deutschen und italienischen Botschaft eine Bekanntmachung erlassen, worin die in einem New Yorker Morgenblatte veröffentlichte Mitteilung für unrichtig erklärt wird, daß die Vertreter der Mächte, die mit Vowen in Verhandlung stehen, zu einem Bruch gekommen seien. Die Vertreter der Mächte, heißt es in der Bekanntmachung, hatten einander über alles, was Tag für Tag zwischen ihnen und Vowen vorgehe, auf dem laufenden und gehen seit Beginn der Verhandlungen in vollständiger Uebereinstimmung vor.

Diese Erklärung bezieht sich also nur auf die seit acht Tagen mit Vowen gepflogenen Verhandlungen. Man könnte also fast annehmen, daß die britische Erklärung durch die Pläne zu verstehen geben will, daß in der „Panther“-Affäre keine vollständige Uebereinstimmung bestand.

Es fracht um „Bloc“.

Paris, 27. Januar. (Fig. Ber.) Das alljährliche platonische Gefecht um das Kultusbudget ist diesmal ganz unerwartet zu einem wichtigen parlamentarischen Ereignis geworden.

Man war es gewöhnt, daß auch die allerantikerlichsten Politiker, die in der Opposition die Trennung zwischen Kirche und Staat verlangt hatten, auf der Regierungsbank die 1869 von Gambetta aufgestellte Forderung regelmäßig verleugneten. Man hatte es auch nicht anders vom Kabinett Combes erwartet, dessen Programm übrigens ausdrücklich die Aufrechterhaltung des Konkordats enthält. Die antikerliche Budgetkommission hatte ihrerseits auf Wunsch der Regierung das Kultusbudget vorlegt unter der üblichen Motivierung, die seit mehr als 20 Jahren die Trennung zwischen Kirche und Staat für „verkrüppelt“ erklärt bald aus diesem, bald aus jenem fadenhäutigen Grund.

Ministerpräsident Combes aber begnügte sich mit den alten Scheingründen nicht. Er hatte auf eine ausgezeichnete Rede des revolutionär-socialistischen Abgeordneten Maurice Allard zu antworten, der namens seiner Fraktion die Abschaffung des Kultusbudgets mit schlagenden Argumenten begründete. Und nun übertrug die Chef des antikerlichen Regierungsbloc's Freund und Feind durch Erklärungen, wie sie nicht anders etwa ein preussischer Kultusminister machen könnte. Es fehlte nur in Combes' Rede die ausdrückliche Verufung auf jenes Wort: „Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben“. Denn eben dies war der Sinn seiner ganzen Beweisführung zu Gunsten des Kultusbudgets! Bis auf weiteres ist nach Combes ohne Religion keine Moral möglich, und das „nahezu für alle Franzosen“. Die stillosen Ideen, wie sie von den diversen Kirchen gelehrt würden, seien „notwendig“. Der weltliche Unterricht sei vorläufig nicht im Stande, den Moralunterricht zu ersetzen; dazu sei er zu „oberflächlich und beschränkt“. Man müsse warten, bis einmal die vervollkommnete weltliche Primärerziehung die Menschen ohne Zuhilfenahme der Religion „hinreichend gegen die Gefahren und Prüfungen des Lebens garantieren“ könnte!...

Man begreift die Freude der Merikalen und ihrer merikanischen Freunde und andererseits die namenlose Befürzung der Regierungstruppen ob diesem wahrhaften Pronunziamento des Regierungschefs gegen alles, was die dritte Republik auf dem Gebiete des weltlichen Unterrichts gethan, gegen alles, was Combes selbst seit Monaten gegen den kirchlichen Unterricht that. Ist ohne Religion keine Moral möglich, warum hat dann die Republik den religiösen Unterricht aus den Schulen verbannt? Warum schließt Combes die mönchischen Unterrichts-Anstalten? Der agitatorische Wert des Pronunziamentos ist für die Merikalen unermesslich. Sie können nun die „stillosen“ Ueberlegenheiten ihrer Schulen auf die Autorität ihres „Vorforgers“ stützen.

Genosse Sembat, revolutionärer Socialist, die ministeriell-socialistischen Abgg. Breton und Pressensé, der Linkradikale Ferdinand Brisson, der Organisator des weltlichen Primarunterrichts, und andre gaben dem Ministerpräsidenten die verdiente Antwort. Genosse Saillant bemerkte noch kurz und treffend, daß die Trennung zwischen Kirche und Staat, die Combes ins Unendliche verschleibt unter dem Vorwand der graufigen Gefahren, die daraus („für die Republik“) entstehen würden, schon vom Konvent durchgeführt wurde, und das mit vollem Erfolg, bis dann Napoleon zu reaktionär-dynastischen Zwecken als erster Konjul das Konkordat mit dem Papst abschloß.

Ein kurzer Rechtfertigungsversuch des Ministerpräsidenten verschlimmerte noch die Sache. Er berief sich auf seine „spiritualistisch-philosophische“ Gewinnung, die ihn die Religion als „eine der mächtigsten sittlichen Kräfte der Menschheit“ erklären ließ, und zwar schon vor zwei Jahren im Senat. Dann fügte er die Herausforderung an die Mehrheit hinzu, mit ihm zu brechen, falls sie sich in ihm getäuscht hätte.

Bei der Abstimmung über den socialistischen Antrag auf Abschaffung des Kultusbudgets erfolgte der erste Bruch zwischen Regierung und Mehrheit. Das Budget wurde mit 315 hauptsächlich Merikal-merikanischen Stimmen gegen 194 Stimmen votiert, wofür letztere neben den 12 revolutionär-socialistischen Abgeordneten fast sämtlich die Kerntruppen der Regierung umfassen, die Radikalen und ministeriellen Socialisten. Ja, selbst der Marineminister Pelletan brach die ministerielle Solidarität wenigstens insoweit, als er sich der Abstimmung enthielt, so seinem eignen Chef das Kultusbudget verweigerte.

Und was nun? Das Kabinett Waldeck-Roussieu regierte zwar in seinem letzten Jahre mit zwei abwechselnden Mehrheiten. Aber Combes hat sich als ein gar zu schlechter Musikant gezeigt, um jenem Virtuosen nachahmen zu können oder auch zu wollen. Die radikale Presse ist heute für Combes so hart wie möglich. In der „Aurore“ betont Pressensé nur noch die Unmöglichkeit einer sofortigen Ministerreise, ehe die Kongregationsfrage erledigt sei. Nur Séraut-Richard in der „Petite République“ sucht die Bedeutung des Vorfalls abzuschwächen. Eine graufame Ironie wollte es, daß der Schatten des kommenden Zerfalls des „Bloc's“ gerade auf die Sitzung fiel, in der Jaurès, der gläubigste unter den Führern des „Bloc's“, zum erstenmal als Vizepräsident fungierte — übrigens mit allgemein anerkanntem Geschick.

Deutsches Reich.

Wallestrem. Eine parlamentarische Korrespondenz meldet: Wenn man in Reichstagskreisen auch allgemein der Ansicht ist, daß Graf Wallestrem die Wahl zum Präsidenten annehmen dürfte, so steht das doch noch nicht ganz zweifellos fest. Es ist immerhin eine Ueberraschung nach der andern Richtung hin möglich. Graf Wallestrem hat noch niemand gegenüber einen festen Entschluß zu erkennen gegeben. Thatsache ist ferner, daß Graf Wallestrem sowohl an die beiden Vizepräsidenten wie an jeden Schriftführer Abschiedsbriefe gerichtet hat, in denen er den Herren für ihre Mithilfe bei seiner Geschäftsführung dankt.

Ob Graf Wallestrem der Vertrauenslundgebung, die ihm die Zollvereinsmehrheit bereiten wird, Folge leistet oder ob er aus dem Reichstags-Präsidentium verschwindet, ist sehr gleichgültig. Das moralische Gewicht des Mannes ist endgültig verloren.

Dem schlichten Mann aus der Werkstätte wird jetzt in ausgewählten Exemplaren ordentlich gehuldigt. Eine Korrespondenz erzählt, daß einzelne dieser schlichten Männer bei dem Eisenbahnminister am Geburtstag Wilhelms II. diniert haben. Man höre die rührende Geschichte, so wie sie die Korrespondenz von sich gibt: „Eine außerordentliche Auszeichnung, die bisher wohl kaum in der preussischen Staatsverwaltung dazwischen sein dürfte, widerfuhr am Geburtstag des Kaisers dem Vorstandsmittgliedern des Berliner Eisenbahnervereins, Bezirk III (Norden). An der Kaiserfeier desselben nahm der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Vudde, mit mehreren seiner Direktoren und Räte Theil. Als das Fest, welches auch der Minister durch eine patriotische Ansprache verhöht hatte, zu Ende ging, lud Herr Vudde den Eisenbahnerklub ein, an dem in seinen Geschäftsräumen stattfindenden Festessen teil zu nehmen. Es

fanden sich denn dort auch unter Führung des Geheimen Regierungsrats Dr. Noesler, der die schmude Uniform eines Rittmeisters der Landwehr-Kavallerie trug, neben dem Bau-Inspektor v. Jabiensky und dem Stations-Vorsteher Rohloff ein: der Streden-Arbeiter Brenneke, der Wagenmotierer Radloff, der Oberputzer Rehfeldt, der Heizer Schröder, der Güterboden-Vorarbeiter Sühr und der Bureau-Assistent Richter. Herr Vudde begrüßte diese schlichten Eisenbahnbediensteten auf das freundlichste und hieß sie unter seinen Oberbeamten, Ministerial-Direktoren und Räten, an der reich besetzten Tafel Platz nehmen. Man kann sich die freudige Ueberraschung der einfachen Arbeiter vorstellen, neben ihrem höchsten Chef, dem Minister und neben ihrem höchsten Vorgesetzten, dem Präsidenten Kranold, und den hohen Ministerialbeamten in Frack und Uniform an ein und derselben Festtafel berechtigt zu dürfen.

Wir haben Ehrenten geweint, als wir diese herrliche Begebenheit lasen; sie ist wert, sofort in alle Schul-Bücher aufgenommen zu werden. Man kann es also doch in der christlichen Monarchie zu etwas bringen: fünf schlichte Eisenbahn-Arbeiter haben an der Tafel der Exzellenzen an Kaisers Geburtstag gesessen! Welche Kränze menschlicher Reueifigkeit offenbaren sich da. Verschneidet mit das Tischchen mit der Socialdemokratie und Ihr werdet an einem Tischchen mit leibhaftigen Ministern essen, etwa so wie die kleinen Beamten, die zur Festtafel bei der Lebensfeier befohlen werden.

Es ist den armen Teufeln sicher zu gönnen, daß sie einmal bessere Sachen zu essen kriegen. Socialpolitisch bedeutender aber wäre das Umgekehrte: wenn die Exzellenzen so oft wie möglich bei der Mittagstafel des schlichten Mannes aus der Werkstätte als Gast erschienen. Vielleicht denken sie dann ein wenig an die Wirkungen der bahnbildigen Vögte, und außerdem viele dann der peinliche Umstand fort: Proletarier als Tafeldekoration zu verwenden.

„Post“-Schwindel! Die „Post“ besitzt die Unerschämtheit zu behaupten, es sei eine tendenziöse Entstellung Bebel's, daß Bismard — am 20. November 1884 — im Reichstage erklärt habe, daß ohne die Socialdemokratie auch die geringen Anfänge der socialen Gesetzgebung noch nicht existieren würden.

Man gewinnt bei dem „Post“-Artikel einen recht aufklärenden Einblick in die häßlicher Werkstätte des Scharfmacher-Organs. Der Verfasser des Artikels hatte nämlich die Rede Bismards vor Augen, als er los schrieb; er citirt nämlich wörtlich — allerdings mit charakteristischer Auslassung der Stelle: Alle menschlichen Einrichtungen sind unvollkommen, im höchsten Maße und am allermeisten die staatlichen Einrichtungen —, dann aber, als es galt, die entscheidende Ausführung der Rede wiederzugeben, schlug er entsetzt das Buch zu und erzielte das Citat durch folgende bewußt fälschende Wiedergabe:

„Fürst Bismard ist es absolut nicht eingefallen, wie Bebel bei seiner bekannten Ungeniertheit im Behaupten glauben machen möchte, zu sagen, ohne die Socialdemokratie würden auch die Anfänge der Socialpolitik nicht existieren. Solchen Anspruch konnte Fürst Bismard umsonstiger thun, als er mit den Thatfachen im völligen Widerspruch gestanden hätte. In Wahrheit hat er in seiner Rede nur bemerkt, daß das Vorhandensein der Socialdemokratie die Ueberwindung mancher Hindernisse in der durch die kaiserliche Vögischaft vom 17. November 1881 inaugurierten Socialpolitik der Regierung erleichtere. Was Fürst Bismard dabei im Sinne hatte, war die außerordentliche Richtigkeit, mit welcher der Reichstag im Jahre 1882/83 die Veranlassung des Unfallversicherungs-Gesetzes betriebe hatte, sodas er durch kaiserliche Vögischaft vom 14. April 1883 noch besonders an die Erledigung dieses Gegenstandes gemahnt werden mußte. Nicht zum wenigsten waren die Socialdemokraten an dieser Richtigkeit schuld, denn die Umstürzpartei war die heftigste Gegnerin der socialpolitischen Gesetzgebung.“

Die letzte alte Lüge, die Socialdemokratie sei die heftigste Gegnerin der socialpolitischen Gesetzgebung — die socialpolitischen Anträge der Socialdemokratie beweisen das Gegenteil — lassen wir auf sich beruhen. Es genügt, wenn wir nachholen, was die „Post“ geistlich unterläßt, wenn wir die klaren, unabweisenden Worte wiederholen, die Bismard damals gesagt. Bismard bedauerte, daß die Socialdemokratie, wenn sie vor die Verwirklichung ihrer Ziele gestellt würde, vielleicht so abwirksam wäre, daß „über den Bedarf hinaus“ ihre Anhänger sich lichten würden, und er begründete dieses ironische Bedauern wie folgt:

„Die Socialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Meistekel für die besitzenden Klassen dafür, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, daß die Hand zum Fesseln angelegt werden kann, und insofern ist ja die Disposition... ganz außerordentlich nützlich. Wenn es keine Socialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Socialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren...“

Es gehört die ganze Schamlosigkeit der „Post“ dazu, um angeht dieses Vorlautes, der Bebel's Aeußerung in jedem Punkt bestätigt, unter absichtlicher Verhehlung des Citats, unsren Genossen der Entstellung zu zeigen.

Zum Kinderhaus-Gesetz haben die Abgg. Wurm (Soc.) und Genossen die in der Kommission schon gestellten Anträge auf Einbeziehung der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder in das Gesetz und auf Ausdehnung der Ruhepausen für die in den Werkstätten beschäftigten Kinder für die zweite Beratung im Plenum wieder eingebracht.

Ein Subskriptionsverhältnis besteht in gewissem Sinne zwischen der Münchener „Allgem. Ztg.“ und der Reichsregierung. Aus einer Polemik, die von diesem Blatt gegen unser Münchener Partei-Organ geführt wird, entnehmen wir die interessante Thatsache, daß das Münchener Scharfmacher-Organ vom Reich jährlich den Betrag von 3000 Mark erhält, wofür die Zeitung an die deutschen Konsulate zu liefern ist. Es besteht also eine Art von Zwangsabonnement. Auch eine Anzahl von bayrischen Behörden wurde amtlich nahegelegt, das an der Abonnenten-Schwindsucht dahinstehende Blatt zu abonnieren.

Wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einer Privat-Unterhaltung in Rengersdorf in Schlesien, wurde der Händler Franz Parisch aus Friedrichswald in Wöhmen von der Strafammer zu Glas zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Parisch war bisher unbescholten.

Auch ein Kulturzeugnis, daß eine unvorsichtige Aeußerung im privaten Kreise in so fürchterlicher Weise geahndet wird.

So züchtet man gemeinstes Denunziantentum.

Zur Wahlbewegung.

Baumeister Felisch als Reichstagskandidat für Teltow-Beeskow. Eine recht interessante Mitteilung erfahren wir aus der Generalversammlung des konservativen Centralvereins des genannten Kreises. Der frühere Kandidat Ring-Düppel, den bei der letzten Wahl Genosse Zubeil aus dem Sattel gehoben hatte, hat die Lust, als Durchfallskandidat zu glänzen, diesmal aufgegeben. Aber ein viel Würdigerer und — nach dem Bericht — ein allgemein „bekannter, bester und erprobter Mann“ ist in dem Baumeister Felisch, diesem Urtypus eines Reactionärs, als der „geeignete Reichstagskandidat“ aufgestellt worden. In der Zeitung um das Fell des Wären blieb sein Mitbewerber, Rittmeister v. d. Herwig, jurist. Mit dem Liebeswerben an die freimüthigen zwecks gemeinsamen Vorgehens zum geschlossenen Kampf gegen die Socialdemokratie ist es ebenfalls nichts geworden: Prof. Vogt hat „höflichst abgelehnt“. Man scheint aber diese sogenannten freimüthigen Stimmen sehr nötig zu haben, da die Generalversammlung, um eine Antwort auf die Anfrage an das freimüthige Lager zu erhalten, sogar zweimal verschoben worden ist.

Aus dem Wahlkreise Calau-Ludau wird und geschrieben: Eine überaus rege Thätigkeit entfalteten die verschiedenen Parteien im

Die freien Kreise. Für die freisinnige Volkspartei bereitet Herr von Stein-Charlottenburg den Wahlkreis, um gleich einem Ritter St. Georg seine Feinde zu vernichten. Daß er neben dem Protokollredaktor auch der Socialdemokratie die Schuld an dem Zustandekommen des Wuchertarifs zuschreibt, versteht sich am Rande. Ein solcher Versuch wurde auch vor wenigen Tagen in Kirchhain N.-L. unternommen, wo sich zum Behuf dieser „liberalen“ Versammlung neben zwei Hundert Spießbürgern etwa fünfzig „Socials“ eingefunden hatten. Als er dort das Märchen von der Schuld der Obstruktion zum Besten gab, wurden ihm in gehöriger Weise die wirklichen Thatfachen von seinen Genossen beigebracht. Das scheint auch gefruht zu haben, denn als er am Sonnabend in Lützenau wiederum in einer „freisinnigen“ Wählerversammlung fast ausschließlich Socialdemokraten zu seinen Zuhörern zählte, unterließ er diese Anschuldigungen.

Aber auch der konservative Kandidat, der jegliche Reichstags-Abgeordnete Mentzer Henning, hält es für notwendig, sich seinen Wählern vorzustellen. Daß er dazu nur „Hotels“ und einen Zeitpunkt wählt, wo es der werthtätigen Bevölkerung unmöglich ist, teilzunehmen, ist selbstverständlich. Dafür entschädigt er aber auch diese der gebildeten Klasse angehörenden Herren durch eine von Socialdemokraten tiefende Schilderung des Inhalts des angenommenen Zollgesetzes. Er habe auch deshalb gegen das Gesetz gestimmt, weil es die Not der Landwirtschaft nicht genügend berücksichtige. Im übrigen halte er, wie er in einer Versammlung in Lützenau erklärte, die Erhöhung des Getreidezolles um 1,50 Mark für eine Tonne (1) Getreide für sehr minimal. (?)

Daß gegenüber diesem Treiben unsere Genossen nicht sämmtlich, ist klar. So fand am Sonnabend in Setichau eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Schubert, dieses Gebahren einer eingehenden Kritik unterzog. Eine große Anzahl der Anwesenden ließen sich in socialdemokratischen Verein aufnehmen. Auch die Genossen in Lützenau, unter denen zum Sonntagvormittag weite, befinden sich in der zu verhältnißmäßig Kampfesstimmung. Aber auch in der bisher rückständigsten Gegend des Kreises, in der Gegend von Halbe und Brand, singt es an zu dümmern. So fand am Sonntagnachmittag in Nieß-Neuendorf eine socialdemokratische Versammlung, die erste überhaupt in diesem Orte, statt, in welcher Genosse Schubert über: „Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen“ sprach. Bauern, Köstler, Bauhandwerker und landwirtschaftliche Arbeiter hatten sich in einer ungefähren Anzahl von 200 eingefunden, um wiederholt ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten zu bekunden. —

Die Nationalliberalen und das Reichstags-Wahlrecht. Aus Waden wird vom 20. Januar geschrieben: In einer von nationalliberaler Seite einberufenen Wahlversammlung zu Vörsch, in der Landgerichtsrat Dr. Scherer aus Karlsruhe das Referat übernommen hatte, nahmen unsere in größerer Anzahl erschienenen Parteigenossen Anlaß, den Redner zu einer Aeußerung über die Stellung seiner Partei zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Reichstags-Wahlrecht zu provozieren. Der Vorsitzende der Versammlung, ein Herr v. Freydorff, der kurz vorher sich mit Empfinden gegen die Unterstellung verhalten hatte, als könne es den Nationalliberalen einfallen, bei den kommenden Wahlen „die Geschäfte der Reaktion zu befragen“, geriet durch die Frage der naheliegenden Socialisten zuerst in sichtlich Verlegenheit und meinte dann wortlich, diese Frage könne heute noch nicht beantwortet werden, man werde diese Angelegenheit später erledigen. Dem Referenten Dr. Scherer gelang es trotz aller Mühe, die er sich gab, um den üblen Eindruck der v. Freydorffschen Aeußerung zu verwischen, natürlich nicht, die anwesenden Socialisten in der Ueberzeugung zu erschüttern, daß mit jenen Worte undorsichtigerweise eine Anshauung verraten wurde, die außer dem Herrn v. Freydorff auch noch andere nationalliberale Führer zu ihren Anhängern zählt. —

Das Kolonial-Nichts. Die dem Reichstage zugegangene, von uns gestern schon im Handelsteil besprochene Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete für das Jahr 1901/02 beweist nur von neuem, daß von „Entwicklung“ gar keine Rede sein kann. In der Einleitung fordert die Denkschrift „Anwendung größerer Mittel“ zur Erzielung und Hebung der Produktivkräfte; nur so könne eine entscheidende Besserung erwartet werden. Also die bisher vergeudeteten Summen waren noch zu niedrig!

Bezüglich der Zunahme der Ansiedelung von Weißen spricht die Denkschrift von „erheblichen Fortschritten“. Darüber heißt es:

„Im Jahre 1902 wurde in den afrikanischen Schutzgebieten eine weiße Bevölkerung von 6901 Köpfen ermittelt, gegen 5371 im Jahre 1901 und 3239 im Jahre 1896. Die Zahl der Deutschen ist in den afrikanischen Kolonien von 1852 im Jahre 1896 auf 4203 im Jahre 1902 gestiegen. Die weitans härteste Vermehrung der weißen Einwohner hat Südwestafrika aufzuweisen; dort wurden am 1. Januar 1902 4674 weiße Bewohner, gegen 3643 im Vorjahre, gezählt. Der größere Teil der Zunahme kommt allerdings auf die Einwanderung von Boeren.“

Dabei sind die meisten Deutschen in den afrikanischen Kolonien Angehörte des Reiches, die dort auf Reichsstationen an Eisenbahnbauten u. beschäftigt sind. Ohne diese wären die Deutschen in Afrika verschwindend gering an Zahl. Für diese winzige Zahl von Personen zählt das Reich jährlich viele Millionen; im Jahre 1903/04 solle 15 Millionen bar aus der Reichskasse gegeben werden!

Die Denkschrift muß ferner zugeben, daß der Handel und Verkehr in Ostafrika einen erheblichen Rückgang aufweise; das sei nur zu bester durch den nachdrücklichen Bau von Eisenbahnen. Auch in Kamerun habe die Einfuhr des Jahres 1901 gegenüber dem Jahre 1900 eine beträchtliche Abnahme gezeigt; ebenso ist in Samoa im Berichtsjahre eine Abnahme des Handels durch die ungewöhnlich schlechte Kopra-Ernte verurteilt worden. In allen übrigen Schutzgebieten hat der Handelsverkehr im Berichtsjahre zugenommen, besonders in Togo und in Südwestafrika. Infolge der Ausfälle in Ostafrika, Kamerun und Samoa blieb der Gesamtandel der deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee allerdings im Jahre 1901 hinter dem Gesamtandel des Jahres 1900 zurück; er hat sich im Jahre 1901 auf 57 117 000 M. belaufen gegen 58 777 000 im Vorjahre.

Ebenso muß zugestanden werden, daß die **Dausflawerei** in Ostafrika, Kamerun und Togo fortdauere. Die Abschaffung werde „vorbereitet“ und sei „in absehbarer Zeit“ zu erwarten! —

Husland.

Militärisches aus Frankreich.

Paris, 20. Januar. (Fig. Ver.)

Die französische Deputiertenkammer besaßte sich letzte Woche mit großen Debatten über Patriotismus und Internationalismus, Krieg und Frieden, Abrüstung und Rebanché. Nicht zum erstenmal werden hier diese Fragen behandelt, aber welcher Unterschied gegen früher im Anlaß und im Zweck der Debatten!

Früher galt es für die bürgerlichen Parteien einzig die „Waterslandslosigkeit“ der Socialisten zu denunzieren. Die Wählermasse war noch im ganzen so sehr im Chauvinismus befangen, daß die blödesten patriotischen Verleumdungen den erwünschten Erfolg zu verschaffen schienen, die Diskreditierung der Socialisten, die soeben erst auf dem Gebiet der Wahlaktion festen Fuß zu fassen begonnen hatten. Seitdem ist es anders geworden. Die Dreyfus-Affäre und ihre Folgen haben die antisocialistische und antimilitaristische Stimmung weit über die eigne Einflusssphäre des Socialismus hinaus ausgebreitet. Desto stümper sind die patriotischen Verleumdungswaffen gegen den Socialismus geworden. Diesem wurde es sogar möglich, auf die oder jene Weise die Offensive zu

ergreifen, und das mit Erfolg. Nach dem Muster der belgischen „socialistischen jungen Garde“ begannen socialistische und gewerkschaftliche Organisationen (die Arbeitsbörsen) die antimilitaristische Propaganda in kühnster Form bis in die Kaserne hinein zu tragen. Auf der andren Seite eröffnete Jaurès in letzter Zeit seine Abrüstungs-Campagne mit ihrer gegen die Rebanché gelehrten Spitze. Ungeachtet der bürgerlich-ideologischen Unterlage der Jaurès'schen Abrüstungs-Ideen, wirkten sie doch in antimilitaristischer Richtung.

Das alles wäre schon für die Patrioten Grund genug gewesen, das Vaterland in Gefahr zu erklären. Dazu gestellte sich aber noch Jaurès' Wahl zum Vizepräsidenten, die, mit knapper Not zu Stande gekommen, für die reaktionäre Opposition einen desto willkommenen Anlaß bot, den Regierungen „Vloe“ aufs Glatteis der patriotischen Frage zu laden, um so eine Spaltung zwischen ministeriellen Socialisten und Radikalen herbeizuführen.

Mit einem Wort, war früher der Patriotismus eine bürgerliche Parteiwaffe gegen den Socialismus, so diente er in den letzten Debatten schon gar als Werkzeug einer ordinären parlamentarischen Intrigue. Und während die Monopolpäpste des Patriotismus gegen den Regierungen „Vloe“ als Angreifer vortraten, befanden sie sich dem revolutionär-socialistischen Abg. Dejeante über das Verbot an die Soldaten, die Arbeitsbörsen zu besuchen, und in der Kontre-Interpellation Lafies über die „internationalistischen Umtriebe in der Armee“.

Dieses Verhältnis trat aber genug hervor in der Interpellation des revolutionär-socialistischen Abg. Dejeante über das Verbot an die Soldaten, die Arbeitsbörsen zu besuchen, und in der Kontre-Interpellation Lafies über die „internationalistischen Umtriebe in der Armee“.

Jenes ministerielle Verbot wurde hervorgerufen durch einen Aufruf des Verbandes der Arbeitsbörsen folgenden Inhalts. Die Soldaten wurden eingeladen zur Teilnahme an den gewerkschaftlichen Fortbildungskursen der Arbeitsbörsen, an den gewerkschaftlichen und Unterhaltungs-Versammlungen, zu den literarischen, künstlerischen, wissenschaftlichen und sozialen Vorträgen. Ferner stellten ihnen die Arbeitsbörsen ihre Bibliotheken zur Verfügung sowie Briefpapier und Briefmarken: „Kurz, in Erinnerung an die Zeit, wo wir wie jetzt Ihr das traurige und niederdrückende Soldatenleben zu ertragen hatten, wollen wir für Euch thun, was man für uns nicht gethan hat. Wir wollen Euch für einige Augenblicke dem bitteren Hindrücken entziehen durch andre Mittel als vertierende Trinkschokolade und entwerbende Gesellschaft.“ In einem Begleit-schreiben an die Sekretäre der Arbeitsbörsen, die mit der Verbreitung des Aufrufs beauftragt wurden, heißt es: „Wenn der Soldat frei zur Messe gehen darf, so soll er auch die Arbeitsbörse frei besuchen dürfen, um seinen Glauben an eine wirkliche und nahe bessere Zukunft zu stärken, wo es weder Chefs noch Soldaten mehr geben wird, sondern nur gleiche und freie Menschen.“

Genosse Dejeante stellte der kriegsministeriellen Sperre gegen die Arbeitsbörsen die von den liberalen Militär-behörden gefördernde und vom Kriegsminister geduldete Einwirkung der weit verzweigten „katholischen Zirkel“ auf die Soldaten gegenüber. Diese Zirkel sind vereinigt in einer Organisation unter dem Namen „Unser Jungfrau des Soldaten“, die unter der Leitung eines Eudisien-Rönges steht. Die Soldaten, welche die Zirkel besuchen und überhaupt an verschiedenen kirchlich-religiösen Veranstaltungen teilnehmen, genießen allerlei Vergünstigungen im Dienste. Dagegen führte Dejeante Fälle an, wo selbst zur Hebung einberufene Reservisten mit einem Monat Haft bestraft wurden wegen eines Besuches in der Arbeitsbörse!

Der Kriegsminister André befriedigte später die Nationalisten durch allgemeine militärfromme Erklärungen und durch die besondere Ankündigung, daß gegen das von dem Arbeitsbörsen-Verband herausgegebene antimilitaristische „Neue Soldaten-Handbuch“ die gerichtliche Verfolgung eingeleitet wurde. Dagegen erledigte der Kriegsminister die Beschwerden des Genossen Dejeante über die kirchliche Propaganda in der Armee durch den bequemen Hinweis auf die alten Gewohnheiten des reaktionären Offizierscorps, die ja nicht auf einmal zu beseitigen wären. Er sorgte für die allmähliche Beseitigung der Einflüsse der katholischen Zirkel mit Hilfe der weltlichen „Unterstützungs“, die ihrerseits für die Soldaten politisch neutrale „Soldatenheime“ gründete. —

Marokko.

London, 28. Januar. („Bureau Laffan“) Nach einem Telegramm des „Morning Leader“ aus Tanger ergibt sich aus den amtlichen Nachrichten, daß bei allen Gesehten, die in den letzten Tagen zwischen den Truppen des Sultans und den aufständischen Maifanden, die Truppen des Sultans mit großen Verlusten geschlagen wurden und viele von ihnen zu den Aufständischen übergingen. —

Oestreich-Ungarn.

Budapest, 28. Januar. Im Abgeordnetenhaus erklärte heute der Abgeordnete Graf Eugen Zichy bei der Beratung der Militärvorlage, er sei gegen die Vorlage und trete daher aus der liberalen Partei aus. Die Erklärung wurde von der Opposition mit lärmenden Zustimmungslundebungen aufgenommen; da aber Graf Zichy keine Gefolgschaft hat, wird seinem Austritt aus der liberalen Partei keine politische Bedeutung beigemessen. —

Niederlande.

Das Niederländische Komitee für allgemeines Wahlrecht hielt am Sonntag zu Amsterdam seine Jahres-Versammlung ab. In der Eröffnungsrede wies der Vorsitzende Van Nuyhof darauf hin, daß sowohl von den Socialdemokraten als auch von den freisinnig-Demokratischen in der Kammer ein Gesetzentwurf zur Verfassungreform angekündigt worden ist. Es sei natürlich zu erwarten, daß in diesen Entwürfen die Aufhebung der dem allgemeinen Wahlrecht entgegenstehenden Schranken verlangt werden. Dem Komitee für allgemeines Wahlrecht sind jetzt 7 Verbände: die Socialdemokratische Arbeiterpartei, die Vereinigung für Frauenwahlrecht, die Socialdemokratische Lehrervereinigung, der Zimmererverband, die Vereinigung von Eisenbahn- und Straßenbahn-Personal, der Verband von Marine-Matrosen und der Verband von Gemeindefacharbeitern angeschlossen, ferner 13 lokale Komitees für allgemeines Wahlrecht und 11 lokale Organisationen. Diese verschiedenen Vereinigungen haben zusammen 30 665 Mitglieder. Im Jahresbericht wird eine Zunahme der Bewegung für allgemeines Wahlrecht konstatiert, die Höhe der alten Wahlrechtsbewegung ist jedoch noch nicht wieder erreicht. Es wurden 135 Demonstrationensammlungen abgehalten. Die nationale Demonstration zu Utrecht ist ausgefallen gut verlaufen. — Die Jahres-Versammlung beschloß, in diesem Jahre eine nationale Wahlrechtsdemonstration zu Rotterdam abzuhalten und als Vorbereitungen dazu provinzielle Demonstrationen. Ferner wurde beschlossen, jemanden anzustellen, der sich ganz den Vorarbeiten für diese Demonstrationen widmen kann. Ein Antrag der Vereinigung für Frauenwahlrecht: das Komitee möge sich im voraus gegen jeden in der Zweiten Kammer eingebrachten Antrag zur Wahlrechtsreform, worin nicht ausdrücklich das Frauenwahlrecht verlangt werde, erklären, wurde abgelehnt und dagegen mit 53 gegen 14 Stimmen ein anderer Antrag angenommen, der besagt, daß zu einer solchen Stellungnahme die Zeit erst dann gekommen sei, wenn wirklich ein detartiger Antrag in der Kammer vorliege. —

Belgien.

Der Senat hat am Ende der letzten Woche seine kurze Session beendet; er räumt seinen Sitzungssaal nunmehr den Deputierten ein, die während der Dauer des Amtes der Deputiertenkammer

im Senatsgebäude tagen. Außer dem Budget hat der Senat noch zwei wichtige Gesetzesentwürfe verabschiedet. Es ist das in erster Linie das Gesetz, betr. die neu entdeckten Kohlenminen in der Campine. Die Socialisten hatten beantragt, die Bergwerke in Staatsbetrieb zu nehmen. Die liberalen und liberalen Finanziers jedoch setzten durch, daß die Minen der privat-capitalistischen Ausbeutung überliefert werden. Der socialistische Senator, Advokat Biquard, hielt noch am letzten Tage eine glänzende Rede, in welcher er auf alle Kniffe und Schliche hinwies, die bei der Verbergung der Bergwerke durch Mittengesellschaften zu erwarten seien. Er forderte, daß nur ernste, gut fundierte Gesellschaften Konzessionen erhalten, und daß die Bedingung gestellt werde, daß während der ersten fünf Jahre keine Dividenden ausgezahlt werden dürften. Der Senator Koppenne machte die charakteristische Mitteilung, daß schon eine ganze Anzahl von Senatoren und Deputierten Mitglieder von Gesellschaften seien, welche eine Konzession zur Ausbeutung eines Bergwerks in der Campine nachgesucht haben. Alle diese Warnungsrufe wurden ungehört verhallen; die Jagd um den Profit wird beginnen, und die reichen Kohlenlager werden nicht dazu dienen, dem Volke billigeres Heizungs-material zu liefern, sondern den Raub einer kleinen bevorzugten Klasse bilden.

Das Gesetz Woeste, die belgische lox Heine, wurde, mit einigen Amendements versehen, vom Senat mit 68 Stimmen gegen eine bei vier Stimmhaltungen angenommen. Es geht nunmehr an die Kammer zurück.

Die Kammer beginnt ihre Sitzungen am Mittwoch. Der erste Beratungsgegenstand ist die Unfallversicherungs-Gesetzgebung. Der Arbeitsminister Francoite ist gegen die obligatorische Versicherung. Da aber ein großer Teil der Arbeiter für das Obligatorium eintritt, so ist es möglich, daß dies im Verein mit den Socialisten doch durchgehen wird. —

England.

Das Todesurteil gegen Lynch.

London, 25. Januar. (Fig. Ver.) Wider allgemeines Erwarten wurde der Abgeordnete Lynch wegen Hochverrats zum Tode durch den Strang verurteilt. Der Wortlaut des Urteils ist in hohem Grade typisch englisch. Ton und Sprache klingen wie eine Scene aus einem englischen Drama des siebzehnten Jahrhunderts. Richter Wills, der das Urteil aussprach, sagte zu Lynch: „... Wie viele Frauen Sie zu Witwen machten, wie viele Kinder zu Waisen, das weiß nur der Himmel allein. Sie glauben sich sicher zu fühlen, als Sie in einer dunklen Stunde Ihres Reiches, als Lachmüth, als Silberkorn, als Rastung in Todesgefahr schwebten, Ihre vatermörderische Hand erhoben. ... Sie haben sich in der Kraft Ihres Landes geirrt. Unser Land bewaffnet sich nur langsam und geht nur langsam in den Krieg, aber es war von jeher seine Gewohnheit, erst dann den Feinden gefählich zu werden, wenn es in der Stunde eines nationalen Unglücks seine ruhenden Energien weckt, wenn es jeden Nerv und Muskel des politischen Körpers spannt, wenn es seine Kinder zur Pflicht ruft, alles zu thun, alles zu ertragen, alles zu opfern. Und gegen was für ein Land haben Sie sich aufgelehnt? Gegen die Heimat des Fortschritts und der Freiheit, unter deren wohlwollender Herrschaft Sie, so weit das Empire reicht, eine Freiheit der Rede und des Handelns genossen, wie in keinem andren Lande der Welt.“ In diesem Tone und in einem Englisch von ungewöhnlicher Reinheit und strenger Schönheit sprach Wills sein Urteil aus.

Jedoch nimmt niemand die Sache so ernst. Das Todesurteil wird ohne Zweifel in einige Jahre Gefängnis verwandelt werden. —

Der Denaby-Prozess. London, 25. Januar. (Fig. Ver.) Mit Rücksicht auf die Not der streikenden Bergleute von Denaby ersuchte ihr Rechtsanwält den Appellationshof, unverzüglich in die Verhandlung über die Verurteilung einzutreten und bis zum Abschluß dieser Verhandlung die Zahlung von Streikgeldern zu gestatten. Der Appellationshof genehmigte dieses Ansuchen, und die Verhandlung begann vor wenigen Tagen. Das Urteil wird erst nächsten Dienstag oder Mittwoch gefällt werden. Außerdem bemühten sich die Richter, einen Vergleich herbeizuführen; der Versuch ist indes an dem Unwillen beider Parteien gescheitert. —

Der Prozeß der Kronprinzessin.

Der dem Sondergerichtshof in Dresden wurde der Eheprozeß des Kronprinzenpaares am Mittwoch begonnen, doch noch nicht zu Ende geführt.

Um 11 Uhr, so wird aus Dresden berichtet, begann die Sitzung unter Leitung des Präsidenten des Oberlandesgerichts. Zunächst war die Sitzung öffentlich. An dem Tisch der klägerischen Partei hatte Justizrat Dr. Körner Platz genommen, während die Beklagte durch die beiden Rechtsanwälte Dr. Vondi-Dresden und Dr. Felix Jechme-Leipzig vertreten war. Der Präsident eröffnete die Sitzung mit der Verlesung der Verordnung des Königs über Niederlegung eines besonderen Gerichts vom 30. Dezember. Darauf teilte er den Inhalt einer königlichen Verordnung mit, die ihm soeben durch den Justizminister zugegangen war. Durch diese wird die königliche Verfügung, daß das von dem Gericht beschlossene Endurteil dem Könige vor der Verkündung zur Bestätigung vorzulegen ist, außer Kraft gesetzt. Der König verzichtete, demgemäß auf eine Bestätigung des Endurteils, das sofort nach Publikation in Rechtskraft übergeht.

Danach wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen und die eigentliche Verhandlung begann. Der Kronprinz beantragt, wie schon bekannt, Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft, die Kronprinzessin Ehescheidung. Als Zeugen waren erschienen: Oberhofmarschall von Tümping, Frau Oberhofmeisterin von Fritsch und Polizeikommissar Schwarz, der einige Zeit in Genf Anwesenheit genommen hatte.

Nach mehrstündiger Verhandlung und auf Antrag der Bevollmächtigten beider Parteien wurde die Vertagung auf den 11. Februar beschlossen.

Aus Wien wird gemeldet: Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, mit welcher der Kronprinzessin von Sachsen alle Rechte einer österreichischen Erzherzogin und alle Ehren und Würden entzogen werden.

Die Kronprinzessin hat natürlich auch mit dieser Loslösung vom österreichischen Kaiserthum gerechnet, als sie sich aus dem sächsischen Joch befreite. —

Partei-Nachrichten.

Geächtele.

Die socialdemokratische Partei zählt schon vor 5 Jahren über 2 Millionen Reichstagswähler; die Gesamtzahl ihrer Anhänger ist mindestens doppelt so groß. In Parlamenten, Gemeinden, Verwaltung, Kronenklassen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen zählt sie Tausende von Vertretern und ihr Einfluß auf das öffentliche Leben und die Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen ist allenthalben erkennbar, keine öffentliche Macht kann sich diesen Einflüssen mehr ganz entziehen. In einem lächerlichen Gegensatz dazu steht die Thatsache, daß wir Allenhalben den Heiligsten Chelanten begegnen, wenn sich die Anhänger unserer Partei zur Versprechung öffentlicher Angelegenheiten versammeln wollen. Tag für Tag werden Dutzende von Fällen bekannt, wo uns die Ausübung des Versammlungsrechtes aus irgend einem nichtigen Grunde unmöglich gemacht wird, wo sie

an irgend einer Pflanzstätte feilheit; Tag für Tag veröffentlicht die Blätter Mitteilungen darüber, daß irgendwo den Socialdemokraten kein Versammlungsort zur Verfügung steht, oder daß ihnen bisher offene Lokale entzogen wurden und mehr oder minder deutlich erkennen man die treibende Kräfte dabei. Wir könnten aller Augenblicke ganze Spalten des „Vorwärts“ mit solchen Mitteilungen füllen. Zu diesen Betrachtungen werden wir angeregt durch eine Verfügung der königlich sächsischen Amtshauptmannschaft Auerbach dieses Inhalts:

Auerbach i. S., am 14. Januar 1903.

Dem Arbeiterverein Brunnödra und Umgegend wird schon jetzt hierdurch eröffnet, daß die Weiterbenutzung des bisherigen Versammlungsortes in dem Hause 161 zu Döhlertal in seinem jetzigen Zustande aus Gesundheits- und sicherheitspolizeilichen Gründen hiemit für die Zukunft verboten wird, so lange hinsichtlich desselben nicht folgende Bedingungen erfüllt werden:

1. Die Wandungen des Lokals sind in einen anständigen Zustand zu bringen, insbesondere sind die herabhängenden feuergefährlichen Tapeten zu beseitigen.
2. Die den freien Wandungen entlang befindlichen defekten Diele sind durch neue zu ersetzen.
3. Es sind noch zwei besondere Ventilationsöffnungen und zwar mittig der beiden freien Wandungen je eine, anzubringen. Diese Öffnungen sind unmittelbar unter der Decke anzulegen, sie können rund oder eckig gestaltet sein, doch darf der kleinste Durchmesser nicht unter 20 Centimeter betragen, sie sind mit beliebig stellbarem Schieber oder Klappenverschluss zu versehen.
4. Die Hausflur ist gehörig auszubessern. Dieselbe befindet sich jetzt in einem höchst unanständigen Zustande, an einer etwa metergroßen Stelle fehlen die Steinplatten ganz und man tritt, von außen hereinkommend, folglich in eine tiefe, keßelartige Ausbuchtung des Erdbodens, wobei nur allzu leicht Unfälle eintreten können.
5. In das Lokal dürfen bei den Versammlungen höchstens 20 Personen einschließlich des überwachenden Beamten eingelassen werden.
6. Den überwachenden Polizeibeamten ist ein reinlicher Tisch, sowie Stühle zur Verfügung zu stellen.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe von 30 M. geahndet; auch kann der überwachende Beamte die Versammlung kassieren.

Königliche Amtshauptmannschaft, A. S.: Dr. v. Hengendorff.

In welchem Zustande mag dieses Lokal sein! Man könnte glauben, es seien die Anhänger einer kleinen, weltlichen geachteten Sekte und nicht ein Verein der deutschen socialdemokratischen Partei, die sich in einer solchen Höhle versammeln müssen. Der Arbeiterverein in Brunnödra würde sicher auch ein öffentliches Gastlokal für seine Versammlungen benötigen und gewiß würde kein Wirt es ihm verweigern, wenn nicht geheime oder oft auch nicht geheime Einflüsse von Gewalten auf die Wirtse wirlten, die sich immer noch nicht von dem Glauben frei machen können, die Socialdemokratie totzürgeren zu können.

Nachdem diese Einflüsse den socialdemokratischen Arbeitern jedes anständige Lokal geschlossen, und sie in eine unwürdige Höhle gedrängt haben, da erscheint die fürsorgliche Gesundheitspolizei auf dem Platze, fürchtend, es könnte einem Socialdemokraten ein Dopsiegel auf den Kopf fallen!

Wir wissen sehr wohl, daß noch nicht in allen unsren Anhängern ein so freies und mächtiges Selbstgefühl lebt, um das Schmachliche solcher Zustände so lebhaft zu empfinden, wie wir es wünschen. Aber sie müssen es fühlen lernen; wir werden es ihnen lehren! Sie müssen lernen, daß sie selbst es in der Hand haben, sich allenthalben die Anerkennung zu verschaffen, die der socialdemokratischen Partei gebührt; sie dürfen sich solche unwürdige Behandlung nicht länger gefallen lassen, sie müssen sich bemühen, daß sie nur zu wollen brauchen, dann werden sie auch die Möglichkeit finden, ihr elementarstes Staatsbürgerrecht, das Versammlungsrecht, auszuüben; und unter würdigen Umständen auszuüben. Sie dürfen sich nicht behandeln lassen wie Gekerkte.

Partei-Preße. Aus der Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ in Jork wird demnächst der Genosse Eberhard in die Redaktion der „Frankfurter Tagespost“ übertritten.

Der allgemeine jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland hat die Schrift Kantshys „Am Tage nach der sozialen Revolution“ herausgegeben mit 2 Beilagen von Kantshys „Die Zukunft des eignen Heims“ („Agrarfrage“) und „Produktion und Konsumtion im Zukunftsstaate“ (Vorwort zu dem Buche von Kantshys.) In einigen Tagen wird auch die zugehörige zweite Broschüre „Soziale Reform und soziale Revolution“ herausgegeben werden.

Die Schriften des allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes sind in jüdisch-deutschem Jargon geschrieben und mit hebräischen Schriftzeichen gezeichnet.

Aus Industrie und Handel.

Direktor Jordan von der Bergisch-Märkischen Bank scheidet demnächst mit Ende dieses Jahres aus seiner Stellung aus. Die Gründe, die ihn dazu bestimmen, bestehen nach Mitteilung unres. Elberfelder Partei-Organen darin, daß seine etwas sonderbaren Privatgeschäfte von der Bankverwaltung beanstandet worden sind. „Herr Dr. Jordan“, schreibt die „Elberfelder Freie Presse“, „war Vorsitzender des Aufsichtsrats der Varmer Handelsbank, und als dieser in der Mitte des Jahres 1901 in eine gewisse Geldlemme kam, veranlaßte er sie, einen Teil ihrer Effekten zu Geld zu machen, wobei er so aufopfernd war, ihr etwa 100 000 M. Aktien der Vereinigten Glasstoff-Fabriken zum Selbstkostenpreise von etwas über vier abzugeben. Herr Dr. Jordan war nämlich auch gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrats der Vereinigten Glasstoff-Aktien-Gesellschaft und als solcher wird wohl der Aufsichtsrat bei dieser Gesellschaft ihm nicht unehrlich gelieben sein, der sich auch darin äußerte, daß dieselbe für jenes Jahr 9 Proz. Dividende gab. Diese Beförderung war zu dieser Zeit übrigens im ganzen Wuppertal bekannt, denn die Gesellschaft war nicht im Stande, die ungeheuren Forderungen aus ihrer Kundschaft auszuführen; nur den ehemaligen Direktoren der Varmer Handelsbank war hiervon nichts bekannt geworden! Herr Dr. Jordan fand aber schon wenige Monate später Gelegenheit, den größten Teil dieser Aktien zum Preise von 250 Proz. an den Mann zu bringen. Gewiß kein schlechtes Geschäft für den geschickten zur Wahrung der Interessen der Varmer Handelsbank Versenen! Als im vorigen Jahre die Varmer Handelsbank mit der Bergisch-Märkischen Bank vereinigt wurde, stellte die Revisionskommission derselben diesen Kaufhandel fest und verlangte, daß dieses Geschäft aufgehoben, resp. als für die Bank gemacht, verbucht werde. Dies ist allerdings bis auf den heutigen Tag nicht geschehen, und wir gehen wohl in der Annahme nicht fehl, daß dieser Konflikt den Anlaß zu dem jetzt erfolgten Austritt des Herrn Dr. Jordan aus der Bank gegeben hat.“

Demgegenüber erklärt jetzt Herr Dr. Jordan, daß von der Revisionskommission das Verlangen auf Aufhebung des Geschäfts keineswegs gestellt und dieses überhaupt nicht beanstandet worden sei. Es handelte sich bei dem Verlaufe übrigens nur um 58 000 M. jener Aktien. Diese habe er zu 118 Proz. in einer Zeit übernommen, als sie anderwärts nur mit 100 Proz. bezahlt wurden. Von den im ganzen 117 Aktien, die er besaß, habe er nur 26 Stück zu 225 resp. 250 Proz. verkauft. Die übrigen besitze er noch jetzt.

In der Hauptfrage bestätigt diese Erklärung nur, was die „Elberfelder Freie Presse“ behauptet hat; denn ob direkt von der Kommission das Verlangen gestellt wurde, das Geschäft solle für Rechnung der Bank gebucht werden, und ob ferner der Aktienbetrag 100 000 oder nur 58 000 M. betrug, ist für die Beurteilung des sonderbaren Handels ganz nebensächlich.

Kaufmann als deutscher Ausfuhrartikel. Auch die Handelsstatistik kann interessant sein. So finden wir z. B. in einer Statistik des „Ausfuhr-Deutschen Bots“ über die Ausfuhr Deutschlands nach dem Vaterland, daß unser deutsches Vaterland vom Januar bis Oktober vorigen Jahres dem lieben Nachbar an 269 Doppel-

centner Kaufmannen — in der deutschen Uebersetzung steht allerdings Doppelzentner, aber das russische Wort bedeutet „Kaufmannen“ — geliefert hat, während im vorherigen Jahre Rußland nur 131 und im Jahre 1900 nur 108 Doppelzentner dieses trefflichen Fäktigungs-mittels erhielt. Fast scheint es danach, als wenn Rußland endlich dahinter kommt, daß Deutschland am besten dazu geeignet ist, ihm den wichtigsten Gegenstand seines Kulturbedürfnisses zu liefern. Vielleicht spielen schon bei den nächsten Handelsvertrags-Verhandlungen Kaufmannen eine wichtige Rolle. Die deutsche Kolonie überweist der russischen die politischen Pflichten, die in Deutschland Zuflucht suchen, und die deutsche Industrie liefert die nötigen Instrumente, um diesen die fehlende Vaterlandsliebe einzubläuen.

Der „Centralverband deutscher Industrieller“ giebt bekannt, daß vom Beginn des Monats ab an Stelle des bisherigen selbstretenden Geschäftsführers Dr. A. Tille, der die Geschäftsführung der wirtschaftlichen Verbände an der Saar übernehmen sollte, Regierungsrat Dr. Leibig getreten ist. Infolge einer schweren Erkrankung des Generalsekretärs Bued, die ihn für längere Zeit von der Arbeit fernhält, hat das Direktorium mit den wirtschaftlichen Vereinen an der Saar die Vereinbarung getroffen, daß auch Dr. Tille noch bis zum 1. April d. J. in seiner bisherigen Eigenschaft in der Geschäftsführung des Centralverbandes verbleibt.

Schade, daß Herr Dr. Tille dem Centralverbande nicht noch länger erhalten bleibt, versteht er doch noch besser als Herr Dr. Bued die edlen Absichten des Verbandes durch seine publizistischen Leistungen zu distinktuieren.

Vorstand Handelsbank. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Wolbering, gegen den der Verdacht des Meineides vorliegt, hat sich, wie berichtet wird, jetzt selbst der Staatsanwaltschaft gestellt, und ebenso ist auch Herr Wulff, der Begründer der Bank, in Haft genommen.

Reichsbank. In der heute abgehaltenen Sitzung des Central-ausschusses der Reichsbank traten Meinungsverschiedenheiten über die in nächster Zeit zu befolgende Diskontpolitik hervor. Während nämlich der Präsident Dr. Koch für eine Verbeibehaltung des jetzigen Diskonts von 4 Proz. eintrat, waren mehrere andere Mitglieder des Central-ausschusses der Bank für eine Ermäßigung. Da aber die Majorität sich zu den Ansichten des Präsidenten bekannte, blieb der Diskont unverändert.

Dr. Koch verteidigte die Verbeibehaltung des jetzigen Diskontsatzes mit dem Hinweis auf dem Stand der Wechselkurse. Der Stand Devisen London und Paris habe die Gefahr von Goldexporten aus Deutschland nach dem Ausland nahe gerückt; bereits sei ein Abfluß von Gold nach fremden Geldmärkten erfolgt. Eine Ermäßigung des hiesigen Diskonts müßte dieser Bewegung um so mehr Vorschub leisten, als die Bank von England an ihrem Diskont von 4 Proz. festhalte. Der Metallbestand sei relativ schwach, speziell im Vergleich zum Vorjahre. Im Durchschnitt sei der Metallbestand im Jahre 1902 zwar höher gewesen als im Jahre 1901; indes sei gerade in der zweiten Hälfte des Jahres 1902 ein wesentlicher Rückgang der Metalldeckung zu beobachten gewesen. Gegenwärtig sei der Metallbestand um etwa 100 Millionen Mark niedriger als zur gleichen Zeit des Jahres 1902.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Waler. Am Montag fanden die Wahlen zum Gehilfen-Ausschuß und der Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht statt. Der Wahlgang gestaltete sich zu einem Siege der vom Centralverband, der Vereinigung der Waler Deutschlands, Filiale Berlin, aufgestellten Kandidaten, trotzdem der Lokalverband alles aufzuboten hatte, um seine Kandidaten durchzubringen. Der von vornherein zu erwartende Ausgang der Wahlen zu Gunsten der Vereinigung zeigte, daß die übergroße Mehrheit der Waler Berlins abhold jeder Form von Sonderbündelei und Zersplitterung ist.

Achtung! Bergelder! Die Differenzen bei der Firma G. Barthold u. Co., Michaelstr. 17, sind beigelegt. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Die Kohlfeiger in Breslau haben nach achtwöchiger Lohnbewegung ohne Arbeitsniederlegung einen Tarif mit den Arbeitgebern vereinbart, dessen hauptsächlichste Bestimmungen sind: Während der Sommermonate ist die Arbeitszeit eine zehnstündige, während der Wintermonate eine entsprechend kürzere. Selbständig arbeitende Monteur erhalten einen Mindestlohn von 40 Pf., Monteur-Gehilfen 27 Pf. pro Stunde. Nachtarbeit wird mit einem Aufschlag von 25 Proz. bezahlt, Akkorarbeit soll möglichst vermieden werden. Der Tarif tritt am 1. April in Kraft, er gilt auf ein Jahr, und läuft dann, wenn er nicht gekündigt wird, immer auf ein Jahr weiter. Der Tarif bewilligt die Forderungen der Arbeiter nicht in vollem Umfange, er bedeutet aber eine wesentliche Besserung der bisherigen Verhältnisse.

Achtung! Schraubendreher und Schneider. Bei der Firma Richm u. Söhne in Görlitz sind die Schraubendreher wegen fortgesetzter Lohnreduzierungen in den Streik getreten. Wir erlauben den Zugang fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bezirksleitung für Schlesien.

Die jüdischen Gasarbeiter in Stettin überreichten dem Magistrat eine Petition um Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse, die u. a. folgende Forderungen enthält: Die bisherigen dreimonatlichen Strafbestimmungen, wonach geringe Vergehen mit der sofortigen Entlassung des Schuldigen geahndet werden können, sind zu mildern. Jedem Arbeiter ist eine Arbeitsordnung anzuhängen, die über nachstehende Punkte Bestimmungen enthalten soll: 1. Lösung des Arbeitsverhältnisses; 2. Dauer, Beginn und Ende der Arbeitszeit, Länge der Pausen, Sonntagsruhe und Urlaub respektive Ferien; 3. Höhe der Löhne; 4. Strafen; 5. Arbeiterausfluß; 6. Vermählungs- und Krankezeiten; 7. Versicherungsverhältnisse; 8. Alters- und Renteversorgung. 9. Errichtung eines Arbeiterausschusses in möglichst kurzer Zeit.

Ausland.

Der Streik der Wiener Konfektionäre. Die Tarifverhandlungen nahmen am Montag und Dienstag unter dem Vorbehalt des Ober-Gewerbe-Inspektors ihren Fortgang. Die Parteien einigten sich zunächst über die Bedingungen, durch welche die Durchführung des festzusetzenden Tarifs garantiert werden soll. In dieser Hinsicht einigte man sich dahin, daß die Konfektionäre Lohnbücher für die Stämmeisen einführen, und daß eine Kommission eingesetzt wird, welche die Innehaltung des Tarifs zu kontrollieren hat, und der zu diesem Zweck die Lohnbücher sowohl von den Konfektionären wie von den Stämmeisern vorgelegt werden müssen. Der Tarifentwurf, welcher der Beratung zu Grunde lag, war von den Konfektionären aufgestellt. Er erfüllte zwar nicht alle Wünsche der Streikenden, gewährte aber nennenswerte Verbesserungen. Es sind vier Lohnklassen vorgesehen, deren Höhe sich nach der Warenqualität richtet. Da die Löhne für eine und dieselbe Warenqualität heute sehr verschieden sind, so bedeutet er bei den schlechtesten Löhnen eine Erhöhung von 25-30 Proz., bei den verhältnismäßig guten eine geringere, bis zu 5 Proz. herab. Die heitere verhältnismäßig besser entlohnten Meister können eine solche bessere Entlohnung nach Inkrafttreten des Tarifs über diesen hinaus auch bekommen.

Bezüglich des Verhältnisses zwischen den Stämmeisern und den Gehilfen haben die Meister die Forderung der elfstündigen Arbeitszeit bewilligt, dagegen sträubten sie sich bis jetzt noch, das Wohnen der Gehilfen beim Meister abzuschaffen. Auch über die Höhe der Gehilfenlöhne war bis zum Schluß der und vorliegenden Nachrichten eine Einigung noch nicht zu Stande gekommen.

Bei den Verhandlungen waren seitens der Konfektionäre nur die Grossisten, aber nicht die Detailisten vertreten. Die letzteren kommen für die Lohnbewegung weniger in Frage, da die Grossisten den weitaus größten Teil der Arbeitskräfte beschäftigen. Uebrigens

zeigen sich die Vertreter der Ausständigen bereit, mit den Grossisten allein den Tarif abzuschließen, weil dann die Detailisten sowieso entweder den Tarif zahlen oder der Konkurrenz der Grossisten das Feld räumen müssen.

Inzwischen scheint die Tarifvereinbarung zu Stande gekommen zu sein. Eine Meldung des Volkswirtschaftlichen Telegraphen-Bureaus besagt: Die anständigen Schneider haben beschlossen, bei denjenigen Großkonfektionären, welche dem vereinbarten Lohnsatze beitreten, vom Ausstand zurückzutreten. Bisher haben 26 Herrenkleider-Konfektionäre sich auf den vereinbarten Tarif verpflichtet.

Opfer des Bergarbeiterstreiks in Frankreich. Das Komitee des Loiregebiets erließ einen Aufruf zur Unterstützung der Opfer des Streiks. Die Unternehmer haben zwar durch Vertrag Frieden geschlossen, aber wie gewöhnlich sind eine ganze Anzahl Vergleiche gemahregelt worden. Dazu kommen gegen 300 Vergleiche von Bourbons, welche durch die Vertriebs Einstellung der dortigen Gruben brotlos geworden sind.

Ein Kongreß der Reichsarbeiter-Organisationen der Provinz Bologna fand kürzlich in Bologna statt. Erschienen waren 60 Vertreter von Lokalvereinigungen. Die wesentlichsten Beschlüsse des Kongresses sind: Die vorgelegten neuen Tarife werden anerkannt und es wird den einzelnen Lokalorganisationen überlassen, den geeigneten Zeitpunkt zu wählen, dieselben den Grundbesitzern zu unterbreiten. Es ist den Reichsarbeitern untersagt, individuell Kontrolle abzuschließen; dies soll in Zukunft nur durch die Organisation gestattet sein.

Der Verband der niederländischen Marineheizer „Seigelflu“ hat sich gut entwickelt; von dem ungefähr 900 Mann umfassenden Heizerpersonal der niederländischen Marine sind jetzt 700 Mann organisiert. Die kürzlich abgehaltene Jahresversammlung des Verbandes beschloß, ein monatlich erscheinendes Verbandsorgan zu gründen.

Versammlungen.

Brauereiarbeiter-Verband. (Sektion der Hilfsarbeiter.) In der Versammlung am 25. d. M. wurde der Bericht vom 4. Quartal entgegengenommen. Danach stand einer Einnahme von 2767,83 M. eine Ausgabe von 1021,06 M. gegenüber. Zur Hauptkassette wurden gesandt 1746,79 M. — In der letzten öffentlichen Versammlung wurde gelegentlich des Berichtes über den paritätischen Arbeits-Nachweis hervorgehoben, daß die Spandauer-Berg-Brauerei Maschinenarbeiter für 15 M. pro Woche verlange resp. beschäftige. Herr Direktor Brähler ließ durch den Vorsitzenden des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend erklären, daß von den betreffenden Arbeitern einer im Alter von 18 Jahren 19 M., einer 27 Jahre alt 17,50 M. und drei 18, 19 und 20 Jahre alt, 16,50 M. wöchentlichen Lohn erhalten. Auch hätten die Leute freie Wohnung, welche mit 2,50 M. nicht zu hoch gerechnet sein dürfte. (Monat oder Woche?) Entsprechend dem Wunsche des Herrn Direktors, eine Berücksichtigung der Lohnzahlung zu bringen, wurde in der Versammlung festgestellt, daß nach den Büchern des Arbeits-Nachweises die betreffenden Arbeiter thatsächlich für 15 M. verlangt wurden, der Berichterstatter also vollständig im Recht war. Auch forderte die Direktion, daß die verlangten Arbeiter im Westen wohnen sollen. Nach den Vereinbarungen im Juli 1900 ist für obige Kategorie ein Anfangslohn von 19 M., mit den Jahren steigend, ausgemacht worden. Wie der Vorsitzende des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend mitteilt, ist leider Herr Direktor Brähler von den Vereinbarungen nicht in Kenntnis gesetzt worden und die Arbeiter, weil nicht organisiert, hatten den Schaden zu tragen. Von einem Wohnen auf der Brauerei ist in den Abmachungen nichts enthalten und dürfte ein solches wohl mehr im Interesse des Arbeitgebers liegen.

Waidmannslust. Am Sonntag tagte hier selbst eine öffentliche Volks-Versammlung mit der Tagesordnung „Das Kampffahr 1903 und seine Aufgaben für das deutsche Volk“. Karl Wiesenhal-Berlin hatte das Referat übernommen. Er erzielte allgemeinen Beifall für seine kernigen Ausführungen, an welche sich eine rege Diskussion anschloß. Nachdem noch im Sinne des Referats eine Resolution einstimmig angenommen war, schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die internationale Socialdemokratie die Versammlung.

Die österreichische Wehrverlage. Wien, 28. Januar. (B. Z. B.) Abgeordnetenhause. Der Minister giebt eingehende Aufschlüsse über die in Ansehung genommene Besatzungserhöhung im Heere und in der Marine und bezieht die Gesamtheit des Mehrerfordernisses für das Jahr 1903 auf rund 10 700 Rekruten für das Heer und 4250 Rekruten für die Landwehr. Da das bisherige Rekrutenkontingent für das Heer 103 000 Mann, für die Landwehr 10 000 Mann beträgt, wird durch die Vorlage ein Plus von 21 000 Mann für das Heer und von 4500 Rekruten für die Landwehr verlangt. Es erübrigen sonach für vorzeitige Beurlaubung bei dem Heer 8300, bei der Landwehr 250 Mann. Obiges Mehrerfordernis entspricht noch keineswegs dem natürlichen Zuwachs der Bevölkerung. Zusammen wird die Erhöhung des Gesamttruppenbestandes bei dem Heere nach einer gewissen Reihe von Jahren, deren Anzahl sich eben nach den vorhandenen Budgetmitteln richten wird, sich auf 32 742 Mann beziffern. Das wird einen Mehrbedarf von 21 900 Rekruten bedingen. Hieran entfallen auf die diesseitige Reichshälfte, einschließlich der Landwehr 14 100 Rekruten. Der materielle Einschleppwert wird sich für 1903 auf die von der Delegation bereits bewilligten 4 900 000 Kronen für 1904 auf rund 7 Millionen und nach vollständiger Durchführung der Erhöhung des Bestandes im Maximum auf 20 Millionen für die ganze Monarchie stellen, wovon etwa 13 1/2 Millionen, also zwei Drittel, auf die diesseitige Reichshälfte entfallen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Parlamentarische Kammer. Paris, 28. Januar. (B. Z. B.) Das Haus setzt die Beratung des Budgets des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten fort. Douarrat wünscht, daß der Minister den von der Kammer bereits angenommenen Antrag Verteau betreffend Verbesserung der Lage der Angestellten der Eisenbahnen vor dem Senat vertrete. Sibille erklärt, die Durchführung des Antrages Verteau werde 275 Millionen erfordern. Auf die Erwiderung Verteau, daß diese Ziffern unrichtig seien, sagt Sibille, er habe keine Angaben von der Verwaltungsbehörde erhalten. Cadenat wirft der Verwaltung vor, daß sie unrichtige Ziffern veröffentlichte, um die geplante Reform zu vereiteln, und beschuldigt den Minister, daß er in derselben Weise, wie der Ministerpräsident beim Kultusetat, ein Verräter an seinem Programm geworden sei. (Anhaltende Bewegung.) Minister der öffentlichen Arbeiten Paru-Jouls erwidert: Ich bin und bleibe ein hoflicher Mensch, ich würde es aber nicht mehr sein, wenn ich auf eine derartige Anschuldigung antworten wollte. Ich bin ein gut erzogener Mensch und ein Mann von Ehre. (Andauernde Beifall auf allen Bänken des Hauses.) Cadenat will sich voller Mut auf den Minister stützen, wird aber von den Quäffern daran verhindert. Die gesamte Kammer klatscht nodamals dem Minister Beifall. Sodann nimmt das Haus durch Handanheben einen Antrag Verteau an, durch welchen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und dieselbe aufgefordert wird, mit dem Senat ein Mittel zu suchen, um dem genannten Antrage Verteau zur Durchführung zu verhelfen. (Beifall.) Hierauf werden sämtliche Kapitel des Budgets der öffentlichen Arbeiten angenommen und die Sitzung dann geschlossen.

New York, 28. Januar. (B. Z. B.) Die Zahl der bei den in der Nähe von Graeland stattgehabten Eisenbahn-Unfällen Verletzten beträgt fünfzig. Einige Personen verbrannten, weil sie sich aus den Trümmern nicht befreien konnten.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung, Mittwoch, 28. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Podbielski.

Die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Ministers“.

Abg. Graf Praschna (L.):

Die Ergebnisse der Statistik vom Jahre 1897, die sich allerdings nur auf einen beschränkten Kreis von Gütern bezog, haben ergeben, daß 88 Proz. namentlich der kleinen und mittleren Güter verschuldet sind und daß in den letzten Jahrzehnten eine enorme Zunahme der Verschuldung zu konstatieren ist. Daraus folgt für die Regierung und für uns die erste Pflicht, hier helfend einzutreten. — Sehr erwünscht wäre weiter eine Vereinfachung der in den Kommissions-Verhandlungen ausführlich beleuchteten Vorschriften auf dem Gebiete der Jagdverpachtung. Redner tadelt es, daß die schlesische Landwirtschaftskammer einen Druck auf ihre Mitglieder zum Beitritt zum Bunde der Landwirte ausübe. Ein großer Teil der schlesischen Landwirte, er erinnere nur an Herrn v. Kardorff, sei infolge der prononcierten Haltung des Bundes nicht geneigt, ihm beizutreten. — Es ist am Montag vom Zolltarif gesprochen worden. Wir sind mit der Haltung unserer Fraktion im Reichstage vollständig einverstanden. Die Mehrheit befindet sich in einer Zwangslage, und der Ausweg, den sie wählte, war der richtige, um das Wohl des gesamten Landes zu fördern. (Bravo!) Daß die Mehrheit in die Zwangslage kam, dafür ist die Reichsregierung, vor allem auch die preussische, verantwortlich, die auf alle Kompromißvorschläge mit einem glatten „Unannehmbar“ antwortete. Die überwiegende Mehrheit dieses Hauses hätte der Regierung ganz andere Direktiven auf den Weg gegeben und noch im letzten Augenblick die Kommissionsbeschlüsse als das Mindestmaß des zu Fordernden bezeichnet. Redner ermahnt die Regierung, die Mindestzölle für Vieh und Fleisch, wenn sie auch nicht im Tarif stehen, zur Grundlage der Vertragsverhandlungen zu machen. Sollten solche auf Schwierigkeiten stoßen, so brauche sich die deutsche Regierung nicht zu scheuen, ihrerseits mit der Kündigung der Verträge vorzugehen. (Bravo!)

Abg. Glagel (natl.):

Auch wir haben uns außerordentlich darüber gefreut, daß es unsren politischen Freunden im Reichstage gegliedert ist, der Landwirtschaft denjenigen Schutz zu verschaffen, den wir für notwendig halten. Wir sind der Meinung, daß man nun bestrebt sein muß, die Landwirtschaft hinter diesen Schutzwall so entwicklungsfähig zu machen, daß sie später eines derartigen Schutzes einmal entbehren kann. In dieser Beziehung hat der vorliegende Etat schon manches gethan, aber noch lange nicht genug. Der Antrag des Grafen Praschna, daß in den zweisprachigen Bezirken die Wanderlehrer der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen auch polnisch sprechen müßten, kann ich nicht anschießen. Das würde wenig zur Förderung des deutschen Nationalbewußtseins beitragen. Wenn die Landarbeiter in so großer Zahl nach dem Westen auswandern, so thun sie dies nicht nur der höheren Löhne wegen, sondern sie werden im Westen auch besser behandelt. Sie können dort ein viel behaglicheres und bequemeres Leben führen.

Abg. Girdeler (frl.):

erklärt im Namen seiner Freunde sein Einverständnis mit der Haltung der Reichspartei bei der Zolltarif-Beratung im Reichstage. Wir bedauern lebhaft, daß es nicht möglich gewesen ist, höhere Zölle durchzubringen, sind aber der Ansicht, daß die Reichspartei richtig gehandelt hat, als sie geschlossen für den Antrag Kardorff eintrat. Redner fordert finanzielles Eintreten des Staats zur Minderung der Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes.

Abg. Ring (L.):

Abg. Glagel fragte vorhin, weshalb die Landwirte die Tierproduktion nicht mehr pflegten. Bei dieser Frage werde ich an die Unterhaltung zwischen der Konfessionen-Paula Erdmann (Große Heilerlei) mit einem Bauern erinnern, die fragte, weshalb der Bauer nicht mehr Blumenohl, Gemüse u. baute? Es sind ja alles sehr wohlverdienter Sachen, Thatsache ist aber, daß die Landwirtschaft mit dem Getreidebau und der Viehzucht steht und fällt. (Sehr richtig! rechts.) Als es sich im Reichstage um die Bindung der Viehzölle handelte, waren aber die Herren Nationalliberalen dafür nicht zu haben. (Zustimmung rechts.) — Die Viehhändler beklagen sich über die außerordentlich verschiedene Judikatur in Bezug auf die Auslegung des Meids-Steuergesetzes. Es werden auf Grund dieses Gesetzes eine Unmenge Vollstreckungsverordnungen erlassen, die zum Teil ungültig sind. Da, so viel ich gehört habe, im Reichsamt des Innern eine Kommission zum Meids-Steuergesetz ausgearbeitet wird, ist jetzt der geeignete Moment, diese Beschwerden zur Geltung zu bringen. Nebenbei bemerkt ist es ein unwürdiger Zustand, daß nach den heutigen Bestimmungen die Begleiter von Viehtransporten gestungen werden können, im Viehwaggon sich aufzuhalten. Redner tritt für Entschädigung der durch die Regulierungsarbeiten an der Spree in den letzten vier Jahren geschädigten Fischer ein.

Abg. Pohl (fr. Bg., auf der Tribüne schwer verständlich) fordert Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens.

Abg. Racco (natl.)

berliest eine Rede des Handelsministers Köllner aus der Zolltarif-Kommission, in der dieser ausgeführt hat, daß nach dem neueren Verfahren jeder in 26-30 Stunden gearbeitet werden kann. Wenn der Minister Schulte aus solchen Reden ansetzen würde, würde er wahrlich bald mit zerbrochenen Sohlen herumlaufen müssen. (Heiterkeit.) Das ist für einen Minister keineswegs ein schöner Anblick. (Erneute Heiterkeit.) Redner bestreitet weiter, daß der Liebrachso-Joll von 7 M. die deutsche Schuhindustrie schwer schädigen würde und spricht dem Landwirtschaftsminister seinen Dank dafür aus, daß er nicht auf dem Standpunkt der Zolltarif-Kommission steht.

Abg. Dr. Crüger (fr. Bp.):

Ich bin gespannt darauf, ob ebenso wie die Abg. Glagel und Girdeler auch der Abg. Freh. v. Wangenheim, der nach mir sprechen wird, sein Einverständnis mit den Reichstags-Beschlüssen zum Zolltarif aussprechen wird. Meine Freunde halten selbstverständlich den angenommenen Zolltarif für völlschädigend. Ich bestreite überhaupt, daß die Landwirtschaft sich in einer Notlage befindet. (Widerlächer rechts.) Die Herren von der Rechten sind in den letzten Tagen sehr eifrig für eine obligatorische Schlachtvieh-Versicherung eingetreten. Ihnen (nach rechts) liegt aber keineswegs so sehr die allgemeine Schlachtvieh-Versicherung, als die Subvention am Herzen, die Sie dabei von Seiten des Staates für sich erhoffen. (Lachen rechts.) Der beschlossene ungeheuer hohe Quebrachsojoll muß, wenn er in Kraft tritt, die Lederindustrie aufs schwerste schädigen. Für die verschuldeten Landwirte giebt es nur eine einzige wirksame Entschädigung, nämlich daß man sie ausläßt, daß man sie expropriert. Ich empfehle den Agrarier das ganz vorzügliche Buch des Dr. Necht über die badischen Agrarverhältnisse zur Lektüre. Darin werden meine Auffassungen durchaus bestätigt. Herr Ring warf den Nationalliberalen vor, daß sie beim Zolltarif nicht für einen genügenden Schutz des Obstbaues und der Gärtnerei eingetreten seien. Mehr als hohe Zölle und Subventionierungen aber ist uns ein rationeller Obstbau notwendig. Heute wird in Deutschland der Obstbau so irrationell wie nur möglich betrieben. Die „innere Kolonisation“, auf die wieder vielfach verwiesen worden ist, ist Schwierigkeiten ausgesetzt, die ihren Grund größtenteils in unsern ganzen ländlichen Gemeindeverfassung haben. Sie hängt eng zusammen mit der Lösung der Arbeiterfragen. Vor einigen Tagen stand im „Vorwärts“ eine

Notiz über das Verhalten eines Gutsbesizers auf einem Gut in der Nähe von Berlin in der Mark Brandenburg. Ich will absichtlich keine Namen nennen, hoffe aber, daß von anderer Seite genügende Erklärungen kommen, die Klarheit über die dortigen Verhältnisse schaffen. Wenn aber jene Darstellung auf Wahrheit beruht, kann man sich allerdings nicht wundern, wenn die Arbeiter immer mehr aus den ländlichen Gebieten in die Industriezentren abwandern. Den Wünschen des Kollegen Pohl über das landwirtschaftliche Unterrichtsweisen möchte ich mich anschließen. (Beifall links.)

Abg. Freiherr v. Wangenheim (L.):

Ich möchte den Landwirtschaftsminister bitten, daß nicht wieder Verträge mit dem Auslande abgeschlossen werden, nach denen ausländisches Getreide auf deutschen Eisenbahnen billiger befördert wird als inländisches, wie es jetzt gegenüber Rußland der Fall ist. Das ist ein ganz unerhörter Zustand! (Sehr richtig! rechts.) Herr Girdeler hat sein Einverständnis ausgesprochen mit den Zolltarif-Beschlüssen des Reichstages. Ich brauche nicht noch einmal auszuführen, daß ich nicht damit einverstanden bin. Wenn aber Herr Girdeler weiter den Landwirtschaftsminister aufgefordert hat, die Caprivischen Handelsverträge so bald wie möglich aus der Welt zu schaffen, so bezweifle ich nicht, daß alle, die im Reichstage dem Zolltarif zugestimmt haben, von derselben Absicht geleitet worden sind. Diese Herren haben aber einen Faktor falsch in ihre Rechnung eingestellt: die Absichten der verbündeten Regierungen. Diese sind jetzt in der angenehmen Lage, die Caprivischen Verträge ruhig so lange weiter laufen lassen zu können, bis neue Verträge zu Stande gekommen sind. Daß der neue Tarif, wenn er durchgeführt würde, eine Verbesserung bedeute, ist ja zweifellos. Die Landwirtschaft darf sich nach der letzten Rede des Grafen Podawosty im Reichstage aber nicht mehr den geringsten Illusionen hingeben. (Sehr richtig! rechts.) Alle Voraussetzungen eines Wohlwollens der verbündeten Regierungen für die Landwirtschaft haben sich von Anfang bis zu Ende als vollkommen irrig erwiesen. (Zehnfache Zustimmung rechts.) Wir werden unsren Kampf bei den Handelsverträgen weiterführen müssen. Wir wollen keine Handelsverträge um jeden Preis, sondern nur solche, die den Interessen der Landwirtschaft wie der Industrie vollkommen entsprechen. Wir wollen keinen Gegenatz zwischen Landwirtschaft und Industrie herbeiführen. Aber die hohen Industriezölle des Zolltarifes bedeuten eine direkte Schädigung der Landwirtschaft.

Mein Glaube an die Autorität des Dr. Crüger hat heute einen Stoß erlitten. (Heiterkeit rechts.) Ich bezweifle, daß er in der Befähigung und im Ehrgefühl besonders sachverständig ist. Dr. Crüger hat einen Fall schlechter Behandlung der Arbeiter seitens eines Gutsbesizers erwähnt. Wenn wir Ihnen (nach links) jeden Fall vorhalten wollten, wo irgend ein jüdischer Geschäftsmann an einem bei ihm engagierten Wädel die größten Schweißereien begeht, hätten wir ein viel größeres Material zur Verfügung als Sie. Aber auf den ganzen Stand der Landwirte zu exemplifizieren, weil ein Einzelner einmal eine Nothet begangen hat, das scheint mir ein durchaus unwürdiges Verhalten zu sein! (Zehnfache Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (frl.):

Abg. v. Wangenheim behauptete, die Gärtnerei, der Gemüsebau u. seien nicht genügend geschützt, da seine Anträge auf Bindung auch dieser Zölle abgelehnt seien. Er sagte, die Regierung würde bei Handelsverträgen die Sätze des autonomen Tarifs ungeheuer herabsetzen. Das kann man bei jeder industriellen Position aber ebenfalls sagen. (Widerlächer rechts.) Im übrigen will ich nur daran erinnern, daß die Zolltarifkommission sämtliche Anträge des Centralverbandes der Industriellen abgelehnt hat. Die Behauptung des Herrn v. Wangenheim, daß die Industrie einseitig bevorzugt sei, ist unwar. Denn erstens hat die Landwirtschaft Mindestzölle, die Industrie nicht, und zweitens sind die industriellen Zölle durchweg herabgesetzt worden, die der Landwirtschaft dagegen erhöht worden. Wäre der Zolltarif nicht zu Stande gekommen, so hätte die Sozialdemokratie eine glänzende Wahlparole gehabt, die sie auch benutzt hätte. Das müßte verhindert werden. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister v. Podbielski:

Bereits bei der Generaldebatte haben einige Herren von der Linken eine Reife gestreift, die ich im vorigen Jahre gemacht habe. Ich halte mich für verpflichtet, besonders zu betonen, daß kein Minister es so unbedingt nötig hat, aufs Land hinauszuweichen und die Verhältnisse nicht nur vom grünen Tisch aus zu beurteilen, wie der Landwirtschaftsminister. (Beifall rechts.) Es hat mich immer interessiert, wie die Herren von der Linken immer rein aus Wädeln ihre Schlüsse ziehen, die sich fast nie mit der Praxis decken. (Sehr richtig! rechts.) Es ist mir vorgeworfen worden, daß ich immer nur bei Großgrundbesitzern logiert habe. (Heiterkeit.) Das Gegenteil ist richtig. Ich bin Anfang Juni fortgereist und Mitte August zurückgekehrt. In dieser ganzen Zeit habe ich nur zweimal bei Großgrundbesitzern logiert (Hört! hört! rechts), sonst habe ich ausschließlich kleine Städte und Orte aufgesucht, um dort Land und Leute zu studieren. Solche Kirchen werden in der sogenannten „Sauregurkenzeit“ als geeignetes Material zur Erheiterung des Publikums verwendet. (Heiterkeit.) Dann ist mir auch eine bestimmte Aeußerung über den Kanal in den Mund gelegt worden. (Große Heiterkeit.) Ob ich sie gemacht habe, weiß ich nicht, ebensowenig wie meine Umgebung. (Erneute Heiterkeit.) Es werden einem ja manche Sachen angedichtet, und ich habe mich damals schon des Dichtervortwortes erinnert: „Ex quanois sub aqua, sub aqua malodioso tontant.“ Ich will ja nicht sagen, daß in diesem Fall jemand der Frech gewesen sei. (Heiterkeit.) Aber möglich ist es ja immerhin. Herr v. Wangenheim möchte ich daran erinnern, daß es wenig zur Stärkung des monarchischen Gedankens beiträgt, wenn man Witzen in die Reihen der Bauern läßt. Die Landwirte müssen zu ihren berufenen Vertretern das Vertrauen haben, daß sie mit ihrem besten Können für ihre Sache eintreten. Ich muß es aufrichtig bedauern, daß hier immer wieder von dem mangelnden Wohlwollen der Regierung gegenüber der Landwirtschaft gesprochen wird. (Beifall.)

Abg. Gothein (fr. Bg.):

Es ist nicht ein Redner der Linken, sondern ein Herr aus dem Centrum gewesen, der Herrn v. Podbielski den Vorwurf gemacht hat, daß er zu viel reise. Wir von der Linken sind im Gegenteil der Meinung, daß Herr v. Podbielski die Verhältnisse an Ort und Stelle lernen muß. Was der Landwirtschaftsminister heute über seinen bekannten Anspruch zur Kanalvorlage gesagt hat, war insofern interessant, als der Minister gar nicht einmal weiß, ob er ihn wirklich gethan hat. (Heiterkeit links.) Im allgemeinen haben wir bisher angenommen, daß die Minister, wenn sie sich über eine hochpolitische Angelegenheit äußern, auch wissen, was sie sagen. (Erneute Heiterkeit links.) Freilich sprechen ja in diesem Fall für Herrn v. Podbielski sehr viele unüberwindliche Umstände, die sich aus der Natur der Sache ergeben. (Große Heiterkeit links.) Herr Ring gegenüber weiß ich darauf hin, daß die Zeiten der höchsten Getreidepreise die Zeiten niedriger Löhne gewesen sind. (Widerlächer des Abg. Ring.) Sie verstehen das nicht, Herr Ring! (Große Lurche rechts.) Abg. Ring sagt: Sie haben ja keine Ahnung! — Lachen links.) Ich mache mich anheißig, bis zur dritten Lesung aus Ihren (nach rechts) eignen Reden eine ganze Blütenlese zum Beweis für meine Behauptung beizubringen. (Lurche rechts.)

Abg. Freiherr v. Wangenheim (L.)

polemisiert gegen den Abg. Gothein und erklärt gegenüber dem Abg. v. Kardorff, daß in seinen Wirkungen allerdings der neue Zolltarif für die Landwirtschaft schädlicher sein werde als der alte. Gegen

*) Obwohl sie (die Freische) unter dem Wasser liegen, versuchen sie doch zu schwämmen.

die vom Grafen Wälow angeforderten Maßregeln zur Sicherung des Wahlheimnisses an sich habe ich nichts, aber ich verstehe nicht, warum die Regierung gerade im gegenwärtigen Moment dies Geschenk der Sozialdemokratie zum Dank für die Obstruktion darbringt.

Präf. v. Krüger:

Die Sicherung des Wahlheimnisses gehört doch nicht zum Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (Bp.):

Nach den Erklärungen der Regierungen war nicht anzunehmen, daß sie in eine weitere Ausdehnung der Mindestzölle willigen werde. Wir müßten daher, um nicht das Zustandekommen des Zolltarifes überhaupt zu verhindern, Konzessionen machen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr. (Ruherdem: Antrag Langerhans-Barth betr. Einführung der fakultativen Feuerbestattung.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Sociales.

Das Ende der Schulspflicht.

Die für den Regierungsbezirk Frankfurt a. D. erlassene Regierungsverordnung vom 24. März 1883 bestimmt, daß die Schulspflicht dauere, bis das Kind die erforderliche Reife erlangt habe, und daß dies bei Kindern evangelischer Religion in der Regel dann der Fall sei, wenn die Einsegnung erfolgt wäre. Die Herren Schneider und Krüger in Kirchham glaubten, mit Rücksicht auf diese Bestimmung ihre am 16. März vorigen Jahres konfirmierten Töchter im neuen Schulhalbjahr nicht mehr zur Schule schicken zu brauchen, obwohl die Schulbehörde verlangte, daß die beiden Mädchen die Schule noch bis zum Oktober besuchen sollten. Sie beklagten die Kinder zu Hause und wurden darauf wegen unberechtigter Schulverhinderung ihrer Töchter angeklagt. Die Angeklagten bestritten, sich strafbar gemacht zu haben. Nach der genannten Verordnung ende die Schulspflicht mit der erfolgten Konfirmation. — Das Landgericht Kottbus als Berufungsinstanz sprach auch die Angeklagten frei, indem es sich auf ihren Standpunkt stellte. Durch die am 16. März 1902 erfolgte Einsegnung sei nach der Verordnung von 1883 ausgedrückt, daß die Kinder die erforderliche Reife erlangt hätten. Darauf sei aber nach jener Verordnung die Schulspflicht ohne weiteres für sie beendet gewesen. — Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein.

Der Straßensatz des Kammergerichts gab der Revision statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Nach § 48 II. 12 des Allgemeinen Landrechts in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. März 1872 bedinge nicht die Einsegnung, sondern die erlangte Reife, die Erlangung der einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes nötigen Bildung, das Ende der Schulspflicht. Wenn diese Reife erlangt sei, habe die Schulaufsichtsbehörde zu bestimmen. Etwas anderes habe auch, wie im Gegenjah zum Landgericht angenommen werde, die Regierungsverordnung vom 12. März 1883 nicht bestimmen wollen. Sie habe nur der Schulaufsichtsbehörde die Anweisung erteilt, in der Regel nach erfolgter Einsegnung die Entlassung vorzunehmen. Daraus hätten die Angeklagten kein Recht herleiten können, die Töchter nach der Konfirmation von der Schule fernzuhalten, wenn die Schulbehörde sie noch nicht für reif erachtete. Objektive liege somit eine unberechtigte Schulverhinderung vor. Das Landgericht müsse sich deshalb nochmals mit der Sache befassen.

Die unverbindliche Bedingung im Arbeitsvertrag.

In der Calosfabrik von Jona war es üblich, daß während der Saison, besonders in den letzten Wochen vor Weihnachten, viele Ueberstunden gemacht wurden, ohne daß der Chef diese besonders honorierte; dafür machte Jona in der schlechten Zeit, wo die Arbeitszeit öfter eine unternormale war, keine Abzüge vom Lohn. Der Wädel K., der schon früher längere Zeit im Betriebe thätig gewesen ist, war im Juni 1902 bei J. wieder neu in Arbeit getreten und am Weihnachts-Heiligabend, also gerade mit Abschluß der Saison angestrengter Arbeit, entlassen worden. Für die in dieser Zeit geleisteten vielen Ueberstunden und für die Sonntagsarbeit hatte er nichts erhalten. Er klagte nun beim Gewerbegericht gegen Jona auf Bezahlung der Mehrarbeit. Aus der Entlassung konnte er wegen Kündigungsaußschlusses keinen Anspruch herleiten. Er machte geltend, daß während der Saison die Arbeitszeit öfter von morgens 7 Uhr bis nachts 12, 1 und gar 2 Uhr gedauert habe. Er habe sehr angestrengt gearbeitet. Wenn er dies that und neben seinem Wochenlohn von 21 Mark keine besondere Bezahlung verlangte, dann habe er das selbstverständlich nur unter der Voraussetzung gethan, daß ihn der Arbeitgeber auch während der stillen Zeit beschäftigen und ihn, wie ausgemacht, während dieser Zeit trotz der kurzen Arbeitszeit den vollen Lohn zahlen werde. Wenn der Arbeitgeber ihn bis Pfingsten beschäftigt hätte, dann hätte er für die Ueberstunden nichts zu verlangen.

Auf Anraten der Kammer 6 wollte Jona im Vergleichsweg 30 Mark zahlen, der Kläger verlangte aber bedeutend mehr und ging auf den angebotenen Vergleich nicht ein.

Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Bölling wies den Kläger mit folgender Begründung ab: Es frage sich hier, ob es eine verbindliche Bedingung sei, wenn der Arbeitgeber dem Arbeiter in Aussicht stelle, während der stillen Zeit zu dem Wochenlohn trotz der kürzeren Arbeitszeit beschäftigt zu werden, und wenn der Arbeiter deshalb in der Saison auf Ueberstundenlohn verzichte. Wenn man erwäge, daß die Kündigungsfrist ausgeschlossen gewesen sei, könne man hier eine verbindliche Bedingung, eine rechtliche Verpflichtung des Arbeitgebers zur Beschäftigung des Arbeiters in der stillen Zeit nicht annehmen. Die Bedingung der Verpflichtung wäre auch zu unbestimmt, denn was sei unter „stiller Zeit“ zu verstehen? Wann beginne sie, wann höre sie auf, wie lange dauere sie? Bei der Voraussetzung des Arbeiters, auch noch nach der Saison zu einem bestimmten Lohn beschäftigt zu werden, handle es sich danach nur um eine Hoffnung, daß er sich im ganzen besser stellen werde, wenn er in der Saison ohne Entgelt länger arbeite. Daß die Ueberstunden nicht bezahlt werden, sei eine gesetzlich zulässige Vereinbarung, und die sei Kläger eingegangen, ohne daß, wie ausgeführt, der Unternehmer ihm und seinen Kollegen eine bestimmte Gegenleistung zugesichert habe. Kläger müsse darum abgewiesen werden.

Die Arbeiter können aus diesem Fall lernen, daß sie beim Abschluß von Arbeitsverträgen auf möglichste Genauigkeit bei Feststellung der Bedingungen zu achten haben. Vor allem ist nichts auf unbestimmte Verdröstungen für die Zukunft zu geben.

Bei den Wahlen zur Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Handwerker in Düsseldorf siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 1539 Stimmen über die „Christlichen“, welche nur 1084 Stimmen erhielten. Vor einigen Jahren waren die freien Gewerkschaften von den Christlichen aus der Verwaltung der Kasse verdrängt worden. Es war die einzige Position, die sich die Christlichen in der Verwaltung öffentlicher Institute zu erobern vermocht hatten, und diese haben sie nun auch wohl endgültig verloren.

Zur Kennzeichnung der Berufsgenossenschaften dienen die nachstehenden Bestimmungen des neuen Statuts der Tabak-Berufsgenossenschaft über Reisetkosten und Tagegelde. Es erhalten:

- a) Vertreter der Unternehmer:
 1. bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen Rückfahrkarte 1. Klasse, sowie für jeden Zu- und Abgang 3 M.
 2. bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, pro Kilometer 60 Pf.
 3. für Wohnung und Heizkosten pro Tag 10 M., über 50 Kilometer weite Reisen pro Tag 15 M.
- b) Vertreter der Arbeiter:
 1. bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen Rückfahrkarte 2. Klasse.
 2. bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, pro Kilometer 15 Pf.
 3. für Heizungskosten für 1/2 Tag 1 M., für den ganzen Tag 2 M., für Übernachtung 3 M., außerdem Ersatz für entgangenen Arbeitsdienst mindestens 2 M. täglich.

Man wird beim Etat des Reichs-Versicherungsamts anfragen müssen, wie dieses Amt dazu kommt, ein solches Statut zu genehmigen.

Zum Reklamschutz.

Der Bundesrat soll sich, wie dem Hamburger „General-Anzeiger“ aus Berlin gemeldet wird, in seiner letzten Sitzung mit den Petitionen der verschiedenen Gastwirte-Bereinigungen beschäftigen. In diesen Eingaben wird bekanntlich die Behauptung aufgestellt, daß die Vorschriften eines vollständigen Ruhetages innerhalb drei Wochen bezw. in jeder zweiten Woche, namentlich für kleinere Betriebe, aber auch für die Angestellten selbst mit den größten Unzutraglichkeiten verbunden sei und sie verlangen daher eine Verringerung oder doch eine Milderung dieser Bestimmung. Wie der Korrespondent des genannten Blattes weiter berichtet, hat der Bundesrat beschlossen, diesem Verlangen nicht zu entsprechen, sondern die angeführten grundlegenden Bestimmungen seiner Verordnung vom 23. Januar 1902 unverändert aufrecht zu erhalten.

Die Erklärung des Bundesrats ist zwar schön und gut, nicht den Angelegten aber nicht viel, so lange der Bundesrat nicht auch durch eine künftige Erklärung den Befannten, die Verordnung vollständig illusorisch machenden Auslegungen der Gerichte ein Ende bereitet.

Das Internationale Sekretariat der Transportarbeiter-Verbände hat den sozialistischen Fraktionen aller europäischen Parlamente ein Circular zugehen lassen, in welchem dieselben ersucht werden, darauf hinzuwirken, daß eine internationale Seekommission eingesetzt werde, welcher die Aufgabe zufällt, verschiedene Fragen betr. den Seemannsberuf international zu regeln.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauenverband der Norwegischen Arbeiterpartei hielt am 25. Januar seine erste Jahresversammlung zu Kristiania ab. Der Verband, der im Dezember 1901 gegründet wurde, zählt jetzt über 350 Mitglieder und besteht aus acht Einzelvereinen: dem Frauenverein der Arbeiterpartei, dem Frauenverein der Zeitungsböten, dem der Händlungs- Arbeiterinnen, der Näherinnen, der Wäscherinnen und Heilmacherinnen, der Handschuhnäherinnen, der Schneiderinnen und der Tabakarbeiterinnen. Im verflochtenen Jahre wurden an verschiedenen Orten des Landes 50 Vorträge von Verbandsmitgliedern gehalten. Der Verband nahm an der Arbeiterdemonstration am 1. Mai teil und auf dem Kongress der sozialdemokratischen Partei war er durch drei Delegierte vertreten. — Die Jahresversammlung beschloß, am 17. Mai, dem norwegischen Verfassungsfest, im ganzen Lande eine Demonstration für das allgemeine Frauen-Wahlrecht zu veranstalten. Von der Organisation der bürgerlichen Frauen war eine Einladung zum Eintritt in den „Nationalen Frauenrat“, der norwegischen Abteilung des internationalen Frauenrates, an den Verband gerichtet worden. Die Einladung wurde einstimmig abgelehnt. Sämtliche Rednerinnen sprachen sich dagegen aus. Man hob hervor, daß die Arbeiterinnen zuerst ihre eigenen Klagen offen organisieren sollten und daß die Politik des Frauenrates durchaus nicht mit den Anschauungen der sozialdemokratischen Frauen übereinstimme. Ein Anschluß an jene Organisation wäre schädlich. Das, was die Frauen zuerst und vor allem zu thun hätten, wäre, für die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens unter ihren Mitbeweibern zu wirken und sie für die Organisation zu gewinnen, der sie vor allem angehören müßten. — Um eine stärkere Beteiligung an der Maidemonstration herbeizuführen, soll in allen dem Verband angehörenden Vereinen eine besondere Agitation mit Hinweis auf den Achtstundentag veranstaltet werden. — Als Verbandsvorsitzende wurde Frau Ziemer wiedergewählt, als Sekretärin Frau Thnäs gewählt. Diese beiden Frauen repräsentieren zugleich den Frauenverein der Arbeiterpartei; im übrigen setzt sich der Vorstand aus je einem Vertreter der 7 Fachvereine des Verbandes zusammen.

Briefkasten der Redaktion.

Druckfehler-Berichtigung. Im Februar 1907 und nicht, wie gestern unter A. 23. mitgeteilt worden, 1877 ist die „Ebe“ untergegangen. Unter Weinberger ist zu lesen: Sieben und nicht vielen Anzeigen auf einmal.

A. 2. Wir können Ihnen eine solche Persönlichkeit nicht empfehlen und müssen Sie auf das Berliner Adressbuch, IV. Teil S. 182, verweisen. Sie finden dort die Adressen einer ganzen Reihe Lehrer, die Unterricht in der Buchführung erteilen.

B. 117. Der Lloyd verteilte im vorigen Jahre 6 Proz. Dividende.

C. 8. u. 60. Die letzten österreichischen Thaler sind unseres Wissens 1807 geprägt worden. Wert = 1/2, Silbergulden oder 2,50 Mark.

C. C. H. Von Spielkarten verleihe ich leider nichts.

W. Z. Selbstverständlich handelt es sich in diesen Tagen um die Liste zu den Gemeinderats-Wahlen. Die Reichstagswahl-Liste liegt erst später aus.

G. 3. Wir warnen Sie vor solchen Stenographiesystemen, die als besonders leicht erlernbar angepriesen werden. Wählen Sie eines der älteren bekannten Systeme, aber selbstverständlich erst dann, wenn Sie in der deutschen Sprache besser als jetzt befangen sind.

G. 4. Das „Berl. Volksblatt“ ist zuerst am 1. April 1884 erschienen. Der 20. Jahrgang hat am 1. Januar begonnen.

L. 3. Lichtberg bei Berlin ist das größte Dorf Preußens.

W. Z. 1000. Ihre Fragen sind nicht zu beantworten. Direkte Staatssteuer gibt es solem Einkommen ein Arbeiter in verschiedenen der genannten Länder überhaupt nicht, z. B. nicht in England; wohl aber Kommunalabgaben ufm. Ihnen die Höhe dieser verschiedenen Gemeindeabgaben anzugeben, ist nicht möglich, da innerhalb desselben Landes und derselben Provinz oft die größten Unterschiede bestehen. Koch weniger können wir Ihnen angeben, was in den europäischen Ländern ein Arbeiter an indirekten Steuern zahlt, denn das richtet sich nach seinem Konsum an belebten Verbrauchsgütern.

Zahnärzte. In die Hospitaller zum Heiligen Geist (Vorhänger des Kuratoriums Stadtrat Haas, Klosterstr. 68 I) kann man sich gegen Erlegung eines Betrages von 900—1200 Mark einlassen. Fragen Sie ferner in der Neuler-Stiftung (Stadtrat Heller, Rathaus, Zimmer 55a) an.

G. 6. u. 118. Fragen Sie im Berliner Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Handwebern und Fabrikanten an. Der Verein gewährt an Familienmädch., vorzugsweise an selbständige Handwerker, Darlehen in Höhe von 15—150 M. Vorsitzende ist Frau Ida Salomonsohn, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18.

Drei Weite. Genüß giebt es in Berlin ein Zuchthaus. Es ist das Hellengelängnis Lehrtestr. 2.

Schönheide. In unserm großen Bedauern können wir Ihren Wünschen nicht entsprechen.

Bernauerstraße. Besprechen Sie die uns dunkle Sache mit dem Vertrauensmann Ihres Straßes.

G. 2. Voraussetzung ist Besuch einer höheren Schule bezw. der Nachweis einer entsprechenden Schulbildung. Beschaffen Sie sich die Prüfungsordnung für Lehramtskandidaten vom 31. Januar 1902.

Portano. 1. Dritter Kreis, 2. Heine, 3. Rotfischerstr. 4a.

H. 2. Man kann umgänglich ein zutreffendes Urteil abgeben, wenn man nicht die Entschuldigungsart der betreffenden Arbeit kennt.

H. 2. Zum Nachbarortverleih von Berlin gehören die Postorte: Baumhiltshagen, Britz, Charlottenburg, Friedenau, Friedrichshagen, Grunow, Halensee, Hiltshagen, Neu-Lichtenberg, Neu-Weißensee, Nieder-Schönhausen, Pantow, Plöcken, Reinickendorf (Ost- und West-), Reinickendorf-

Schönholz, Rixdorf, Rummelsburg, Schmaragdberg, Schöneberg, Stralau, Tempelhof, Treptow, Westend, Wilmersdorf. Für den Verkehr dieser Orte untereinander wird die Karte ausgegeben. Briefe bis zu 250 Gramm 5 Pf., Druckbriefe bis zu 50 Gramm 2 Pf. Nähere Angaben in einem postalfachen Verzeichnis. Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von 5 Pfennigen.

Fuchs. Die Teltow-Kanal-Bauverwaltung ist in Wilmersdorf, Berlinerstr. 157.

H. W. Ja. — K. Langestraße. Der Eigentümer ist der Magistrat zu Berlin. Er kann Ihnen darüber Auskunft geben. — **S. K. 1.** Unbekannt. 2. Antwort später im juristischen Teil. — **C. D.** Der Artikel ist sehr hübsch. Wenn Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß wir B. überhöht haben. Er war in der That ein ungewöhnlicher Präsident. Die Waale nahm er erst in der letzten Zeit vom Geschäft. — **Albin.** Zuchthaus? nein! — **Hannover.** Ist Krupp-Legende. Vergleichen Sie unsere Briefkasten in Nr. 2. — **G. 6.** Es ist nicht möglich, darüber im Augenblick eine nähere Angabe zu machen. — **W. Silber.** 1. Schleierhaft. 2. Erstundigen Sie sich bei der Redaktion der „Zuchthauszeitung“ für Schneider, Engel-Unter 15. — **Mühle.** Nach Ihrer Aufstellung und Ihren Angaben sind beide Fragen mit Ja zu beantworten. Der Spieler mit drei Steinen hat das Recht, dem Gegner durch Spritzen die Mühle zu verlegen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

R. M. 33. 1. Keiner von beiden. 2. Falls beide Teile in einer Gemeinde wohnen, Schiedsmann des Bezirks, in dem der Beschuldigte wohnt, sonst Amtsgericht. — **R. 100.** 1. Als Familienangehörige. 2. Nein. 3. Nein. — **S. M.** Vom Tage der That. — **W. 75.** 1. Binnen vierzehn Tagen nach Zustellung des Bescheides Klage beim Kreisaußschuß. 2. Ja. 3. Ja. 4. Nein. 5. Nein. — **H. 34.** 1. Nur Waise dürfen. 2. Andre Annahmen bestehen nicht. 3. Taufschein nein, event. Aufenthaltbescheinigung. 4. Nein. 5. In geschlossener Gesellschaft dürfen Sie machen, was Sie wollen. 6. Gilt gleichmäßig. — **W. Coburg.** 1. Scheidung. 2. Jeder Rechtsanwalt. — **W. R. 100.** 1. und 2. Fragen Sie bei der Staatsanwaltschaft nach dem Stand der Sache an. 3. Kläger muß Bescheid erhalten. 4. Nein. — **Nr. 57 R. N.** 1. Volkseigen. 2. Wird auf dem Standesamt Hühner geregelt. Lassen Sie sich von dort eine Geburtsurkunde schicken. — **K. P. 3.** Leider nicht. — **Anglied. 12.** 1. und 2. Der Mann soll sich schämen, sich so zu betragen. Eine wehrlose Frau brutal zu behandeln ist ein Zeichen eines niedrigen Charakters. Natürlich braucht die Frau sich das nicht gefallen zu lassen. 2. 20—25 M. pro Woche. 4. Die Frau hat Anspruch. Eventuell wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht, das jetzt auch für solche Streitigkeiten zuständig ist. — **W. R. 45.** Ein deutsches Reichsgesetz gibt es nicht. — **H. R. 75.** Sie haben Anspruch auf Unfall nur dann, wenn Sie sich den Bruch durch eine ungewöhnliche große Anstrengung zugezogen haben. Verfährt ist der Anspruch noch nicht. Wenden Sie ihn bei der zuständigen Versicherungsanstalt an. — **H. G. 6.** Nein. — **C. Ja.** — **H. 2. 100.** Wenn der Vater nicht freiwillig zahlt, soll das Mädchen ihn durch den Vormund des Kindes verklagen lassen (Arbeitslohn) bleibt das Vormundschaftsgericht und sich gleichzeitig an die Division mit der Bitte um Vermittelung wenden. Ein Zwang, die Sache vor der Kapitulanten zu regeln, besteht nicht. — **Wiesbaden 1888.** Das sind Bergleistungen, die die Gefährdung bewilligen oder verlagern kann. — **H. 3. 25.** 1. Nein. 2. Nein, vorausgesetzt, daß keine Beschäftigung im Gewerbebetrieb erfolgt. — **Zachmann.** Sie können nichts machen. — **89. P. G.** Es giebt kein Mittel, die Einwilligung der Schwiegereltern zu erzwängen. — **H. R. 100.** Sie können sich nicht mehr freiwillig melden. — **H. 5.** Nein. — **S. 2.** 1901.

Witterungsübersicht vom 28. Januar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G.
Ewinemünde	760	SW	3	bedeckt	5	Daprun	732	SW	2	heiter	-9
Hamburg	760	SW	3	bedeckt	5	Peteraburg	—	—	—	—	—
Berlin	763	SW	3	heiter	2	Cort	764	SW	3	wolkig	6
Frankf./M.	768	SW	3	heiter	2	Werde	—	—	—	—	—
München	770	SW	3	heiter	2	Paris	769	SW	4	wolkig	4
Wien	771	SW	2	heiter	2						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. Januar 1903.

Wilde und teilweise auffarende, vorwiegend trübe mit Regenschauern und leichten südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 29. Januar.
 Anfang 7 1/2 Uhr:
 Opernhaus. Anno 1757.
 Schauspielhaus. Die Journalisten.
 Neues Opern-Theater. Geschlossen.
 Deutsches. Roma Anna.
 Berliner. Der Kreuzwegkämmer.
 Leistung. Der blinde Passagier.
 Neues. Die Mücke.
 Residenz. Die beiden Schulen.
 Thalia. Charleys Tante. Vorher: Collos Balda.
 Welten. Carmen.
 Central. Madame Sherry.
 Belle-Alliance-Theater. Am Telephon. Hierauf: Cupido u. Cie.
 Anfang 8 Uhr:
 Schiller O. (Wallner-Theater). Renaissance.
 Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater). Das Geheimnis der Gilde.
 Carl Weiss. Gefallene Mädchen. Hierauf: Sie.
 Luisen. Der Pflanz von Kirchfeld.
 Metropol. Neues! Erneutes! Bunter. System Kubert.
 Kleines. Nachtspiel.
 Trianon. Die Liebeshandel.
 Casino. Ehrliche Arbeit. Spezialität.
 Apollo. Spezialitäten. — Frau Anna.
 Palast. Auf hoher See. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Reichshallen. Seltener Sänger.
 Steidl. Etzbl-Tänzer.
 Passage-Theater. Spezialitäten.
 Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
 Urania. Taubenstraße 48/49.
 Das Land Tirol.
 Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. Schwahn: Gletscher und Eiszeit.
 Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
 Im Hörsaal um 8 Uhr:
 Dr. Schwahn: Gletscher u. Eiszeit.

CASTANS Panoptikum Wilhelm Busch

Friedrichstrasse 165.
 Ausstellung.
Otto Reutter
 Zaubermeister F. Roberts
 (d. Verschwinden einer Dame).
 Kasperle-Theater. — Illusionen.
 Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr, Ende 11 Uhr
Drittletzte Tag!
Augusta Adamovic, Willy Prager.
 Voranzeige: Sonntag, 1. Febr.: **AGA** die schwebende Jungfrau.
 Ein mysteriös. Theaterstück.
 14 neue erstklass. Nummern.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
 Wohltätigkeits-Vorstellung.
Gefallene Mädchen.
 Berliner Sittenbild in 4 Akten von Feig Schäfer.
 Hierauf: **Sie.**
 Nachscene in 1 Akt v. Schäfer-Beracini.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: **Familie Humbert.**
 Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:
 Kinder-Vorstellung. Kleine Preise.
Gänkel und Gretel. — Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Parquet 60 Pf.
Der Mann mit der eisernen Maske. — Sonntagabend: Parquet 1 M., 1ste Reihe.

Residenz-Theater.

Direktion: Sigmund Lactenberg.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die beiden Schulen.
 (Les deux Ecoles).
 Lustspiel in 4 Akten von Mfr. Capus.
 Morgen, Freitag, zum erstenmal:
Lutti. (Louté).
 Schwank in 4 Akten von Pierre Veber.
 Deutsch von Max Schönan.
 Sonnabend und folgende Tage:
Lutti. (Louté).
 Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Nora.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Heute und folgende Tage:
Charleys Tante.
 Vorher: Cassis Pascha.
 Guido Thellacher als Charleys Tante.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr keine Preise:
Egmont.
 Am 6. Februar zum erstenmal:
Der Kameliönkel. Pöffe mit Gesang u. Tanz v. Leon Leipziger.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
 Revue in 5 Bildern von J. Freund.
 Musik von Victor Holländer.
 Gastspiel Julius Spielmann.
 Emil Thomas a. G., Henri Bender,
 Frid Frid, Fl. Siding, Hansi Reichsberg.
 300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
 Sonnabend, den 31. Januar 1903:
2. grosser Metropol-Theater-Ball.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Buntes Theater

Köpenickerstrasse 68.
 Abends 8 Uhr:
System Aubert
 Die angewandte Philosophie.
 Plauderei in 1 Akt v. Ruth Goets.
Casino-Theater
 Lothringersstr. 37.
 Nur bis Freitag:
Ehrliche Arbeit.
 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.
 Sonnabend: Neu! **Lehmann.**
 Zum erstenmal: Cavalleria rusticana.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Renaissance.
 Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Franz Koppel-Greif.
 Freitagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
 Sonnabendabend 8 Uhr:
Das Geheimnis der Gilde.

Belle-Alliance-Theater.

Alle Abends 7 1/2 Uhr:
Am Telephon.
 Drama in zwei Aufzügen.
 Gegen 8 1/2 Uhr:
Cupido & Cie.
 Schwank mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.
 Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei kleinen Preisen:
Der Dorneweg. Schauspiel in 3 Akten von Feig Philipp. Josefina Dora vom Thalia-Theater als Gast.

Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
 Nur noch bis Freitag, den 30. Jan.:
Der unvergessliche Zähler!
 Abends 8 1/2 Uhr:
Auf hoher See.
 Lebensbild m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
 Dazu das phänom. Jan.-Programm.
 Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf.
 Sonnabend, den 31. Januar 1903:
Gr. Premieren-Abend.
 8 1/2 Uhr. Zum erstenmal: 8 1/2 Uhr.
Berliner Luft.
 Ge. Oberstlieutenant mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Kolsé.
 Mit durchaus neuer Ausstattung.
 Wilhelm Zwickel. Dir.: Rich. Winkler.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse.
 zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschaukel.
 Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
 Anfang 8 Uhr.
Bernhard Rose-Theater-Ensemble
 Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
 Donnerstag, den 29. Januar 1903:
Gewonnene Herzen.
 Solist mit Gesang in 4 Akten von Hugo Müller.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
 Anfang 8 Uhr.
Erdegeist.
Luisen-Theater.
 Der Pfarrer von Kirchfeld.
 Anfang 8 Uhr. Vorher: 10—2. Klasse.
 Morgen zum erstenmal: **Der Focher von Ravenna.** — Sonnabend: **Die Maschinenbauer von Berlin.** — Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen: **Die Tochter Belias.**

Apollo-Theater.

Tägl. 8—9 1/2 Uhr: Spezialitäten u. Robert Steidl auf dem Hängeboden.
 Jeden Abend: **Das elektrische Ballett.**
 Donnerstag 9 1/2 Uhr:
Frau Luna.
 Freitag 9 1/2 Uhr: **Nakiris Hochzeit.**
 Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Frau Luna** zu ermäßigten Preisen.

Steidl-Theater

Linienstrasse 132.
 Dramen- bürgerl. Thor.
Neues Programm.
 Der vorzügliche Tenorist **Galvagni.**
 Ferner: **Rieser-Lachterfolg:**
Familie Humbert.
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 (Vorderlauf Wochentags 40 Pf.)
Hygienische Damenbinde! per Dtd. 55. **P. Fritz & Co.,** 1903
 Kirchhofstr. 18.

Dichter- u. Komponisten-Abende.

Dorotheenstr. 13/14.
 Nächsten Sonntag, 1. Febr.:
Freiligrath-Abend.
 Billeit a 50 Pf. mit Garderobe und Programm in den Buchhandlungen von Kantorowicz, Boisdamerstr. 135; Freund, Reichstraße 21; Wilmersmanns Buchhandlung 3. Rehmittel-Anstalt, Markgrafstr. 43/44; Chailers Buchhandlung, Bismarckstr. 10; Hermann u. Co., Neue Promenade 5.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
 Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 — Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-5 Kapellen
 Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Budholz.
 Heute: **Boabierfest.**
 — Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
 Kommandanten-Strasse 77/79.
 Direktion: Carl Haverland.
 Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante Januar-Programm
 Nur allererste Kunstkräfte.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
 Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer
 Stralanderstr. 1.
Wein- u. Bierflaschen füllt und holt ab
Kolinsky, Kraustrasse 30. 2*

Central-Verband der Maurer.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 30. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Anträge zum Verbandstage. 2. Wahl der Delegierten zum Verbandstage.
Mitgliedsbuch resp. Bescheinigung legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Guten Besuch erwartet.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. (Sektion der Putzer.)

Sonnabend, den 31. Januar 1903, im grossen Konzertsaal der Aktien-Brauerei Friedrichshain (früher Lipps), am Königsthor:

Grosser Wiener Masken-Ball.

Doppelorchester von Mitgliedern der Gmbl.-Berufsmusik. 12 Uhr Demaskierung, vor derselben große Ueberraschungen.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ??? Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Gützel, Rosenthalerstr. 57:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission und Wahl derselben. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Es ist notwendig, dass jeder Kollege erscheint. Der Obmann.

Vorwärts-Buchhandlung

SW. Lindenstrasse 69.

Wir empfehlen:

Arbeiter-Rotkalender 1903	60 Pf.
Nebel, Mientale und Socialdemokratie	10
Christentum und Socialismus	10
Die Frau und der Socialismus, 34. neubearbeitete und vermehrte Auflage, broschiert 2 M., gebunden	2,50 M.
Unsere Ziele, neue 11. Auflage	30 Pf.
Kautsky, Die sociale Revolution:	
I. Socialreform und sociale Revolution	40
II. Am Tage nach der socialen Revolution	30
Socialdemokratie und katholische Kirche	30
und Schenklauf, Grundzüge und Forderungen der Socialdemokratie	10
Zosnoff, Bar Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch	15
Bären die Urchristen nämlich Socialisten	15
Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft	15
Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken	15
Mary und Engels, Das kommunistische Manifest	20
Münchener Parteitag-Protokoll , brosch. 60 Pf., kart.	60
Der Unsturz im Reichstage	20
Jadew-Blaßsch, Schutz gegen Krankheitsgefahr	20
Jeitin, Klara, Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Socialismus	25
Ferner bringen wir in Erinnerung unser vollständiges Lager sämtlicher deutscher Reichs- und preussischer Gesetze sowie der billigen Führer durch	
Bau-Unfallversicherung-Gesetz	25 Pf.
Gewerbe-Unfallversicherung-Gesetz	25
Anwaltsversicherung-Gesetz	25
Straf-Prozessordnung	40
Unfallversicherung-Gesetz für Land- und Forstwirtschaft	25

Bereins- und Versammlungsrecht in Deutschland mit ausführlichen Erläuterungen, in braunem Leinenband 1,20 M.

Reclams Universal-Bibliothek, 4370 Nummern a 20 Pf. stets vollständig am Lager, desgleichen

Sammlung Göschen
in ca. 170 geschmackvollen Leinenbänden, pro Band 80 Pf.
Kataloge hierzu Neben kostenlos zur Verfügung.

Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers.
Nach jeder Solree:
Tanz-Kränzchen.
De Lup in Lupt.
Emissionenparodie.
Säle zu Feilheitszeiten.

Cirkus Busch.

Donnerstag, den 28. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Kalifornische Seelöwen. — Tartakoff Troupe. — Elefant und Pferd. — Amateurreiten. — Dahomey mit Elefanten im Bade.
Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbisch à la carte von 30 Pf. an 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Rest. Ritterstr. 123.

Königstadt-Casino.

Holzmarkt 72. Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnab. und Sonntag Tanzkränzchen.
Auf. Wochent. 8. Sonntags 6 Uhr.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Eine Poffe als Medizin.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Freitag: **Große Extra-Vorstellung.**
Zum erstenmal: **Zufischlöffer.**

Masken-Garderobe

von 2712*
Carl Ernst,
Königsgrätzerstr. 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Borgeleger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Ein interessantes Buch ist:
Die französische Lyrik i. 19. Jahrh.
von Signar Mehring.
14 Bogen, nur 2 M. fr., 3 M. geb.
Der Vortrag im Verein „Freie Volkshöhle“ am 29. d. gilt als die beste Empfehlung.
Exemplare sind in der Buchhandlung des „Vorwärts“ vorrätig. (44152)

Weimar Geld-Lotterie.

Ziehung 3., 4. Febr. cr.
Gewinne insgesamt:
190 000 M.
Hauptgewinne:
60 000 M.
30 000 „
10 000 „
Lose a Mt. 3.—, Porto und Liste 30 Pf. extra, offeriert
P. Hempel,
Bankgeschäft, N. Badstraße 11.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, wert. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfund, 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhofs-Ausgang, Dresden.

Frauen-Begräbniskasse der Schriftgießer-Gehilfen zu Berlin.

Donnerstag, den 19. Februar cr., abends 6 1/2 Uhr, Wilhelmstraße 2, bei Zimmermann:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Halbjahres-Bericht und Jahres-Abrechnung. 2. Statuten-Änderung. 3. Verschiedenes. 18436
Der Vorstand. J. H. H. Hoff.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung

aller in der Gold- u. Silberwaren-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
im Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45.
Tages-Ordnung:
1. Die Verhältnisse in der Gold- und Silberwaren-Industrie Mittel- und Süddeutschlands. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Hoch-Spanau.**
2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 111/4

Donnerstag, den 29. Januar, abends 7 Uhr:
Versammlung d. Metallformer
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Scheffler** über: Die Einführung der Kranken-Versicherung im Verband. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

Engetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sonnabend, den 14. Februar, abends 9 Uhr, im Lokale des Genossen Jung, Graunstrasse:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und Genehmigung der Bilanz. 2. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Bericht über die Ratgebundene gerichtliche Revision. 4. Statutenänderung. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.
Anträge müssen bis zum 7. Februar eingereicht werden. Die Bilanz liegt den Genossen im Comptoir, Demmlerstr. 18, zur Einsicht aus.
Der Vorstand. 105/8
Robert Engel. Karl Metzold.

Männer-Vortrag

morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei **Graumann, Rauhstr. 27** über: **Die neue Therapie d. Gonorrhoe u. Syphilis** I. u. 2. Stab. erklärt an groß. Lichtbildern vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann, Kurantalt Köpnickstr. 72.** Naturhegl. Spedist 10-2, 6-8, Sonnt. 10-12. Broschüre und Eintritt 20 Pf. 4542

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.
Sonnabend, den 31. d. M., im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3:

Grosser Wiener Maskenball

verbunden mit großartigen Ueberraschungen. 136/6*
Um 12 Uhr Demaskierung. Während der Kaffeepause humoristische Vorträge.
Anfang 8 Uhr. Entree 40 Pf. Ende ?
Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. Sittlich sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben.
Das Komitee.

Volkshaus-Verein Charlottenburg.

Sonntag, den 1. Februar, im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3:
Vortrag über: **Kunst und Arbeiter.** Referent: **Dr. Alberty.**
Nach dem Vortrage: **Liedervorträge, Recitationen, Sociale und humoristische Gedichte** von **Dr. Alberty u. a. m.**
Nachdem: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**
Programm 25 Pf. — Anfang nachmittags 5 Uhr. 283/10

Unser herzlichste Gratulation und ein dreimal donnerndes Hosi zum heutigen Geburtstag unsern hochachtungsvollen Kameraden des 12. Bezirks Centralverband der Zimmerer Deutschlands. 8306

Verband d. Tapezierer

(Filiale Berlin).
Den Kollegen zur Nachricht, das unser Mitglied
Frau Anna Kirschke
am 26. d. M. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, vor der Leichenhalle des Heiligen Heiligen Kreuz-Sarkophages in Tempelhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
177/4 Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Töpfer.

Nachruf!
Am 24. d. M. verstarb nach langem Leiden unser Mitglied
Albert Malzahn.
Ehre seinem Andenken!
195/2 Der Vorstand.

Berichtigung.

In der Dankflosung Heerwagen in der gestrigen Nummer unserer Zeitung muß es statt „Spielklub Komet“
„Sportklub Komet“
heissen.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für **55/11***
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.



Inventur-Sonder-Verkauf

einer Partie echter **Plüsch-Teppiche**

prima Qual. (kein Axminster) in 3 Größen (diverse Muster)
130/200 cm **12³⁰** M. bisher 19,50
165/230 cm **19⁸⁰** M. „ 30,00
200/300 cm **30⁸⁵** M. „ 50,00
so weit der Vorrat reicht!

Teppich-Special-Haus

Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraliste gratis und Katalog 1903 franco. mit 600 Illustrat.

Wintergarten.

Sonnabend, den 31. Januar
Erstes Auftreten von
Yvette Guilbert
Keine erhöhten Preise.

Wintergarten

Das sensationelle
Januar-Programm.
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas „Im Bivouac“.
Morton und Elliott Excenrics.
Walton und Marinette Tanaduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter Humorist.
Das Bordeny-Trio.
Adrienne Larive Pariser Sängerin.
Alburtus u. Bartram Keulen-Jongl.
Die 7 Allison's Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“ Eine Vision.
Pariser Luft Ballett.
„Die Reise in den Mond“ Biographische Bilder

Cirkus Schumann

Donnerstag, den 29. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Abend,
hervorragendes Sport-Programm.
Mr. Diavelo mit seiner Teufelsfahrt

Looping the Loop.

Ausserdem:
Die lustigen Heidelberger.
Sonntagnachmittag die reizende Pantomime: **Pierrots Weihnachten.**
Zum Schluss: Die gr. Bonbonnière und der **Bonbonregen.**
In beiden Vorstell. Looping the Loop.

Reichshallen.

Stettiner Sängers.
U. a.: **Vor 25 Jahren** Wiltshäuf v. Reichel.
Sinnvollste, neu: diese Schauten paratieren!!!
Bunte von Reichel.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Eine Poffe als Medizin.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Freitag: **Große Extra-Vorstellung.**
Zum erstenmal: **Zufischlöffer.**

Reichshallen.

Stettiner Sängers.
U. a.: **Vor 25 Jahren** Wiltshäuf v. Reichel.
Sinnvollste, neu: diese Schauten paratieren!!!
Bunte von Reichel.

Weimarer Geld-Lotterie

Ziehung schon nächsten Dienstag. **4840 Gewinne** im Betrage von
190 000 Mk.
Die Hauptgewinne betragen Mark
60 000, 30 000, 10 000
etc. etc. bar ohne Abzug zahlbar.
Lose zum Originalpreise a 3 Mark (ohne Aufgeld).
Porto und Liste 30 Pfg.

Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H. Bankgeschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen: NW., Wilsnackerstr. 63. O., Andreasstr. 46a. SO., Oranienstr. 177.

H. Greifenhagen Nachf., Berlin N., Brunnenstr. 17.

(Inh.: Franz Trapp & Eduard Morris.)

Extra-Verkauf wegen Erweiterungsbau.

Wegen Hinzunahme von fünf angrenzenden Geschäftslokalen sind wir gezwungen, einen **Extra-Verkauf zu besonders ermässigten Preisen** zu veranstalten, um in den vergrösserten Geschäftsräumen in allen Abteilungen ein durchaus neues Lager bieten zu können.

Dieser Extra-Verkauf beginnt am

Sonnabend, den 31. Januar

und erstreckt sich auf alle Artikel des gesamten Warenlagers mit Ausnahme weniger Artikel, bei denen eine Herabsetzung unmöglich ist. Da wir nur tadellose Waren führen und den Anspruch darauf erheben können, als durchaus reelle Firma zu gelten, so dürfen wir wohl diesen Extra-Verkauf als eine

ganz seltene Gelegenheit zu hervorragend vorteilhaften Einkäufen empfehlen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Was gehendes Schaufenster anderer Unternehmungen halber preiswert veräußert. Bahn, Neue Hochstraße 23, am Hochplatz. 775*

Wohlfühlung billig veräußert. Vogel, Behnenburgerstraße 48. 779*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 787*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus dem modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und gutem Preis von 18 bis 45 Mark. Julius Widenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1472*

Winterpaletots, Anzüge, Hoppeln, Hosen, fertige und nach Maß, Große Frankfurterstraße 16, August Köhler.

Krautentöpfe, große Auswahl, Wallner-Theaterstraße 30. 1374*

Wäsche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Gutshaus, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barunstraße 4 und 5, Sonntags geöffnet.*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Dachecker Markt 4, Bahnhofs Börse. 1195*

Teppiche, Winterpaletots, Betten, Anzüge, Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Remontotuch, Kostümstoffe billigste Leihhaus, Reanderstraße 6. Leihhäuser gestattet.

Piano, Voxton, Standuhr, Buchholletten, Spiegel, Stühle, Regulatoren billigste Leihhaus Reanderstraße 6. 5716*

Piano, gut erhalten, sofort veräußert. Nitterstraße 120, I. 5710*

Kanarienvögel, gutjüngende, 4 und 5 Mark. Bornsdorferstraße 17, Nibel.

Kanarienvögel 5,00 an, Papagei, Auswahl, auch weiblich, schlagende Buchfinken, Heilige, Europäische, Weissen Drantenstraße 57 (Vogelhandlung).

Kanarienvögel eigener Züchter. Berlin, Zeltwiesenstraße 45. 3085*

Kanarienvögel, Götterkann Seifert, verkauft Joachim, Brunnenstraße 97.

Betten umständehalber (spottbillig). Hüha, Rindhofenstraße 13, II. 1733*

Teppiche mit handgezeichneten Bildern, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737*

Nähmaschinen kaufen Sie nur beim Fachmann am zweckmäßigsten. Bestehe bestehende von 25 Mark an. Tadellos: Ringschiff, Bobbin-Schnellnäher, bequeme Teilzahlung wöchentlich und monatlich. Reparaturen billig, angenehm. Diele, Mechaniker, Nähmaschinen-Specialgeschäft, Brunnenstraße 119. 14496*

Nähmaschinen! Ringschiff, Adler, Central-Bohlin, Orion (Rotations-Bohlin), Beta, Lambourier, Glotte, Säulen- und Eisen-Maschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Beckmann, Goldwasserstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 14698*

Waschspindeln! Jmelochspindeln! 3,00, Petroleumöfen! Gasbühnenapparate! Gasöfen! billig! Boblaner, Wallner-Theaterstraße 32.

Abstreifer neu, 12 Mark an, gebraucht billigst, Leihhäuser gratis. Wolf, Kiderstraße 113. 18106*

Steppdecken billigst! Große Frankfurterstraße 9, parterre. 787*

Betten, Stand 10 Mark. Hamburger, Spandauer Brücke 1b. 1823*

Nähmaschinen ohne Anzahlung 6 Mark Vergütung. Postkarte. Hoffmann, Neue Königstraße 17.

Reisegeköffe! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Dachecker Markt 4, Bahnhofs Börse. 1195*

Teppiche, Winterpaletots, Betten, Anzüge, Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Remontotuch, Kostümstoffe billigste Leihhaus, Reanderstraße 6. Leihhäuser gestattet.

Piano, Voxton, Standuhr, Buchholletten, Spiegel, Stühle, Regulatoren billigste Leihhaus Reanderstraße 6. 5716*

Piano, gut erhalten, sofort veräußert. Nitterstraße 120, I. 5710*

Kanarienvögel, gutjüngende, 4 und 5 Mark. Bornsdorferstraße 17, Nibel.

Kanarienvögel 5,00 an, Papagei, Auswahl, auch weiblich, schlagende Buchfinken, Heilige, Europäische, Weissen Drantenstraße 57 (Vogelhandlung).

Kanarienvögel eigener Züchter. Berlin, Zeltwiesenstraße 45. 3085*

Kanarienvögel, Götterkann Seifert, verkauft Joachim, Brunnenstraße 97.

Verschiedenes.

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengelage, Raterteilung, Fall, Brunnenstraße 107. 18005*

Rechtsbureau Raterteilung, Gräner Weg vierundzwanzig (Andreasplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengelage, Raterteilung. 1811b*

Kunsthändler von Frau Stotost, Steinmetzstraße 48, Duergebäude hochparterre.

Genossen! Radten verleiht! Klein, Andeasstraße 12. 1773b*

Brodhausgeräten und alle anderen Bäder kauft, befehlt Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI. 3397. *

Postieren zahl Brauerel Prohibition für Bauherren. S. 8 Expedition dieses Blattes. 1907b*

Vereine, Saal mit Bühne Sonntag zu vergeben Kiderstraße 7. *

Saal und Vereinszimmer Sonnabends und Sonntag zu vergeben Schwedterstraße 23. 14918*

Vereinszimmer, großes frei, Elmensstraße 23, III. 14818*

Nachfahrende Eheleute und allein-stehende Kinderinnen, die sich an der Bildung einer zwanglosen Vereinigung beteiligen wollen, werden um Adresse gebeten unter "Nachfahrer" Postamt W. 81. 18406*

Saal, Vereinszimmer, Sonnabende und Sonntag noch frei. Marktgrafenstraße 83. 1837b*

Rechtsbureau Durggraf, Adalbertstraße zweiundzwanzig, Eingabengelage. 1839b*

Sänger, welche gesungen sind, einem Arbeiter-Gesangverein beizutreten, können sich Freitagabends Reichenderstraße 96 melden. 788*

Vereinszimmer zu 15-60 Personen, auch Garten, Ammenstraße 9.

Parteienoffe, Schlosser, als Teilhaber für Jahrbuch-Verkäufe in kleiner Stadt Mecklenburg mit 5-900 Mark Einlage gesucht. Auskunft erteilt Gombert, Tredeckerstraße 7, von 4 bis 8 Uhr. 779*

Vermietungen.

Wohnungen.

Sofort oder April kleine und Mittelwohnungen billig. Rummelsburg, Rankstraße 38. 559*

Zimmer.

Zimmer für zwei Herren Wasserthorstraße 68, I rechts. 787*

Einfach möbliertes Zimmer zu vermieten Campdenstraße 31 IV. rechts. 768*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle (3 Herren) Waidner, Planufer 12. 1779b*

Schlafstelle vermietet Frau Küler, Schindlerstraße 25 IV. 7120*

Möblierte Schlafstelle Laurigerstraße 31, großer Aufgang, vorn 3 Treppen links. 1840b*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stubstuhler bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Adresse: Puladstraße 27, II. Gläler.

Stellenangebote.

Büchsenmacher, tüchtigen, verlangen Krause, Alexanderstraße 35. 1844b*

Zahn-Crem. Wir suchen einen tüchtigen Kocher. Schriftliche Offerten an Gebrüder Kroner, Alexanderstraße 119. 1845b*

Farbigenmacher und Verblünder verlangt Goldleiten-Fabrik Gauslerstraße 82. 1846b*

Farbigenmacher verlangt. Weihensee, König-Charsee 47b. 7128*

Klavierspieler für Sonntag verlangt Kutterbühse, Friedrichstraße 11. 1850b*

Perfekte Farbmacherin kann sofort eintreten. Sells, Born u. Co., SO., Reichenderstraße 155. 1845b*

Farbmacherinnen, tüchtige, verlangt Kosenow u. Co., Schmidstraße 6.

Plätterinnen auf Kollwäse sofort dauernd verlangt Kreuzbergstraße 7 Dampfwascherei.

Plätterinnen auf Oberhemden im Hause verlangen Reinberger & Granderhorst, Wäschefabrik, Greifswalderstraße 13. 835*

Mamsells auf Kassetts und Balletts suchen Hause verlangen Hirsch u. Allinat, Brunnenstraße 62. 1774b*

Knabenblusen, gefütterte Leibchen, Knabenjacken - Arbeiterinnen bei hochfeinen Wäshen verlangt Freilag, Bornsdorferstraße 54. 746*

Knabenanzüge, Platenarbeiter, Leibchenblusen, gefütterte, die größere Kosten liefern, dauernde Beschäftigung. Betriebsvermittlung Krause, Brunnenstraße 84. 1827b*

Tüchtige Belegerinnen verlangt Goldleiten-Fabrik, Reichenderstraße 82. 722*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Arbeitsnachweis deutscher Goldschmiede. Engel-Wer 15.

Für Berlin sofort 1 Silberbeschleifer, 1 Silberpoliererin. 11175*

Klavierarbeiter. Wegen Lohnreduzierung haben sämtliche Umlieferer der Pianofabrik von Kuhla, N., Wattstraße 18, die Arbeit niedergelegt. 141/1*

Zugang streng fernhalten. Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinenarbeiter und Polierer: Dickhofs, Kiltznerplatz 9. Für Drechsler: Frede, Hollmannstr. 32. Die Ortsverwaltung.

Berein der Töpfer

Berlin und Umgegend. In der Nr. 22 des "Vorwärts" befindet sich ein Artikel des Töpfermeisters, unterzeichnetes Inserat, wonach nicht Lohnreduzierungen, sondern persönliche Streitigkeiten die Veranlassung zur Verhängung der Sperre über sein Geschäft gegeben haben sollen. Diese Behauptung ist vollständig unwahr. Es sei zur Klärung des Sachverhalts folgendes festgestellt: Der auf Ansuchen des Herrn Hoff sowohl, als auch der Kollegen mit der gütlichstlichen Unterstützung der Lohnreduzierungen beauftragte Unterzeichnete fand bei der Besichtigung des Streitobjekts, daß die Forderung der Kollegen eine äußerst beschwerliche war, umso mehr, als in anderen Firmen unter Verweisung von Bestreben und ausweichenderen Material anstandslos höhere Preise gezahlt werden, als die von den Kollegen verlangten. Herr Hoff beharrte allen Vorstellungen gegenüber auf seinem niedrigeren, gänzlich unzureichendem Angebot, und erfolgte demzufolge die Arbeitsreduzierung. Es sei auf Grund dieses Sachverhaltes der Lohnreduzierung überlassen, die Erklärung des Herrn Hoff zu würdigen, sowie das Verhalten jener Töpfer zu beurteilen, die die von dem Verein mitgliedern verlassenen Arbeitsstätten eingenommen haben. 230/11 Ernst Paul, Vorsitzender.

Erster Maschinist

der auch bereits Sanges-Generatoren bedient hat, zum sofortigen Eintritt bei hohem Gehalt gesucht. Nur schriftliche Bewerbungen mit genauer Angabe bisheriger Tätigkeit erbeten. 4582

A. Jandorf & Co., Bellealliancestr. 1/2.

Lokales.

Wichtig! 6. Wahlkreis. Die Bezirksführer werden dringend ersucht, die etwa noch nicht verkauften Billets zu der Urania-Vorstellung am 1. Februar umgehend dem Kassierer Jährom, Rabenstr. 6, zuzustellen.

Geburtsstabsabend in Gegenwart des Kaisers. Der gewöhnliche Erdenmensch mag sich darunter ein prunkvolles Fest vorstellen: Reich geschmückte Tafeln, die unter der Fülle von Delikatessen fast zusammenbrechen, Sekt, der von andern edelsten Weinen accompagniert in Strömen fließt, und eine Kleiderpracht, die das Auge blendet. Dies Phantasiabild kaiserlicher Pracht wird von der rauhen Wirklichkeit so erheblich korrigiert, daß der König sich beschämt sagen muß, so etwas hätte er sich nicht vorgestellt. Zunächst die Herren und Frauen am Hofe. Pracht ist vorhanden, ohne Zweifel, aber die Trennung der Geschlechter, die in Bailleons drolliger „Welt in der man sich langweilt“ nur für die wüßige Ruhe der Nacht auch da zur Sprache gemacht ist, wo die Legitimität außer Zweifel steht, war Dienstagabend sogar für die Stunden ästhetischen Genusses vorgeschrieben. Nach dem Bericht des „Verf. Tabl.“ hatten nämlich bei der Gala-Vorstellung, die zur Feier von Kaisers Geburtsstabs im Opernhaus stattfand, die Herren von ihren weiblichen Familienmitgliedern getrennt im Parkett Platz zu nehmen, während der zweite Rang ausschließlich den Damen angewiesen war. Die Gründe für diesen Brauch sind unerschöpflich. Doch hören wir nach dem Bericht des „Tageblatts“, was der Abend weiter an Enttäuschungen und Entbehrungen mit sich brachte:

Um 8 1/2 Uhr betrat die jüngeren Prinzen des kaiserlichen Hauses die große Hofloge und stellten sich an ihre beiden Seiten. Gleich darauf erschien die Kaiserin, stattlich und würdevoll, aber schon stark ergraut, geführt vom König von Württemberg. Und dicht hinter ihr der Kaiser in Hofuniform, mit ihm die hier anwesenden deutschen Fürsten. Erst vernahmte sich der Kaiser dreimal zu den Anwesenden, die den Gruß erwiderten. Dann setzte die Overtüre zum „Hiegenden Holländer“ ein. Ihr schloß sich der zweite Akt dieser Oper an, prächtig gesungen von Fraulein Desjanne (Senta) und den Herren Hoffmann (Holländer), Kraus (Erik) und Ansjer (Daland). Darauf folgte eine Pause, eine endlose Pause, während der der Hof und die glücklichen Gäste des ersten Ranges Thee tranken. Den übrigen zur Gala-Vorstellung Geladenen waren das Foyer und die Buffets verschlossen; sie durften dürsten und hungern und sich langweilen. Nach einer Stunde — mancher Gait war inzwischen entflohen — gab es noch das Ballet „Javotte“, mit der leichten Musik von Saint-Saens und der großen Kunst der Dell' Era.

Das war die Gala-Vorstellung, viel Gala, Theepause und ein bißchen Kunst. Was für solche Veranstaltungen — wie antiquiert klingt schon ihre Bezeichnung! — wirklich noch in unsrer Zeit? Stände nicht auch, selbst bei Hofe, besser die Gala für sich allein, das Theatergeplauder allein, die Kunst allein? Besonders die Kunst.

Wir fühlen uns nicht zuständig, die revolutionären Vorschläge des „Tageblatts“ auf ihre Annehmbarkeit hin zu prüfen. Das Eine aber bedenken wir jetzt reuevoll, daß wir neidlos auf die Pracht derer blicken, die sich im Glanze des Hofes sonnen dürfen. Ueberfüllte Tafeln malten wir uns im Wilde vor und Hunger und Durst ist ihr Los. Da nahmen wir an, das nackte Interesse gebiete dort oben die Königstreue, und müssen nun erfahren, daß es keineswegs leicht ist, in allen Lebenslagen überzeugter Monarchist zu sein.

Der Landrat des Kreises Teltow, Herr v. Stubenrauch, hat es bei der Kaisergeburtstagsfeier, die vorgestern im Kreis-haus in der Victoriastraße abgehalten wurde, für angebracht gehalten, seinen Vortag über das Fortschreiten der Socialdemokratie loszulassen. Nach dem „Teltower Kreisblatt“ schwang der Landrat eine Rede, die mit folgenden Worten endigte:

Wenn wir uns des Friedens erfreuen, so verdanken wir dies der Thatsache, daß wir nach dem Rate Moltkes stets gerüstet sind. In den Segnungen des Friedens gedeihen die Werke der Kultur und der Wissenschaft. Hinter den Epigonen ragt hervor der Mann, dessen Bild von Erz hinter mich steht und ich glaube nicht, daß Bebel sich so mit dem Kaiser beschäftigte, wenn er nicht das Gefühl hätte, daß er ein großer Mann ist. Wenn er sagt, daß er den Kampf nur gegen die Institution der Monarchie führe, so hat er doch durch seine giftige Rede im Reichstage bewiesen, daß er die Person unseres Kaisers meint. Der „Vorwärts“ veröffentlichte die Rede mit der Ueberschrift: „Ausruf Bebel's an die deutsche Nation“. Nun, ich glaube, überall, wo deutsche Herzen schlagen, da wird heute im Vaterlande der Ruf erschallen: Nieder mit der Socialdemokratie, hoch die Monarchie, hoch ihr erhabener Repräsentant, hoch unser geliebter Kaiser und König!

Herr v. Stubenrauch scheint zum Zeitungslesen nicht viel Zeit zu haben. Sonst würde er wissen, daß selbst Kreise, die auch nach landräthlicher Auffassung über den Verdacht der „Waterland-losigkeit“ erhaben sein sollten, sich über unsern Parteigenossen Bebel wegen seiner Abrechnung am Donnerstag in einer Weise geäußert haben, die nach allem andern eifer denn nach einem Tadel aussieht. Und die Thatsache, daß ein Landrat in einer zum Kaisergeburtstag gehaltenen Festrede nichts Besseres zu thun weiß als gegen die Socialdemokratie zu polemisieren, spricht für die Macht und den gewaltigen Triumph, den diese Partei erlangen hat. Dieser Thatsache gegenüber ist es belanglos, daß der brave Landrat die Willkuren der, die am 27. Januar nicht höher geschlagen haben als an den andern Tagen des Jahres, schlankwegs zu den waterlandlosigen, nichtdeutschen, wirt. Wir wollen angesichts der beispiellosen Triumphe, die uns in letzter Zeit gerade durch unsre Feinde bereitet worden sind, milde sein und diesen kleinen geographisch-historischen Irrtum dem Landrat nicht hoch anrechnen. Wohl aber halten wir die Art, wie das unter seinem Einfluß stehende Kreisblatt des dänischen Festtages gedachte, nicht für besonders häßlich. Statt sich am 27. Januar wenigstens zu einem selbständigen Festartikel aufzuschwingen, druckt das Kreisblatt das in der Hälleschen Zeitungsabrik hergestellte Flugblatt ab, das wir vor einigen Tagen gelehenzeichnet haben. Allerdings ist es geschickl genug, die über den Fall Krupp im Flugblatt ausgesprochen Unwahrhaftigkeiten herauszulassen; aber das kann und nicht von dem Vortage abbringen, daß eine solche Würdigung eines Tages, der alle Herzen höher schlagen machen soll, für ein Kreisblatt ein bißchen schematisch ist.

Die Unsauberkeit in Bädereien. Vom Verband der Bäder wird uns geschrieben: Auch Meister S. in der A. straße im Norden war einer derjenigen, die im Sechsten auf den Ausschluß des Gewerkegerichts nicht genug thun konnten. Warum denn der Ausschluß das Material, das er über angebliche Mängel in Bädereien gesammelt haben wollte, nicht herausgibt; wenn wirkliche Beweise gegen die Meister vorliegen, könne man doch damit aus Nicht kommen! Einer der Gesellen meinte darauf, daß er, der Meister doch lieber stillschweigen solle, er wisse doch, was die Polizei bei der Revision am 18. Dezember in seiner Badstube festgehakt habe. Ah, meinte der Meister, so ein Leutnant verheißt gar nichts von den Dingen; eine wirkliche Revision könne eben nur von Fachleuten vorgenommen werden. Nun, meinte der Geselle, auch in diesem Falle könne dem Meister ja geholfen werden, er brauche ja nur einigen Verbandsgefelln die Prüfung der Räumlichkeiten zu gestatten. Darauf schweig der Meister; unter den Fachleuten konnte er sich offenbar keine andern Personen vorstellen als die famosen Jungherrn, die von all den Uebelständen, die u. a. vom „Vorwärts“ an die Öffentlichkeit gebracht worden sind, nichts, aber auch rein gar nichts gemerkt haben wollen.

Mit der erwähnten Revision vom 18. Dezember v. J. aber hatte es folgende Bewandnis: Ein Leutnant erchien gemeinsam mit einem Kriminalbeamten im Betriebe des Meisters. Zuerst nahmen die Beamten die Stabellertafel in Augenschein und dann fragte der Leutnant den schon dorthin erwähnten Gesellen, ob er eine Besichtigung vorzubringen habe. „Ja“, erwiderte dieser, „hier sind die Semmelkuchen. Seit dem Tage meines Arbeitsantritts, den 9. Mai ds. Js., sind die Tücher nicht gewaschen worden und an diesem Tage waren sie auch schon schmutzig“. Dann nahm der Geselle aus der Wase, dem in den Badofen eingemauerten Wasserbehälter, einen Topf voll Wasser und ließ den Leutnant daran riechen. Die Beamten prallten vor Ekel zurück und der Leutnant meinte, daß man dann ja gleich in die Badwäre spucken könne.

Für den Fall, daß auch dieser Vorfall von der Zeitung mit dem so sehr beliebten Verlegenheitsgerede von socialdemokratischer Verleumdung abgethan werden sollte, teilen wir mit, daß Namen und Adresse des in Betracht kommenden Meisters im Verbandsbureau der Bäder, Klosterstr. 101, zu erfahren sind.

Zum Apotheken-Bankrott wird uns geschrieben: Der in der Dienstag-Nummer erwähnte „Dr. Kränkel“ ist der Besitzer der Elefant-Apothek und Schriftführer des Berliner Apothekervereins. Was nun das Ideal, die Massenverwaltung der Apothekern anzunehmen, betrifft, so waren die Berliner Apotheker im Dezember vorigen Jahres in allem Ernste drauf und dran, es zu verwirklichen. Die hiesigen ca. 200 Apothekenbesitzer gehören mit rund 17000 andern Arbeitgebern der Orts-Krankenkasse der Kaufleute, Apotheker u. an. Im Dezember waren 170 Arbeitgeber-Delegierte neu zu wählen. Auf die notorisch stets schwache Wahlbeteiligung der Arbeitgeber, zumal in der Weihnachtszeit, versuchten die im Kränkel eine Ueberwindung, indem sie eine eigne Liste in aller Stille aufstellten und Mann für Mann zur Wahl erschienen. Allerdings vergeblich — die Liste der Arbeitgeber aus allen Branchen siegte; die Apotheker finden mit ihrem Geheiß von politischem Terrorismus u. auch in bürgerlichen Unternehmertreuen absolut kein Verständnis; diese danken wohl für das Experiment, wie eine Massenverwaltung unter dem Einfluß von Apothekern sich gestalten würde. Das heiterste an der Aktion aber war die Wahlliste der Apotheker: Wohlgeachtete Hundertvierunddreißig Apotheker waren aufgestellt, ferner einige Eisenhändler und den Rest bildeten — einige dreißig Inhaber von Abzahlungs-geschäften! Woher die Vorliebe der Pharmaceuten für die Abzahler herrührt, so daß sie jede andre kaufmännische Branche erkundierten, darüber gehen die Lesarten auseinander. Wahrscheinlich sind den Apothekern die Abzahler besonders sympathisch, weil auch diese gewohnt sind, mit nicht weniger als 100 Prozent Verdienst zu arbeiten und weil es viele höfe Menschen giebt, die über den Augen der einen wie der andern Kategorie für die menschliche Gesellschaft recht legerliche Ansichten haben.

Eheschließung und Wochentag. Für die Eheschließung vor dem Standesamt werden — teils aus religiösen Gründen, teils aus Aberglauben, zum Teil auch aus Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit — gewisse Wochentage möglichst vermieden und gewisse andre Tage der Woche bevorzugt. Auch für Berlin trifft das zu. Nach Ausweis der Standesamts-Register finden hier Jahr für Jahr an den Freitagen die wenigsten, an den Sonnabenden die meisten Eheschließungen statt. Im Jahre 1902 wurden an den Freitagen nur 1980 Ehen, an den Sonnabenden dagegen 6404 Ehen geschlossen. Da das ganze Jahr überhaupt 19188 Eheschließungen gebräut hat, so waren die Sonnabende allein mit einem vollen Drittel an der Gesamtzahl beteiligt. Auf die Sonnabende kamen reichlich dreimal so viel wie auf die Freitage, die mit noch nicht einem Hundert an der Gesamtzahl beteiligt waren. Auch die übrigen vier Wochentage bleiben alljährlich mit ihren Eheschließungsziffern weit hinter dem Sonnabend zurück. Im Jahre 1902 wurden an den Dienstagen nur 2981 Ehen, an den Donnerstagen 2854 Ehen, an den Montagen 2514 Ehen, an den Mittwochs 2824 Ehen geschlossen. Der Mittwoch steht hiernach hinsichtlich der Eheschließungsziffer dem Freitag am nächsten. Der Rest, 21 Eheschließungen, kam auf die Sonntage, an denen die Standesämter ebenso wie an den Feiertagen nur in besonderen Ausnahmefällen eine Eheschließung vornehmen.

Keine Semmel in der Wurst. Die Polizei hat, wie die „Allg. Meißner-Zeitung“ mitteilt, dem Schlächtermeister Roschwig, Prinzenstraße 60, nachdem sie Proben frischer Wurst- und Leberwurst aus seinem Geschäft entnommen und darin Semmel festgestellt hat, eine Verwarnung wegen dieses Zusatzes zugehen lassen und ihm erklärt, daß er sich bei fernerer Verwendung des Semmelzuges strafbar mache. Herr Roschwig hat darauf erwidert, daß er diese „Verwarnung“ nicht annehme und nach wie vor frische Wurst- und Leberwurst in derselben allhergebrachten Weise, die bei allen Berliner Meistern üblich ist, herstellen werde.

Vielleicht weisen die Schlächtermeister nach, daß hygienische Gründe den Zusatz von Semmel zur Wurst gebieten, da der gemeine Mann sich an reinen Fleisch den Magen verderben würde. Gelingt dieser Sachweis, so muß man ihn wohl eher übel gelien lassen; andernfalls scheint uns die Gesundheitspolizei durchaus im Recht zu sein, wenn sie den Inhalt der Berliner Wurstformen einmal auf Herz und Nieren prüft.

Kindermißhandlung. Ein abscheulicher Vorfall ist am Dienstag von einem Möbeltransporteur entdekt worden, der um die Mittagsstunde in einem Hause am Kronprinzendam zu Halensee eine Möbelkiste abzuladen hatte. Der Fuhrmann bemerkte in dem dunklen Keller dieses Hauses, daß sich dort in einem abgeschlossenen Räume ein menschliches Wesen aufhielt. Es dauerte lange, bis die unkenntliche Gestalt aus der Ecke, in der sie lauerte, zum Vorschein kam. Endlich entdeckte der Fuhrmann, daß ein Knabe im Alter von etwa neun Jahren in dem Räume eingesperrt war. Das Kind war außerordentlich verschüchtert und teilte dem Mann nur zögernd mit, daß es nichts sagen dürfe und daher keine Antwort geben könne. Endlich nannte der Knabe aber doch seinen Namen: er sei der Sohn des Kunstmalers B. im selben Hause. Der Menschenfreund erkundigte sich nun zunächst beim Portier nach den Umständen dieses Falles und erfuhr, daß der im Portiere wohnende Maler recht oft seit fünf halbe Tage lang in den Keller einsperre. Als der Fuhrmann nunmehr bei dem Maler selber vorstellig werden wollte, erhielt er an der Thür von einem jungen Mädchen die schnippische Antwort, daß er sich nicht um Dinge kümmern sollte, die ihn nichts angingen. Der nächste Gang des Samariters war nun zur Polizei, wo ein Beamter sich denn auch bereit erklärte, den Fall zu untersuchen. In dem Augenblick als der Fuhrmann wieder zurückkehrte, sah er, wie der Vater das Kind aus dem Keller herausholte. Dem unglücklichen Knaben waren die Hände mit Striden auf dem Rücken festgebunden und auf der Treppe gab der Vater ihm einen solchen Stoß ins Genick, daß er niederfiel.

Es besteht hier an Orte belamisch ein Verein zum Schutze der Kinder gegen Mißhandlung, der sich gewiß in Gemeinschaft mit der Behörde dieser Angelegenheit annehmen und erforderlichen Falls dafür sorgen wird, daß das Kind bei Leuten untergebracht wird, wo es auf menschliche Behandlung rechnen kann.

Nicht nur Taschendiebe, sondern auch „Kapper“ benutzten den Verkehr am Dienstag, um ihren Gewerbe mit Erfolg nachzugehen. Zwei „Jungherrn“ hatten das Feld ihrer Thätigkeit nach der Friedrichstraße verlegt, wo ihnen ein „Storchlein“ in die Hände lief, dem der eine „Kapper“ einen Ring zum Kauf anbot. Der zweite „Kapper“ kam vorchriftsmäßig als „Kadmann“ hinzu, um sein Verdauern auszusprechen, daß er nicht das Geld besitze, um selbst den Ring zu kaufen; aber ganz außerprogrammatisch erschien noch ein

zweiter „Kadmann“. Dieser vermochte jedoch weniger den Wert des Ringes als denjenigen der beiden „Kapper“ zu schätzen, denen er sich als Kriminalbeamter legitimierte, und die er mit Hilfe des „Kupperhalbschen“ festnahm und nach der Polizeiwache brachte. — Zwölf Taschendiebe sind auf der Straße verhaftet worden.

Den Fall Gellien, von dem in der Öffentlichkeit so wenig mehr verlautete, daß man vielfach glaubte, er sei entgiltig zur Ruhe gekommen, soll jetzt noch einmal ins Rollen kommen. Der ehemalige Reichsglädner provocierte seit zwei Jahren die Staatsanwaltschaft, gegen ihn einzuschreiten, indem er in seiner „Charlottenburger Stadtlaterne“ den Weinändler G. Jelle fortgesetzt öffentlich des Meineides und anderer Verbrechen beschuldigte. Jetzt endlich hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II gegen Joachim Gellien und seinen gleichnamigen Sohn, der die „Stadtlaterne“ als verantwortlicher Redakteur zeichnet, die öffentliche Anklage wegen Verleumdung aus § 188 des Strafgesetzbuches erhoben.

Künstlerische Reformstrome. Der Vortrag des Malers Alfred Rohrbutter im Verein Berliner Presse über „Künstlerische Bestrebungen in der modernen Frankreich“ wird nicht nur durch Lichtbilder, sondern auch durch Vorführung fertiger Reformstrome erläutert werden. Die Strome, die nach Entwürfen Rohrbutters von der Firma Hermann Gerson ausgeführt sind, werden von Damen getragen und auch nach dem Vortrag noch zur Besichtigung bereit gehalten werden. Der Vortrag beginnt am Donnerstagabend um 8 Uhr im großen Saale des Architektenhauses. Verkauf 60 Pf. Eintrittskarten in den Buchhandlungen von Amelang, Potsdamerstraße 126 und Charlottenburg, Kantstr. 184; Lazarus, Friedrichstraße 66; Sacher u. Peters, Unter den Linden 43; Bohse, Potsdamerstr. 18; und im Berliner Presseklub, Charlottenstr. 37 (Zahrlüh).

Ein zweites Genossenschaftshaus erbaut demnächst der Verein der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn, während das erste Genossenschaftshaus in Wilmsdorf seiner Vollendung entgegengeht. Das Terrain für den Neubau im Südosten ist am Hedemann-Platz belegen, und es wird dortselbst das Genossenschaftshaus für einige 60 Beamte erbaut werden. In dem Neubau in Wilmsdorf sind Wohnungen von Stube, Kammer, Küche, mit Bade-Einrichtung versehen; die Mietspreise stellen sich ungefähr um etwa 25 Proz. billiger als in Privathäusern. Die Baugesellschaft des Vereins der Angestellten der Großen Berliner beschäftigt, im Laufe der nächsten Jahre in der Nähe der größeren Straßenbahnhöfe für die Vereinsmitglieder Genossenschaftshäuser zu errichten.

Evon Hedin, der berühmte Forscher Centralasiens, welcher am 7. Februar über seine letzte dreijährige wissenschaftliche Expedition nach Centralasien in der Gesellschaft für Erdkunde berichtet wird, wird am Montag, den 9. Februar seinen Vortrag unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder im wissenschaftlichen Theater der Urania wiederholen. Billets zu 5, 4, 3 und 2 M. für diesen Vortrag sind schon von heute an an der Kasse der Urania erhältlich.

Was aus einem gefürchteten Boerenkrieger werden kann. Die Direktion des Circus Busch schreibt uns: Bei dem außerordentlichen Interesse, welches man in Deutschland und speziell in unsrem Berlin dem hartgekämpften, stammverwandten Boerenvolke in Südafrika entgegenbringt, wird es gewiß allseitig freudigen Wiederhall finden, daß zwei der markantesten Führer der Boeren schon in den nächsten Tagen in unsrem volkstümlichen Circus Busch auftreten werden, um sich als unfehlbare Wächterschützen, als Kaffoverfer und als Meister in allerlei andren kriegerischen Fertigkeiten zu produzieren. Es sind das der Kommandant Smeele und der Feld-förneret Lewis, zwei erprobte Männer, welche geraume Zeit hindurch zu den gefürchtetsten Schützen in dem berühmten Aufklärungscorps Danie Theron's gehörten, durch den Krieg ihr ganzes Hab und Gut eingebüßt und sich infolgedessen entschlossen haben, als „Schützen“ auch im Frieden ihren Unterhalt zu erwerben. Smeeles Stugeln haben, wie man in Johannesburg sagt, nie ihr Ziel verfehlt.

Wer diese Wandlung den Kämpfern vor drei Jahren vorausgesagt hätte!

In der Wohnung seiner Braut, der Konfektionschneiderin G. im Hause Raupachstr. 8, hat sich gestern morgen der 21 Jahre alte Fischer Paul Kemmer durch einen Revolverdurchschuß zu töten versucht. Ein Pant soll die Ursache des Selbstmordversuchs abgegeben haben. Der schmer verletzte junge Mann wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Ueber die erste Hilfe bei Unglücksfällen hält Geheimrat Dr. v. Bergmann Sonntagmittag 12 Uhr im großen Saale des Central-Arbeitsnachweises, Gormannstr. 13/14, einen Vortrag. In dem Vortrag, der als Einleitung zu dem diesjährigen Ullrich hygienischer Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen gedacht ist, schließt sich eine Besichtigung des Arbeitsnachweises an. Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Feuerbericht. In der Nacht zum Mittwoch wurde die Wehr nach der Prinzen-Allee 71 gerufen, wo in einem Treibhause Feuer ausgebrochen war; Stroh und andres Verpackungsmaterial stand in Flammen. Es mißte daher längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Zur selben Zeit hatten in der Treibhausestraße 46 Kleidungsstücke und Möbel in einer Wohnung Feuer gefangen, während in der Liebenwalderstr. 38 Wäschestücke ein Haub der Flammen wurden. In der Leipzigerstr. 54 hatte die fünfte Compagnie vormittags einen Brand zu beseitigen, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Gardinen waren in der Prinzen-Allee 34 gegen Abend in einer Wohnstube in Brand geraten, dessen Ablösung aber bald erfolgen konnte. Außerdem hatte die Wehr noch Alarmierungen von der Eldenaerstr. 6, Postenerstr. 4 und noch von einigen andern Stellen zu verzeichnen, die indes auf Brände zurückzuführen waren, die bei der Ankunft der Wehr von den Hausbewohnern bereits gelöscht waren.

Aus den Nachbarorten.

Parteienossen in den Vororten, seht die Wählerliste nach! Wer nicht in der Liste verzeichnet steht, geht für das laufende Jahr seines Wahlrechts verlustig! Wähler, die selber keine Zeit haben, die Liste durchzusehen, wollen sich an den Vorstand der Partei-Organisation ihres Ortes wenden!

Reinickendorf. Heute Mittwoch findet bei Reinhard, Hauptstr. 51, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Johannisthal. Eine Sitzung der hiesigen Gemeindevertretung fand vor einigen Tagen vor der Straßammer in Roabit statt. Rem Vertreter und zwei Schöffen waren geladen, um durch ihre Auslagen darzustellen, ob der Vertreter der ersten Abteilung, Architekt Schmidt, mit dem Ausdrud „Freiheit“ den Gemeindevorsteher Moser oder den Postler Haase von der Firma Schulz in Nieder-Schönebeck gemeint habe. Der Gerichtshof kam zu der Ansicht, daß der Gemeindevorsteher damit habe getroffen werden sollen und beschloß das Urteil des Schöffengerichts, welches auf 50 M. Geldstrafe erkannt hatte. Das Verhältnis des Vorstehers zur Vertretung spielt sich indes immer mehr zu; findet doch am 12. Februar bereits wieder ein Termin statt, in welchem sich der Gemeindevorsteher wegen Verleumdung des Vertreters Schmidt zu verantworten hat und ein weiterer Prozeß gegen den Vorsteher steht noch in Aussicht. Auch mit dem Vorstehenden des hiesigen Landwehrvereins, dem Vertreter Mette, welcher der Gemeindevertretung bereits 18 Jahre angehört, ist der Gemeindevorsteher

Zusammengeraten. Herr Mette beschwerte sich bitter darüber, wie „der junge Mann“, wie er den Gemeindevorsteher nannte, ihn behandelt habe; diese Angelegenheit ist indes ohne staatsanwaltliche Hilfe zur Zufriedenheit des Herrn Mette geregelt worden. Fürwahr, erbauliche Zustände!

Neu-Weisen. Das Gewerbegericht tritt endgültig am 1. Februar d. J. in Kraft. Vorsitzender ist Kaufmann Grobe, Stellvertreter: Kaufmann König und Rentier Voßmann. Mitglieder sind: a) Arbeitgeber: Malermeister Schulz, Tischlermeister Schlie, Tischlermeister Vanemann, Restaurateur und Konditor Kluge, Tischlermeister Wedel, Buchdruckermeister Schmidt, Schlichtermeister Fried, Klempnermeister Schieman, Schlossermeister Spannenstein, Tischlermeister Springer, Schlichtermeister Voßhaus, Maurermeister Ulrich, b) Arbeitnehmer: Metallarbeiter Schmiede, Tischler Schröder, Tischler Strömer, Maler Kossin, Tischler Kistler, Bauarbeiter Fall, Schneider Kramer, Zimmerer Geier, Tischler Herzig, Zimmerer Heinschke, Möbelpolierer Wall, Maurer Gerhardt. Das Gewerbegericht befindet sich Albrechtstr. 6.

In Zehlendorf hat der Vaterländische Frauenverein in der Madonnenstraße eine Bade-Anstalt errichtet, die Mittwochs und Sonnabends von 4—9 Uhr geöffnet ist. Das Brausebad kostet ohne Seife und Handtuch 10 Pf. Der Gemeindevorstand erkennt das Badebedürfnis am Orte bekanntlich nicht an.

Gerichts-Zeitung.

Unter der Beschuldigung, einen Nachlaß beraubt zu haben, stand der Arbeiter Waldemar Wilhelm Lange gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war in den Jahren 1897/1898 als Richter bei den Obsthändler Kronenfelden Ehelenten tätig. Er wurde dann entlassen, trat aber im Jahre 1900 wieder in den Dienst. Am 24. März 1901 starb der Obsthändler Krone und der Angeklagte rückte nun zum Vertrauensmann und Beistand der Witwe auf. Er „ging mit ihr“. Schließlich schaltete und waltete er in dem Geschäft so, als wäre er der Ehemann, besorgte die Ein- und Verkäufe, kassierte Gelder ein, zahlte Gelder aus u. s. w. Das Verhältnis zwischen der Witwe und ihrem jugendlichen Geschäftsführer wurde ein sehr intimes, denn nach den Aussagen mehrerer Zeugen hat Frau Krone wiederholt gesagt: „Mein Willy ist mein Ein- und mein Alles!“ Ende September 1902 erkrankte die Frau. Nach der späteren Aussage ihres halberwachsenen Sohnes legte sie am 25. Oktober in seiner Gegenwart in einen über ihrem Bett befindlichen Wandschrank 6 Hundertmarkstücke, einen Zwanzigmarkstücken und einen Fünfzigmarkstücken, den Betrag von 200 Mark in Silber bewahrt sie auf dem Ofen, ein Sparatensbuch hatte sie hinter dem Ofen versteckt. An jenem Tage gab sie dem Angeklagten auch noch eine größere Summe in Gold zu Obstkäufen. Zwei Tage darauf verstarb sie an einem Schlaganfall. Ihre alleinigen Erben waren zwei minderjährige Kinder. Bald nach dem Ableben der Frau kam der Angeklagte in das Sterbezimmer, stieg auf das Bett, in welchem die Leiche lag und nahm zunächst den Beutel mit Silbergeld vom Ofen. Darauf öffnete er den Wandschrank und entnahm demselben zwei Geldrollen, Augenzeugen wollten auch gesehen haben, daß er etwas mit herausnahm, was wie Kassenscheine aussah. Da die 670 M., die in dem Wandschrank liegen sollten, später nicht auffindbar waren, so wurde angenommen, daß er auch diese Summe sich angeeignet habe. Schließlich steckte er 500 Mark zu sich, die in dem Futterkasten der Gaskammer aufbewahrt wurden. Er hat dann schließlich auch die zum Geschäft gehörigen drei Wagen und die dazu gehörigen drei Pferde verschleudert und dagegen die Beerbidungslosten seinerseits getragen. Da der Kaiserent den dringenden Verdacht hegte, daß der Angeklagte den Nachlaß zum Schaden der Kinder beraubt habe, so brachte er die Sachlage zur Kenntnis des Staatsanwalts und veranlaßte so die Festnahme des Angeklagten. Der Angeklagte bestritt, die 670 M. in Scheinen aus dem Wandschrank genommen zu haben, gab aber im übrigen zu, die sonstigen Gelder zu sich gesteckt zu haben. Ein Teil davon seien seine eignen Ersparnisse gewesen, das übrige haben zum Teil die Kosten für die Beerbidung der Frau verschlungen. Er vertrat mit Entschiedenheit die Rechtsanschauung, daß er die Verstorbenen „berbt“ habe, denn er habe die Rolle des Ehemannes inne gehabt, das Geschäft ganz selbstständig geführt und die Frau habe ihm kurz vor ihrem Tode gesagt: „Sorge nur für die Kinder gut; mit allem andern, was da ist, kannst Du machen, was Du willst und Dir alles nehmen!“ Daraufhin habe er sich als den Universalerben betrachtet. Vor Zeugen wurde behauptet, daß die Verstorbenen tatsächlich ähnliche Äußerungen gemacht hätten. Der Staatsanwalt wollte von der seltsamen Rechtsanschauung des Angeklagten nichts wissen, sondern nahm an, daß dieser in vollem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, die Kinder der Frau, die ihm so viel Gutes getan, um ihr Erbteil gebracht habe. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt gegen ihn zu zwei Jahren Zuchthaus. — Rechtsanwalt Dr. Schmidt verweist dagegen darauf, daß in den unteren Volkskreisen bei solchen Verhältnissen, wie sie hier obwalten, tatsächlich oft die seltsamsten Rechtsanschauungen herrschen. Hier habe der Angeklagte, der sich quasi als Ehemann fühlte und in dem Geschäft nach Belieben schaltete und waltete, auf Grund der Äußerung der Verstorbenen wohl annehmen können, daß er berechtigt sei, über die Hinterlassenschaft zu verfügen. Schließlich habe er doch auch erhebliche Aufwendungen für die Beerbidung und die Kinder gemacht, und der Vormund könne von ihm Rechnungslegung und Herausgabe des Geldes verlangen, es handle sich aber doch nur um zivilrechtliche Ansprüche, nicht aber um Vorgänge, die unter das Strafrecht fallen. — Der Gerichtshof hielt die Möglichkeit, daß der Angeklagte in gutem Glauben gewesen sei, nicht für ganz ausgeschlossen und erkannte deshalb auf Freisprechung.

Kretin oder Verbrecher? Eine Anlage wegen vorsätzlicher Brandstiftung wurde gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II gegen den Landarbeiter Gustav Schiesche verhandelt. Der Angeklagte ist bereits im Jahre 1896 wegen desselben Verbrechens mit einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren belegt worden. Er hatte damals auf einem Bauernhof in der Nähe von Spandau gedient, war wegen Unbotmäßigkeit von seinem Arbeitgeber entlassen worden und zündete ihm aus Rache das Haus über dem Kopfe an. Fast der gleiche Thatbestand lag der jetzigen Anlage zu Grunde. Im verkauften Herbst stand der Angeklagte bei dem Zimmermeister und Landwirt Kluge in Rauen in Arbeit. Am 9. November, einem Sonntag, hatte er sich betrunken und kam erst am folgenden Morgen nach Hause. Vor seinem Beggange hatte er einen der Pferde so viel Hafer vorgeschüttelt, daß es sich überfütterte und infolge dessen erkrankte. Stiefische wurde sofort entlassen. Er stieß allerlei Drohungen aus und äußerte u. a.: „Ich zünde Ihnen die Rinde an allen vier Enden an!“ Als Frau Kluge erwiderte: „Aber Schiesche, so etwas werden Sie doch nicht machen“, erklärte der Angeklagte, auf den Kuchstall zeigend: „Zuwohl, wenn mir das Vieh nicht leid thäte, würde ich den Stall anzünden.“ Drei Tage später brannte ein zum Klugeschen Gewerbe gehöriges Vorratshaus bis auf den Grund ab, wodurch ein Schaden von etwa zehntausend Mark angerichtet wurde. Es brannte zugleich von allen vier Enden. Der Angeklagte hatte seine Drohung wahr gemacht, wie er bei seiner Verhaftung unumwunden einräumte. Er wiederholte sein Geständnis vor den Geschwornen, die ihn trotzdem unter Ausschluß von mildern Umständen schuldig sprachen. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von sieben Jahren, das Urteil lautete dem Antrage entsprechend.

Eine Generalbegleichung seines Schuldencontos nahm der Klempner Gustav Stephan vor, der gestern aus dem Moabit Zuchthaus der siebenten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Er ist vor einiger Zeit zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er wußte aber, daß er außer den damals abgeurteilten Fällen noch mehr auf dem Kerchhof hatte und wollte endgültig Ruhe vor seinem eignen Gewissen haben, welches sich trotz seiner moralischen Verkommenheit hin und wieder doch noch regte. Er ließ sich deshalb

bei der Anstaltsdirektion vorführen und beschuldigte sich selbst noch in sieben Fällen des Diebstahls. Die Richtigkeit dieser Beschuldigung wurde durch die gestrige Verhandlung erwiesen. Das Gericht verurteilte ihn zusätzlich zu noch einem Jahre Zuchthaus.

Graf Pückler vor dem Reichsgericht. Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des Grafen Pückler und des Inspektors Richter in Kl.-Zählern, welche am 19. Juni v. J. vom Landgericht Glogau wegen Zerstörung einer Feldbahn zu Gefängnis verurteilt wurden, sowie die des Staatsanwalts zu Gunsten der Angeklagten; ferner die Revision derselben Angeklagten gegen das Urteil des gleichen Landgerichts vom September v. J., durch welches sie wegen Herausforderung zum Zweikampf bzw. Kartelltragens verurteilt wurden.

Zu dem Gerichtsbericht über den gegen drei Püger veranfaßten Prozeß ist nachzutragen, daß die vorgelegten Mitteilungen, soweit der Püger Radloff in Betracht kommt, auf einem Irrtum beruhen. Radloff ist nur durch einen Zufall in den Prozeß verwickelt worden und hat sich, wie auch die Freisprechung ergibt, in keiner Weise an der Ausschreitung beteiligt. Besonderen Wert legt Herr Radloff auf die Richtigstellung, daß er organisiert ist, und zwar seit 1883; seit langen Jahren gehört er, wie er uns beweisen hat, dem Centralverbande an. Wir können nur unser Bedauern darüber ausdrücken, daß der Bericht, der im übrigen zutreffend ist, in Bezug auf die Person des Herrn Radloff derartige Unrichtigkeiten enthält.

Versammlungen.

Die Arbeiter der Deutschen Telephonwerke N. Stod u. Co. beschäftigten sich in einer am Montag abgehaltenen Versammlung mit den Zuständen bei der genannten Firma. Der Referent Dammberger führte ungefähr folgendes aus: Daß die Verhältnisse bei der genannten Firma keine guten sein können, geht schon aus der Anordnung hervor, welche den Arbeitern das Sprechen miteinander verbietet. Doch damit nicht genug, beschließen sich auch noch die Meister eines Betragens, welches geradezu menschenwürdig zu nennen ist. Aber auch die sanitären Verhältnisse lassen nicht auf einen Musterbetrieb schließen. Sind doch für einen Saal mit 90 Arbeitern nur 3 Klosetts vorhanden, und müssen doch 12 Schleifer in einem 6,80 Meter breiten und 6,15 Meter tiefen Raum, in welchem noch nicht einmal Ventilation ist, ihre Arbeit verrichten. In einem andern Saal entwickelt das Saponieren Dämpfe, welche häufig zu Nesselreizen und Magenkrankungen führen. Aber auch das Werkzeug bei den Mechanikern ist schlecht, von 11 Drehbänken sind 2 gebrauchsfähig, Spigen, Kurbeln, Fräsen sind nicht vorhanden oder unbrauchbar; Altschneidwerk bilden sich teilweise aus Lappen. Der Verdienst ist durchaus nicht der intensiven Arbeit entsprechend. Sagte doch ein Meister, 40 Pf. die Stunde ist genug. Aber auch sonst sind die Meister rüchlos. So sagte derselbe Meister einem Arbeiter, als er sich krank meldete, „wenn Sie sich krank melden, dann wird Ihr Platz besetzt“. Auch sogenannte Stabteilungen hat die Firma. Hat sich ein Arbeiter mißbillig gemacht, dann kommt er in den Inbustorban, wo ein Arbeiter in 84 Stunden 12 M. verdient hat. In einem andern Falle verdient ein Arbeiter in 59 Stunden 12 M. und einige Pfennige. Abzüge von 30—50 Proz. sind gang und gebe und dauern, wenn es nicht paßt, kann geben; hier eine kleine Blütenlese von Abzügen: z. B. für 100 Männern zu bohren gab es früher 55 Pf., jetzt 45 Pf., für D.-Klinken montieren pro 100 früher 2,75, jetzt 1 M., S.-Klinken montieren pro 100 früher 1,60 M., jetzt 80 Pf., Kapseln für Mikrophon früher 1,50 M., jetzt 80 Pf., alte Magnetwerke früher 10 M., jetzt 6,50 M., Handapparate früher 1,80 M., jetzt 1,30 M., Kapselhalter früher 5 Pf., jetzt 2 1/2 Pf. Für ein neu anzufertigendes Korrektionsrad wurde dem Mechaniker nach Fertigstellung gesagt, es gibt 3 M., 8 Stunden hatte der Betreffende daran gearbeitet. Daß die Arbeiter sich noch immer solche Zustände gefallen lassen, daran trägt zum Teil das ausgeprägte Spießbüßsystem Schuld. Es traut sich eben kein Arbeiter etwas zu sagen. Aber auch Vorkühler will die Firma sein. Die ledigen Arbeiter bekommen je 20 M., die verheirateten 10 M. „Beihnachten“. Aber dies Geld wird schon vorher thalweise abgezogen. Es werden auch vor Weihnachten ein Teil der Arbeiter entlassen — wegen Mangel an Arbeit — um nach Weihnachten wieder eingestellt zu werden. Aber noch eine Wohlthat verübt die Firma, vor 10 Jahre im Betriebe arbeitet, bekommt 50 M., ehe aber ein Arbeiter so weit kommt, entläßt man ihn nach 8 oder 9 Jahren. Doch noch andre Uebelstände sind im Betriebe. Der Speisesaal ist zu klein und zu niedrig, so daß es die Arbeiter vorsehen, in die Kneipe zu gehen. Ein weiteres Uebel sind die fortwährenden Uebelstunden, jedoch wenn nichts zu thun ist, wird nur halbe Tage gearbeitet oder man muß wochenlang aussehen. Nebenher forderte zum endlichen Aufstehen aus dieser traurigen Lage und zum Beitritt in die Organisation auf. In der Diskussion nahm trotz der Aufforderung des Vorsitzenden kein Beamter der Firma das Wort.

Die Deputierten hielten am 25. Januar eine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ist hervorzuheben: Auf Listen wurden für die ausgesperrten Weber in Meerane 72,60 M. gesammelt, außerdem wurden aus der Streikliste 70 M. für denselben Zweck überwiesen. Für einen arbeitslosen Kollegen wurden 90 M. von der Versammlung bewilligt und aus der Streikliste entnommen. — Nach dem Bericht des Kassierers war im vergangenen Quartal eine Einnahme von 279,92 M. zu verzeichnen. Die Ausgabe betrug 259,58 M., so daß ein Bestand von 20,34 M. verbleibt. Die arbeitslosen-Unterstützungsliste hat einen Bestand von 335,81 M. Ausgaben hat dieselbe nicht zu verzeichnen. Die freiwilligen Kranken-Versicherung hatte eine Einnahme von 96,15 M., eine Ausgabe von 139,60 M., so daß dieselbe im vergangenen Quartal mit einem Defizit von 43,45 M. abschloß und einen Kasienbestand von 991,84 M. aufweist. Die Kasse des Streikfonds hat einen Bestand von 868,05 M. Die Kassierer wurden entlastet.

Vermischtes.

Gesetzes-Minuten.

In Sachsen werden nicht bloß die bekannten Gesetze einer mittelalterlichen Auslegung unterworfen, es werden auch dann und wann unbekanntere Gesetze aus sehr mittelalterlicher Zeit ausgegraben und Leute mit Strafen belegt für Verletzung von Gesetzen, von deren Vorhandensein die gelehrtesten Leute keine Ahnung haben. So wurde vor kurzem in Dresden ein Mann zu 60 M. Strafe verurteilt und das Urteil vom Ober-Landesgericht bestätigt, weil er einen Revolver bei sich getragen hatte. Er soll dadurch gegen ein Gesetz vom Jahre 1659 verstoßen haben. Es ist nicht uninteressant, den Wortlaut dieses Gesetzes kennen zu lernen. Man fühlt darin den Geist einer längst vergangenen Zeit, und es kommt einem um so deutlicher zum Bewußtsein, wie nützlich es ist, solchen Vorschriften noch unterworfen zu sein. Es lautet buchstabengetreu:

Mandat wider unterschiedliche Vergewaltigungen, Schlägeren und dergleichen leichtfertiges Wesen bei Rächlicher Weile, d. 14. Juli Anno 1659.

4. Als befehlen Wir in Straff dieses ernstlich, daß fürderhin dieses Urtheils, es sey zu Tag, absonderlich aber Rächts-zeiten, kein Schreiber, Bürger, Handwerks-Pursche, oder andere dergleichen Personen (es komme dann ihnen solches vermöge ihres Amtes, Standes, Krieges oder anderer Bestallungen halben zu, oder sey einer oder anderer über Land verreiselt gewesen, oder wolle verreisen, ziehe oder komme uf oder von der Wanderschaft) sich mit dem Degen, besonders nach besagter Weile, tragen; Welcher nun sich dieser Unserer Anordnung zuwider betreten lassen wird, oder denen Befelungen- oder Stadt-Wachtmeistern, so dessenthalben ihn befragen, nicht gebührenden Bescheid giebet, dem soll der Degen abgenommen, und die Verbrecher eiliche Stunden auf den Efel gesetzt, auch mit andern Geld- und Leibstraffen belegt werden.

5. Wir wollen auch aufs ernste verboten haben, daß keiner, er sey wes Standes oder Condition er wolle, weder bey Tag noch Racht, sich mit Schellen, Terzarollen, oder andern dergleichen heimlichen mörderlichen Gewehren trage, wer damit begriffen

wird, soll ohne einzige Gnade am Leib und Leben gestrafft werden.

Noch heftlicher präsentiert sich der Geist der Zeit in einem andern Gesetze aus dem Jahre 1661, auf Grund dessen vor etwa 6 Jahren in Dresden eine Frau wegen Wahrsagerei zu Geldstrafe verurteilt wurde. Es lautet:

Policey- Hochzeit- Kleider- Gefinde- Tagelöhner- und Handwerks- Ordnung, den 22. Juni Anno 1661.

Tit. III. Vom Gotteslästern, Fluchen, Segensprechen und dergleichen.

§ 6. Wir wollen hierüber, daß diejenigen, so bey Unserem Herrn und Heylandes Christi Marter, Wunden, Leiden, oder Sacrament, und dergleichen freventlichen und leichtfertigen Fluchen, und solches bößlichen wiederholen, nicht alleine, vermöge unsrer Landes-Ordnung und Constitution vor die Kirchen, Rathshäuser oder Schensplätze öffentlichen gestellt, sondern auch am Gelde oder mit Gefängnis, und wo sie folgendes von ihren Fluchen und Gotteslästern nicht abstehen, und sich bessern, mit allgemeiner Landes-Verweisung gestrafft werden sollen.

§ 7. Dergleichen sollen diejenigen, so sich unterstehen, aus der Teuffels-Kunst wahrzusagen, oder mit dem Teuffel durch Christallen, oder in andere Wege Gespräche zu halten, und sich von ihm beschöner oder zulässiger Dinge Bericht und Erlaubung zu erholen, vermöge Unserer Constitution, bey welcher es auch, wegen der Rauberey allerdings verbleibet, mit dem Schwerdt gerichtet.

§ 8. Wie nicht weniger die, so außer Gespräche oder Gemeinschaft mit dem Teuffel, sich des Christallsehens, Wahrsagens, Planetensehens, Segensprechens, oder Büßens derer Schäden anmassen, nach Unterseid und Umständen derer Fälle, mit Gefängnis, Landes-Verweisung oder wohl gar Staupenschlägen belegen.

§ 9. Auch diejenigen, so sich Raths bey denen Christallsehern und Wahrsagern erholen, ingleichen welche abergläubische Segen sprechen, oder Schäden büßen lassen, Kugeln tauffen, Büßten versprechen, sich und andere veste machen, und dergleichen, mit Gefängnis, oder namhaftem Geld-Büßen, und so sie dasselbe mehrmal thäten, nach Gelegenheit mit Landes-Verweisung angesehen werden; Jedoch, wenn bey oberzählten Begünstigungen ein Fact mit dem Teuffel vorgegangen, oder andere Rauberey mit unterlasse, und beygebracht würde, Verbleibet es bey der in Unserer Constitution, und andern Rechten gesetzten Straffe billich.

Auch diese Gesetzesminne ist also in Sachsen noch lebendiges Recht. Es kennzeichnet den Geist der sächsischen Gerichte.

Der Fürst Wolfgang von Stolberg-Stolberg ist vorgestern auf eigentümliche Weise zu Tode gekommen, nachdem erst am Freitag voriger Woche sein Vater, der Fürst Alfred von Stolberg-Stolberg im Alter von 80 Jahren das zeitliche gesegnet hat. Fürst Wolfgang ist im Park seines Landhauses Rottleberode am Harz mit einer Schußwunde im Kopf tot aufgefunden worden. Ob der Erschossene durch einen Unfall sein Leben verloren hat oder von einem Wildbiide getödtet worden ist oder gar durch eigne Hand gendert hat, darüber liegen sichere Nachrichten noch nicht vor. Manches könnte dafür sprechen, daß es sich um einen Unfall handelt. Fürst Wolfgang wollte gerade von Rottleberode nach dem Stammhof Stolberg fahren, nahm jedoch ein Gewehr mit, um unterwegs, wenn sich etwa die Gelegenheit dazu bot, noch einen Schuß anzubringen. Noch im Park von Rottleberode stieg der Fürst aus dem Wagen, als er einen Raubvogel sah, und ging mit seiner Flinte in ein Gehölz. Nach wenigen Minuten fiel ein Schuß. Als der Fürst nicht zurückkehrte, stieg der Richter ab und ging ebenfalls in das Gehölz. Dort fand er den Fürsten entseelt am Boden liegen. Eine Kugel aus dem Jagdgewehr, das die Hände noch krampfhaft umklammert hielt, hatte ihm den Kopf durchbohrt. Es scheint, als ob der Fürst in dem Augenblick, als er das Gewehr spannte, über eine Baumwurzel gestolpert ist und beim Stürzen sich mit der Hand, in der er das Gewehr hielt, zu stützen suchte und dabei das Gewehr in eine falsche Richtung brachte, so daß, als es hernach bei der Erschütterung des Aufstoßes losging, die Kugel den Fürsten treffen konnte. — Die Leiche ist nach dem Stammhof Stolberg gebracht worden, von wo aus Vater und Sohn gemeinsam beigelegt werden sollen.

Der alte Fürst Stolberg brachte, wie wir der „Tägl. Rundschau“ entnehmen, in etwas schnurriger Weise das Legitimitätsprinzip zur Geltung. Das Blatt schreibt: Uns vorliegende Nummern des „Stolberger Anzeigers, amtliches Blatt für die Grafschaften Stolberg und Hohnstein“ lassen deutlich erkennen, welchen hohen Begriff Fürst Alfred bis zuletzt von seiner „Regentwürde“ hatte. Recht sonderbar nimmt es sich aus, wenn die geistliche Kammer den getreuen Stolbergern feierlich verordnet, daß „mit höchster Genehmigung“ ein Waldarbeiter zum gräflichen Holzhauermeister bestellt oder ein Kammerbote zum Kassenhilfen ernannt sei. Uebrigens hatte die Verleihung des Fürstentitels an das Haus Stolberg keine Veränderung in der Art der Veröffentlichung dieser Personalnachrichten zur Folge. An diese Verleihung, die in einem Erlasse des Fürsten Alfred „An meinen Kammerdirektor“ dahin ungeschrieben wurde, daß der Kaiser „Mir und meinem Hause die Genehmigung zur Führung des Fürstentitels erteilt“ habe, war die Bedingung geknüpft worden, daß fortan das Wort „regierender“ vor dem Fürstentitel in Fortfall kommen müsse. Fürst Alfred mochte aber nicht ganz auf die geliebte „althistorische“ Bezeichnung verzichten, und so hieß es denn von da ab in allen Bekanntmachungen der fürstlichen Behörden: „Seine Durchlaucht der Fürst und regierende Graf (oder regierende Herr) haben gnädigst geruht usw.“

Zwei Eisenbahnunfälle, von denen der eine mit einer entsetzlichen Katastrophe endete, haben sich vorgestern ereignet: Beim Einfahren eines von Risch in Serbien kommenden Zuges, in welchem sich auch Ministerpräsident Njzar Marowitsch und der Minister des Aeußeren Loganißch befanden, in die Belgader Bahnhofhalle stieß ein rangierender Wagen auf den Zug auf, wobei der Ministerpräsident leicht verletzt wurde. — Bei Grace-land (New Jersey) fuhr ein Expresszug der Baltimore und Ohio-Bahn von rückwärts auf einen Lokzug auf. Die Reisenden des Expresszuges erlitten nur leichte Quetschungen, dagegen wurden von den Insassen des Lokzuges 24 getödtet und zahlreiche verwundet. Die Wagen des Lokzuges gerieten bei dem Zusammenstoß sofort in Brand, wodurch die Befreiung der Verletzten unmöglich gemacht wurde.

Manche Menschen waren in den Trümmern eingeklemmt und verbrannten bei lebendigem Leibe. Das Rettungswort konnte erst beginnen, nachdem die Flammen notwendig gelöscht waren. Manchen Verunglückten mußten Arme oder Beine abgehauen werden, um sie aus den Trümmern zu befreien und das Leben retten zu können. Mehrere baten mit jämmerlicher Stimme, daß man sie töten möge, da ihre Leiden zu schrecklich wären. Bald nachdem Zusammenstoß erdrienen Diebe, welche die Toten und Verwundeten beraubten. Die Zahl der Toten beträgt annähernd 30, von denen 24 gefunden worden sind. 60 Personen sind sämter, 100 leicht verletzt. Die Verunglückten sind fast alle in New York beschäftigt.

Zu dem Hauseinfur in Kiel wird noch berichtet: Die Leichen von noch zwei bei dem Hauseinfur in der Frankensstraße verunglückten Personen, die eines Mares und eines Lehrlings, sind gestern abend von der Feuerwehre geborgen worden. Die Annahme, daß noch ein vierter Arbeiter unter den Trümmern liegt, scheint sich nicht zu bestätigen.

Liebestragödie. Aus Toulouse wird gemeldet: In dem benachbarten Orte Seichos wurden gestern die Leichen eines jungen Priesters und eines 18jährigen Mädchens mit durchschossenen Köpfen aufgefunden. Wie es heißt, hatten die Eltern des Mädchens bemerkt, daß der Priester sich für dasselbe interessierte, sie beschwerten sich deshalb beim Bischof und sollte die Verheiratung des Priesters in den nächsten Tagen erfolgen. Der Befund ergab, daß der Priester zuerst das Mädchen und dann sich selbst getödtet hatte. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Engel & Co., Berlin SW.